DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTVERWALTUNG

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 - 16 24 67

65 7. JAHRGANG Februar '90 5,00 DM

AUS DEM INHALT:

CHAOS-COMMUNICATION-CONGRESS '89

Wie jedes Jahr lud der Chaos Computer Club zwischen den Jahren wieder zum internationalen Kongreß nach Hamburg ein. Eine menge neuer Akzente für die bundesdeutsche Hakkerszene werden auf diesem Treffen gesetzt: Neben ihrer theoretischen Konzeption für Datensicherheit befaßte man/frau sich auch mit Projekten, mit deren Umsetzung konkret begonnen wird. So z.B. mit der Einrichtung eines eigenständigen Informationsnetzes für Umweltinitiativen, um deren Abhängigkeit von großen Umweltverbänden zu mindern.
Mit Hackern aus der DDR wurde ein umfangreiches Vorhaben geplant, um Oppositionsgruppen dort in der Vernetzung zu unterstützen.
Auch an den Strukturen ihrer Organisation arbeiten die HakkerInnen des CCC – Dezentralisierung heißt das Stichwort...
Mehr dazu auf Seite 6

ZUKUNFT DER NATURKOSTLÄDEN

Mit der Solidarität der meisten Großhändler kann die einzelne BioladnerIn auf jeden Fall nicht rechnen. Denn auch zählt vor allem das kapitalistische Prinzip des größten Umsatzes, auch für ökologische Produkte. Mit sozialer Bewegung oder alternativen Lebens-und Wirtschaftsformen hat das in erster Linie nichts zu tun.
Welche Möglichkeiten haben nun die LadnerInnen, sich gegen Vermarktung und damit das verlorengehen ihrer Ideale zu wehren?
Gefragt sind Ideen und Initiative, um die Naturkostbewegung als Alternative konsequent weiterzuentwickeln, die Bewegung selbst zu bestimmen.
Näheres auf Seite 12

LINKE WOCHENZEITUNG FÜR WEST-BERLIN?

Nicht nur West-BerlinerInnen sollen von dem PROjekt WOchenzeitung (PROWO) für ein neues linkes Medium, als Forum des Streites für linke Theorie- und Praxisansätze, angesprochen werden.
Das redaktionskollektiv von PROWO ist der Ansicht, daß hier für eine Gegenöffentlichkeit eine Lücke zu füllen ist. In einer Erprobungsphase wurden bereits 6 Nullnummern produziert, in der wichtige Erfahrungen für das Projekt gesammelt wurden.
Die Zahl der Vorab-Abos reicht zwar noch nicht aus, um den finanziellen Grundstock zu sichern, doch die RedakteurInnen sind optimistisch: Es wird weiterproduziert.
Ein Bericht auf Seite 5

ERSTE FRAUENGENOSSENSCHAFT i.G.

Ein Grund zu feiern für die Frauen von der WEIBERWIRTSCHAFT. Am 17. Dezember fand die Gründungsversammlung dieser ersten Frauengenossenschaft in der BRD statt.
Nun werden Genossinnen gesucht, die als Treugeldgeberinnen fungieren, um die Genossinnenschaft baldmöglichst eintragen zu lassen. Dann kann mit dem Aufbau des Existenzgründerinnenzentrums begonnen werden.
Siehe Seite 11

LETZTE MELDUNG

Die taz will gegen Ende diesen Monats mit einem vierseitigen Ostteil in der DDR, dort produziert, gedruckt und in einem Ostberliner Verlag herausgegeben, erscheinen. Die restlichen 12 Seiten der DDR-taz sollen jedoch aus West-Berlin kommen.

AUSVERKAUF DER SELBSTVERWALTUNG?

Aus McDonalds das Beste machen...?

Unter dem Titel „Plastics again" wurde in der FRANKFURTER RUNDSCHAU im letzten Spätherbst ein Thema aufgegriffen, das zumindest bei den müllbewußten Öko-EntsorgerInnen einiges Stirnrunzeln provozierte: Der selbstverwaltete Münchner Betrieb BTA/REA, dessen technisches Know-how als eine ökologische Alternative in der Hausmüllawinenbeseitigung gepriesen wird, schien sich auf geschäftliche Verbindungen mit McDonalds eingelassen zu haben, einem Abfallerzeuger, der sich bislang seiner verschwenderischen Verpackungsorgien auch noch öffentlich rühmte.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Mathias Lahmann, Redaktion Heidelberg ● Zu Kopfschmerzen wurde obengenanntes Stirnrunzeln bei jenen, die sich die Mühe machten, die jüngsten Anzeigenkampagnen von McDonalds im SPIEGEL zu verfolgen: Unter der Headline „Löst sich unser Abfall in Luft auf?" gab da der amerikanische Multi in vielen beruhigenden Worten um Umweltbewußtsein vor, die BTA und deren Recycling-Verfahren zu fördern...

Wird in München alternative Ideologie an einen Weltkonzern verhökert? Welcher „Wolf" frißt da welche „Schafe?"

DIE „SCHAFE"

Das besorgte Interesse um die Entwicklung von BTA/REA (= Biotechn. Abfallverwertung/Recycling von Energie und Abfall) kommt bei CONTRASTE nicht von ungefähr: In München ist vor gut fünf Jahren ein selbstverwaltetes Unternehmen gestartet worden, das im Laufe seiner Entwicklung eine Reihe von Alternativ-ÖkonomInnen in Erstaunen versetzt hat!!!

Die strategisch und argumentativ geschickt durchgeführte Akquisitionskampagne der InitiatorInnen hat zu einer Kapitalakkumulation durch etwa 400 EinlegerInnen geführt, die im alternativen Spektrum ihresgleichen sucht.

Das Anfangskapital in Millionenhöhe hat ein ökologisches Konzept etablieren können, das im Bereich der Müllentsorgung eine spannende Alternative zu konventionellen Verfahren formulieren konnte. Dessen Bedeutung muß erst einmal in die Betonköpfe derer einsickern, die sich verwaltungsbezogen mit den Negativmassen unserer Konsumgesellschaft zu beschäftigen haben: Organische Abfallstoffe aus Haushalt und Industrie werden danach zu Biogas, erdartigen Reststoffen und Wasser abgebaut.
So werden folgende Ergebnisse erzielt:

- Reduzierung des Abfallvolumens um ca. 90%
- Wiedergewinnung der im Abfall gebundenen Energie (Biogas)
- Reststoffe als Torfersatz
- kontrollierte Reinigung von Wasser aus Abfall

(aus der Selbstdarstellung von BTA)

Mit der Unterstützung aus Bundes- und Länderkassen konnte die BTA/REA in einer Versuchsanlage in Garching bei München die Vergärungs- und Recyclingprozesse erproben. Sie hat damit innerhalb der Abfallverwertung einen Vorsprung im Technologie-Know-how entwickelt, der für Energiekonzerne und Entsorgungsspezialisten zunehmend interessant wird: Die Münchner sind in der Lage, maßgerechte Anlagen zur umweltverträglichen Abfallverwertung zu entwickeln, zu bauen und auch zu verkaufen!

DIE „WÖLFE"

Aufgrund ihres umweltbewußten Engagements haben Betriebe wie die BTA/REA ein wertvolles Image zu verkaufen, das so notorische Umweltsünder wie McDonalds neuerdings magisch anzieht.

Die bohrenden Vorwürfe auf ökologisch-engagierter Seite in Sachen „Regenwaldvernichtung", „Verpackungswahnsinn", „menschenunwürdige Personalbehandlung" und „völlig verkehrte Ernährung" entwickelten sich erstaunlicherweise in den Ländern der „ersten" Welt zu konzerngefährdenden Bumerangs, denen Einhalt geboten werden mußte.

So schlugen zum Beispiel in einzelnen Staaten der USA restriktive Gesetze (aufgrund politischer Opportunität formuliert) böse auf „Einweg" orientierte Restaurantketten und deren ökologisch ruinöse Begleitumstände ein.

Die öffentliche Sympathie für „Standardeinrichtungen" und „Fastfood-Snack" schien gerade in den Staaten merklich zu schrumpfen; Schnellrestaurants mußten zunehmend mit Image- und damit mit Umsatzverlusten rechnen.
Das tut ein Marktführer nicht gern!

Nach ausführlicher Klausur gaben die Bosse in der internationalen McDonalds-Zentrale im wahrsten Sinne des Wortes „grünes" Licht... Und so kam es dazu, daß auch im deutschen Sprachraum jungdynamische und gehaltsmotivierte Manager wie zum Beispiel Direktor Peter Oehl von „McDonalds München" ihre grauen Zellen anstrengen durften, um eine feldzugartige Kampagne zu starten gegen jene „MiesmacherInnen", die sich nach wie vor hartnäckig an den Kommerzo-Klappschrippen und deren aggressiver Vermarktung rieben.

Fortsetzung Seite 3

P 8008 E

00.2621 001 4
Andreas Wischner
Frankenstr. 15
D-1000 Berlin 30

RECHTSFORM FÜR SELBSTVERWALTUNGSUNTERNEHMEN

Genossenschaftsgründungen sind ein „Dauerproblem"

In einer Zeit der relativen Gründungsruhe die Rechtsformenfrage für selbstverwaltete Betriebe aufzugreifen, erscheint nur auf den ersten Blick unsinnig: Es wäre abwegig, kommende Generationen genossenschaftlicher Unternehmen wieder gegen die Mauern der vorhandenen Gesellschaftsformen anlaufen zu lassen, deren Ausformung eine langfristige Stabilität demokratischer Strukturen im Unternehmen verhindert.

Burghard Flieger, Redaktion Genossenschaften ● „Schnee von gestern", „Altes wieder aufgewärmt", „zu spät", mögen viele denken, die von der Wiederaufnahme der Rechtsformendiskussion hören. Sie haben recht, wenn sie nur die Sichtweise schon gegründeter Betriebe einnehmen und im Falle eines Erfolges dieser Diskussion keine erleichterten Umwandlungsmöglichkeiten angeboten werden. Sie hätten auch recht, wenn die Einschätzung von Frank Heider zutrifft. Heider vertritt nämlich, Selbstverwaltungsunternehmen seien nur ein Ein-Generationen-Phänomen.

Für andere wiederum mag das Rechtsformenproblem ein Nebenproblem sein. Kollektives Management, Konfliktbewältigung oder die leidigen Finanzierungsschwierigkeiten beinhalten für sie drängendere Aufgaben. Beispielhaft hierfür sei auf Marlene Kück verwiesen. Auseinandersetzungen über die richtige Rechtsform betrachtete sie schon immer als Scheingefechte. Finanzierungsfragen waren (und sind) für sie „der Renner".

In letzter Zeit zieht sie durch die Lande mit der Erkenntnis, Selbstverwaltungsbetriebe haben durch Managementprobleme, innerbetriebliche Verteilungskämpfe und Konfliktüberlastung keine Überlebenschance. „Das Kollektiv ist tot, es lebe der Kooperationsbetrieb", lautet ihre allseits vertretene, „neue" Erkenntnis, die Franz Oppenheimer in abgewandelter Form schon 1896 formulierte.

Nur, beide Betrachtungsweisen greifen zu kurz. Selbstverwaltung und genossenschaftliche Unternehmensgründung hat es immer gegeben. Gründungswellen erfolgen aus den unterschiedlichsten Ursachen in fast schon gleichförmiger Regelmäßigkeit. Aus der momentanen Gründungsruhe auf ein Ein-Generationen-Phänomen zu schließen, kennzeichnet eine fatal verkürzte Betrachtungsweise. Es bedeutet, seine eigene Biographie zum Maßstab der Geschichte zu machen. Und es bedeutet vor allem, die kommenden Generationen genossenschaftlicher Unternehmensgründungen wieder sich am gleichen Problem, dem Rechtsformenproblem, aufreiben zu lassen.

Ähnlich verkürzt ist die getrennte Betrachtung von Finanzierungs-, Management-, Konflikt-und Rechtsformenproblemen. Sie hängen oft auf's Engste zusammen. Gesetzlich verankerte und ausformulierte Rechtskonstruktionen helfen, Konflikteskalationen zu vermeiden. Sie machen die aufwendige Suche nach der richtigen Form unnötig. Außerdem verhindern sie den oft nicht bewußten psychischen Dauerstreß, der durch das Auseinanderklaffen von äußerer und innerer Form in so manchem Selbstverwaltungsprojekt besteht.

Die Wege zur Lösung des Rechtsformenproblems sind vielfältig. So hat der von Wolfgang Beywl im Schwerpunkt vorgestellte Novellierungsvorschlag des Genossenschaftsgesetzes, erarbeitet vom Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens, einen schweren Stand: Von genossenschaftswissenschaftlicher Seite (Günther Ringle und Axel Bänsch) wird die Öffnung der genossenschaftlichen Rechtsform für Kleinkollektive abgelehnt. Genau dies wiederum begrüßen die Grünen und Torsten Eichler- Weiskorn. Sie plädieren allerdings für eine eigene Rechtsform. Ihnen ist das über ein Jahrhundert lang gestrickte Genossenschaftskleid zu eng. Eine abschließende, tabellarische Gegenüberstellung der vielfältigen Anregungen, Kritiken und Gegenvorschläge zeigt, daß es die von allen akzeptierte Lösung nicht geben wird. Gute Chancen für den Gesetzgeber, das wichtige Projekt „Rechtsform für Selbstverwaltungsbetriebe" an den sich widersprechenden Auffassungen ihrer Verfechter scheitern zu lassen.

Unser Schwerpunktthema auf den Seiten 7 bis 10 ●

ALLES KLAR?

Wider-Vereinigte Linke?

Von der SPD bis zu den Rechtsradikalen haben sich inzwischen fast alle ihren Platz auf dem neugewonnenen Absatzmarkt für Ideologien westdeutscher Parteien und anderer Gruppierungen gesichert. Die Linke in Ost und West tut sich da eindeutig schwerer. Eine Vereinigung wider Vereinigung und dem damit einhergehenden Überschwang nationaler Gefühle ist ja auch keine einfache Sache.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Red. Kassel/Nürnberg, Regina Engel/Kurt Regenauer ● Und vom Westen und aus der Ferne betrachtet sieht es ja wohl auch trübe aus. Die vor dem Ausverkauf der DDR warnenden Stimmen sind kaum mehr zu hören. Stattdessen schwarz-rot-goldene Demos und Deutschlandlieder im Fernsehen. Die bundesdeutsche Linke zeigt sich tief enttäuscht: Das wars dann wohl mit der „Revolution"...

Die Wiedervereinigung hingegen scheint kaum noch aufzuhalten.

Für linke, autonome und selbstverwaltete Gruppen gestaltet sich eine Zusammenarbeit mit DDR-Bewegungen ohnehin schon äußerst kompliziert. In ihren diversen „letzten Gefechten" längst geschlagen muß sie nun erleben, daß ihre – inzwischen – letzte Waffe, die „subversive Kraft des Faktischen", zum politischen Gegner übergelaufen ist. Da feiert ein Goldener Westen plötzlich Renaissance, sodaß sich sogar gerade gewendete VertreterInnen der PDS (ehemals SED) – sozusagen frisch aus ihrem „Arbeiter- und Bauernparadies" vertrieben – nicht entblöden, die Marktwirtschaft (halt a la Skandinavien) zu ihrem Musterländle auszuwählen oder gar selber neudeutsche Stimmungen zu verbraten.

Andererseits: bei der DDR-Opposition selbst bleibt allemal unklar, was sie eigentlich will, welche Bewegung denn nun bitteschön wirklich welche politischen Ziele verfolgt. Für westdeutsche Linke ist verschwommen und schemenhaft, was etwa das Neue Forum in seinen vielen unterschiedlichen Ausprägungen oder aber die Gruppe Vereinigte Linke tatsächlich darstellt (die westdeutsche Linke in ihren zerfledderten Politikfeldern dürfte von „drüben" natürlich auch kaum anders wahrgenommen werden).

Die hüben und drüben geteilte grauenhafte Erkenntnis, daß es keineswegs die Internationale, wohl aber ein wieder einmal fahnenschwenkender Teil der Bevölkerung ist, der EIN Menschenrecht erkämpft (oder vielmehr eher nur durch nationalistischen Käse von anderen Menschenrechten ablenken will), birgt auch wenig Integrationskraft in sich.

WER WEM?

So ist die Situation für Linke angesichts zusammenbrechender Weltenbilder reichlich verworren: weder scheint es richtig „die Oppositionsbewegung in der DDR" über einen Kamm zu scheren (dies gilt ebenso für die Westlinke) noch kann das Alternative auf dieser Welt angesichts seiner Vielfalt und Buntheit in dieser neuen Situation – ehedem ihr besonderes Prädikat – so richtig stolz sein. Es wirkt zu leicht als Beliebigkeit.

Für Unterstützungsappelle aus der DDR wirkt dies zunächst kaum fruchtbar. Sie stoßen in der Westszene auf eine Mischung von Verständnis und Mißtrauen. Soll da nicht in Wirklichkeit am Ende gar eine neue Schwesternorganisation der Kalten Krieger aus den Unionsparteien unterstützt werden? Und wo haben der Willi und seine EnkelInnen nicht vielleicht schon überall ihre Finger im Spiel?

Nachdem auch der Runde Tisch Maßnahmen gegen die West-Politprominenz und ihre Wahlkampfeinmischung ergreifen wollte, ist wohl zu erahnen, wie da bisher schon Stimmung gemacht wurde. Diese Deutschland-Fahnen verteilenden PolitikerInnen können sich ihres Einflusses gar so sicher sein, daß sie solche Beschlüsse einfach als einen „Fetzen Papier" abtun. Klar doch: sie haben die Definitionsmacht der Medien und setzen die Zeichen der Zeit.

Unterstützung einer radikalen, linken Gegenöffentlichkeit, auch in der DDR, wäre daher wohl eigentlich das Gebot der Stunde. Nur, wo steht sie wirklich. Die Gegenöffentlichkeit? Und nach welchen inhaltlichen Kriterien wäre sie in diesen Zeiten einstürzender linker Ideologien neu zu definieren?

Die Ratlosigkeit ist nicht minder groß als der eigentliche Klärungsbedarf. Bei den Ökofonds der Grünen, den grennahen Netzwerken – insbesondere dem in der ehemaligen „Frontstadt Berlin" – und auch bei unserer Zeitung häufen sich Anfragen nach Material und Anträge auf Knete. In Berlin mußte eigens eine Ost-Kontaktstelle der NetzwerkerInnen eingerichtet werden.

Und natürlich haben wir ja auch verschärftes Interesse, uns mit linken Basisbewegungen in der DDR auseinanderzusetzen und sie zu unterstützen. Dennoch ist das nicht für alle WestlerInnen so einfach möglich wie z.B. in einer ehemals geteilten Stadt.Die BerlinerInnen sind deshalb auch mit ihren Ostkontakten am weitesten vorangeschritten.

Dort fand bereits eine Diskussionsrunde über ein konkretes Konzept für einen Selbsthilfefonds Ost-West statt (siehe auch nebenstehender Bericht aus Berlin) und soll demnächst unter dem Motto „Rüber mit der Kohle!" von AL und Netzwerk zu Spenden auf einem besonderen Netzwerk-Treuhandkonto aufgerufen werden.

„ALLES GUTE KOMMT VON UNTEN!"

Und die Kontaktebenen sind auch noch weitaus vielfältiger. „Ohne alle Parteien" und garantiert nicht als „Wahlkampfmanöver" will das „Büro für ungewöhnliche Maßnahmen" zusammen mit dem Verband der Theaterschaffenden der DDR durch einen „Ost-West-Aufruf" zu einem Festival der Alternativen Ende April in Ostberlin mobilisieren (Arbeitstitel: „Alles Gute kommt von unten!")

Von außen vor im Wessiland jedenfalls gestaltet sich da eine Tuchfühlung und Unterstützung schon weitaus schwieriger. Vom 17. bis 19.2. treffen sich die Ökofonds der Länder auf einem Bundestreffen u.a. auch, um zu solchen Fragen Klarheit zu finden. Wünschenswert wären ja eigentlich ähnliche Vergabeausschüsse aus der DDR, die ihrerseits unterstützenswerte linke Projekte vor Ort beurteilen und mit bereitzustellender Westkohle bedenken können.

Solange es die aber noch nicht gibt, kann alles Gute in der Tat nur von unten kommen. Konkrete Projektpatenschaften (hoffentlich nicht nur in die DDR, sondern auch ins andere Ausland) stehen an. CONTRASTE hatte diese Idee ohnehin im Vorfeld der Europäischen Projektemesse bereits favorisiert (vgl. CONTRASTE 10/89) – woanders entwickeln dies Projekte bereits konkret als Weg, PatenProjekte kennenzulernen, sich auszutauschen und konkrete Hilfen zu vereinbaren. So vereinbarte das Nürnberger KOMM etwa mit Mitarbeitern des Leipziger Jugendclubs „An der Ecke" einen engen Kontakt, der bis zum MitarbeiterInnen– und Programmaustausch gehen kann...

CONTRASTE selbst hingegen kann vorerst eigentlich nur eintreffende Unterstützungsappelle veröffentlichen und hofft ihrerseits – wo für so viel Schreib- und Druckwerkzeug geworben wird – auch auf KorrespondentInnen in der DDR. Aus dem In- und Ausland brauchen wir Diskussionsbeiträge, damit endlich klar wird:
Wer soll da eigentlich mit wem zusammengehen? ●

Im folgenden einige Briefe, die uns in letzter Zeit erreichten:

Werte Redaktion!
In Anbetracht der Lage der oppositionellen Gruppen in der DDR, die große Schwierigkeiten haben, sich materiell-technisch auszustatten, erbitten wir etwas Hilfe von den linken Kräften der Bundesrepublik. Vorige Woche erkämpften wir unsere 3 Büros vom Rat der Stadt und müssen diese nun eben einrichten. Wir bräuchten folgende Dinge, die wir leider nicht bezahlen können, da wir keine Mittel in DM besitzen:
○ eine Schreibmaschine (elektr.)
○ ein Kopiergerät
○ ein Diktiergerät
○ Werbematerial linker Parteien und Organisationen (Poster, Plaketten etc. in Sachen Umweltschutz, Wiedervereinigung, Rechtsradikalismus, Nord-Süd-Konflikt, demokratische Grundrechte, Altstadtsanierung usw.)
Natürlich ist diese Bitte nicht nur an Euch gerichtet, sondern auch an andere Kräfte, die Ihr kennt, die vielleicht helfen könnten.
NEUES FORUM
Kontaktadresse:
Frank Eberhardt
Lieselotte-Herrmann-Ring 33
3500 Stendal

NEUES FORUM sucht Unterstützung für Öffentlichkeitsarbeit
Das Neue Forum leitete im Sept. 89 mit Demonstrationen Hunderttausender die friedliche Revolution in der DDR ein. Es versucht heute, als breite Bürgerbewegung, die jedem offensteht und als Bündnis fortschrittlicher Gruppen, besonders von Frauen-, Friedens- und Umweltgruppen, die Demokratisierung der Gesellschaft weiter voranzutreiben. Bei der Entrümpelung von stalinistischen Strukturen, Rückführung des Parteivermögens an die Gesellschaft, Auflösung des Stasi usw. spielen die zahllosen Basisgruppen des FORUMS eine Schlüsselrolle.

Doch die bei allen Aktionen entscheidende Öffentlichkeitsarbeit kommt immer wieder zu kurz. Was bisher durch Stasi und Zensur unterdrückt wurde, kommt heute durch die Folgen von Plan- und Mangelwirtschaft nur im Schnekkentempo voran. Das FORUM hat heute zwar hunderte private und öffentliche Büros, aber es fehlt an allem: Gut funktionierende Abzugs- und elektrische Schreibmaschinen, Fotokopierer, kompakte A4- und A3-Druckmaschinen, Druckereizubehör aller Art, Kommunikationstechnik, Foto- und Dunkelkammerausrüstungen, Satzgeräte und Komposer, Büromaterial, Papier und nochmals Papier!

Wer hat gebrauchte, aber noch gut funktionierende Geräte oder kann solche vermitteln (kostenlos oder günstig zu kaufen gesucht)? Und wer spendet Geld, um diese Technik anzuschaffen und Reparatur und Betrieb mindestens bis zu den Wahlen am 18. März zu garantieren.
Solidarität für das
NEUE FORUM
Jungstr. 13, ☎ (069) 77 13 84
6000 Frankfurt/Main 90, BRD
SPENDENKONTO:
Rechtsanwalt Rupert v. Plottnitz, MdL
Frankfurter Volksbank 95 800-0
BLZ. 501 900 00

Liebe Leute von der CONTRASTE-Redaktion!
Seit einiger Zeit lese ich Eure Zeitung mit ziemlichem Interesse. Ihr schneidet Probleme an, die in unseren Medien wenig berührt werden. Leider trifft CONTRASTE immer verspätet und manchmal gar nicht bei mir ein. Seht Ihr eine Möglichkeit, mir ein Abo Eurer Zeitung zu besorgen? Da ich ab September Philosophie studieren werde und mich in diesem Rahmen sehr mit politischer Selbstverwaltung als Beitrag zur Erhöhung der Eigenverantwortung und Selbständigkeit des Bürgers beschäftigen will, könnte ich z.B. zu diesen und angrenzenden Themen Artikel für Euch schreiben. Gibt es noch andere Zeitschriften oder Journale, die sich mit solchen Problemen beschäftigen? Auf jeden Fall werde ich Euch bei zeitlicher Gelegenheit einen Beitrag über unsere momentane politische Situation vom Standpunkt politischer Selbstverwaltung unverbindlich zusenden.
Viel Erfolg und Energie für Eure Arbeit!
Christian Lorenz, Schwerin, DDR.

SELBSTHILFEFONDS OST-WEST?

Ricarda Buch, Redaktion Berlin ● Mitte Januar fand in Ostberlin ein Gespräch mit Leuten aus wirtschaftspolitischen Kreisen des Neuen Forums, der AL, dem Netzwerk- und Ökobankverein Berlin statt. Thema des Gesprächs: die Einrichtung eines Selbshilfefonds Ost-West. Hierzu lag ein Konzept vor, das jedoch bei vielen TeilnehmerInnen aus Westberlin auf Kritik stieß.

Die InitiatorInnen, eine Gruppe aus Ost und West, wollten mindestens 1 Million Menschen aus dem Umfeld Ökobank, Greenpeace und TAZ gewinnen, pro Nase DM 1.000,--, für 5 Jahre zinslos in den Fonds einzuzahlen, insgesamt also 1 Milliarde Westmärker. Die Hälfte davon, d.h. DM 500 Mio. sollten einer DDR Vergabekommission zur Verfügung gestellt, die andere Hälfte sollte zu jeweils DM 250. Mio bei der Öko- und einer anderen Bank angelegt werden. Das Geld sollte dazu dienen, fehlende Ersatzteile zur Aufrechterhaltung der laufenden Produktion in der DDR zu beschaffen sowie Mittel für kleinere Investitionen im Öko- und Sozialbereich bereitstellen.

Die Kritik entzündete sich an der Größe des Vorhabens. So wurde bezweifelt, ob es gelänge, 1 Mio Menschen aus dem Umfeld TAZ, Greenpeace und Ökobank zu gewinnen. Es wurde eingewandt, daß potentielle EinlegerInnen eine Transparenz darüber wünschen, wohin ihr Geld fließt und zunehmend auch eine Verzinsung ihrer Einlagen erwarten. Darüberhinaus wurde bezweifelt, daß die Ökobank ohne eine Berliner Filiale imstande sei, 250 Mio. im Sinne einer DDR Förderung zu verwalten, da sie ja erst nur den Frankfurter Großraum versorgen kann.

Es wurde vorgeschlagen, ein Netzwerk Ost, das sich aus Ostmark speist, aufzubauen, um eine erste Infrastruktur für entstehende Gruppen und Projekte zu schaffen. Darauf aufbauend könne eine Existenzgründungsförderung eingerichtet und durch konkrete Projektpartnerschaften ergänzt werden. Eine Ersatzteilbeschaffung hingegen übersteige bei weitem die Kapazitäten der westdeutschen Szene.

Weitere Gesprächstermine wurden vereinbart.

EUROPÄISCHE PROJEKTEMESSE

Frühlingserwachen

Die Mauer zwischen Ost und West aufbrechen – das war auch eine der Grundideen zur Europäischen Projektemesse im letzten Frühjahr.

Regina Engel, Redaktion Kassel ● Wie sehr wir damit „im Trend lagen", davon hatten natürlich auch wir damals noch keine konkrete Vorstellung. Ein anderes, alternatives gesamtes Europa aufzuzeigen, war der Plan – Gesamtheit, Vereinigung, Vernetzung in einem anderen Sinne, als es inzwischen in Mode gekommen ist. Und dann sind wir doch von den Ereignissen dieses Herbstes überrollt worden. Das bedeutet auch für uns eine bestimmte Umorientierung. Insbesondere die BerlinerInnen, aber auch die Wessies, haben alle Hände voll zu tun, mit dem Ansturm interessierter Ostler fertig zu werden und auch die Entwicklungen im Detail zu verfolgen. So ist auch, neben anderen Organisatorischen Problemen (wie bereits berichtet), z.B. die Planungsgruppe West-Berlin für die Europäischen Projekte aus den gewohnten Bahnen geworfen worden. Über Schwierigkeiten, Kontakte herzustellen, kann nicht mehr geklagt werden, diese jedoch auch entsprechend zu nutzen um in Hinsicht auf die Europäische Projektemesse zu verwerten und koordinieren, erfordert einen immensen Arbeitsaufwand.

Die Frage nach dem genauen Zeitpunkt zur Realisation der Messe ist vor diesem Hintergrund verständlicherweise noch ungeklärt, Mai 1991 als Termin scheint unrealistisch geworden zu sein.

Als Austragungsort wird jedoch weiterhin Berlin ins Auge gefaßt – momentan aufgrund der Entwicklungen in Europa Ost und West kaum anders denkbar. Daher soll auch das nächste Vorbereitungstreffen, das Ende April bzw. spätestens Anfang Mai stattfinden soll, in Berlin abgehalten werden, zum einen um noch einmal speziell die Berliner Szene anzusprechen und zu mobilisieren, andererseits um zu versuchen, Gruppen aus der DDR schon jetzt in die Vorbereitungsarbeit einzubinden.

Zu dem Treffen lädt natürlich nicht nur CONTRASTE, sondern der Gesamtzusammenhang der Unterstützergruppen ein. Es ist jetzt an der Zeit, wie schon in der vorgelegten Projektskizze aufgezeigt, einen festen Arbeitsstab zu bilden, der sich um die unterschiedlichen Bereiche verantwortlich kümmert. Nach unserer Vorstellung sollen dafür aus der Mitte der Gruppen, die bisher den Aufruf unterstützen, bezahlte Stellen geschaffen werden für Leute, die die Vorbereitungsarbeit koordinieren. Dadurch wird die Informalität der Vorbereitung der Projektemesse gewissermaßen aufgehoben, es wird jedoch überflüssig einen „Überverein" zu gründen. Die Projektemesse wird weiterhin nach außen offen erkennbar getragen von einem Bündnis unterschiedlichster Vereine, Verbände und Gruppen. Die Heterogenität und Vielfalt hier und nach außen zu repräsentieren und diese nicht für einen aufgerüsteten Dachverband der Selbstverwaltung in einer künstlichen Einheitlichkeit zu verwischen, bleibt wichtig, um die Basis noch zu verbreitern. Die politischen Vorzeichen haben sich in einem nicht zu erwartenden Maße geändert. Gerade darum ist es noch wichtiger geworden, Alternativen für Europa aufzuzeigen, d.h. die Europäische Projektemesse zu realisieren. ●

Auch in Frankreich:

Projektemesse!

„Anders arbeiten und leben" ist das Motto der nunmehr dritten französischen Veranstaltung dieser Art, auf der 500 AusstellerInnen und 37.000 BesucherInnen erwartet werden. Das ganze läuft im März im Espace Austerlitz (30 quai d'Austerlitz, 75013 Paris), und zwar in drei Schwerpunktbereichen:

vom 28.2. bis 5.3. gehts um **alternative Gesundheitsläden**

vom 7.3. bis 12.3. handelt es sich um **biologischen Landbau** und

vom 14.3. bis 19.3. treffen sich **alternative Projekte und Betriebe** aus allen möglichen Bereichen.

Dienstags ist die Messe geschlossen.

Kontakt und Organisation:
„Vivre et Travailler AUTREMENT"
Le Fraysse
46170 Castelneau-Montratier
☎ 16-65 21 96 66

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Aus McDonalds das Beste machen...?

NEUE POSITIONEN

Intelligent gestaltete Aufklärungskampagnen zu McDonalds' Unschuld an der FCKW-Verseuchung und am allgemeinen Regenwaldsterben, Info-Broschüren über die vernünftige Ernährung von McDonalds und Dossiers über das Sozial- und Umweltengagement des Konzerns entwickeln ein völlig neues Bild von der Fastfood-Kette „Number One" in der Öffentlichkeit. Dankbar drucken Provinzblätter die gezielten Presseerklärungen der McDonalds-PR-Abteilungen ab, in denen beteuert wird, daß zum Beispiel 90% des Burgerfleisches aus Bayern kommt und McDonalds' Verpackungen nun wirklich nichts mehr mit dem immer größer werdenden Ozonloch zu tun haben. Manche KundInnen mögen nach dieser Art von Werbung vielleicht schon das gute, alte Wegwerf-Image „ihres" Burger-Shops vermissen und sind leicht verunsichert... Über „Umweltbewußtsein" maulen doch immer nur die linken Müslis?

Verblüfft reibt sich der Autor dieses Artikels die Augen, nachdem er das Infopaket von McDonalds („vielen Dank für Ihren Anruf und das Interesse an unserer Anzeigenkampagne") durchgearbeitet hat: Der Top-act im Blätterhaufen ist eine Zipfelmützen-Grafik in F.K. Waechter-Manier (arbeitet der auch schon für die?), hinter der sich ein erstaunlich durchdachtes Konzept von Müllvermeidung und Wiederverwertung verbirgt. Die ganze Aufmachung erinnert stark an Expertisen und Exposés von ökologischen Instituten.

Hinter diesem Millionenaufwand kann nur ein Motiv stekken: Nachdem die Fastfood- „Nummer eins" langsam Einbrüche bei den bisher soliden Gewinnen fürchtet, versucht sie mit allen Anstrengungen, als Erste das Image der umweltbewußten Schnellrestaurants zu erreichen, um Marktführerin zu bleiben. Und die zahlreiche Konkurrenz wird einmal mehr das Nachsehen haben.

DER KONTAKT

Nach Aussage der BTA/REA vollzog sich der „gemutmaßte" geschäftliche Kontakt **tatsächlich**... und zwar gleich in mehreren Schritten:

1. Schritt:
Ende 1988 ließen sich interessierte Herren von McDonalds die bereits erwähnte Versuchsanlage in Garching vorführen. Hieraus entwickelte sich für die BTA/REA ein Auftrag, doch einmal die Restaurantabfälle von McDonalds zu analysieren und sie für ihre Verwertbarkeit zu untersuchen. Es ergab sich, daß der Anteil der Kunststoffe zu hoch für das BTA/REA-Verfahren sei.

2. Schritt:
Nachdem McDonalds bei einer anderen Firma Kunststoffverbindungen hatte entwickeln lassen, die sich unter besonderen Bedingungen aus der Naßmüllmasse herausfiltern lassen, um später wieder recycelt zu werden, bat McDonalds die BTA/REA, diese Kunststoffe im Zusammenhang mit spezifischem McDonalds-Müll in einem Versuchslauf in der Garchinger Anlage zu testen. Fazit dieses Versuches: Man kann sehr wahrscheinlich einerseits den McDonalds-Abfall BTA-mäßig entsorgen (s. Kasten), andererseits lassen sich die erwähnten Kunststoffe ausfiltern und einem Recycling zuführen.

3. Schritt:
Um die Bedingungen in einer dezentralen Müllentsorgung wirklichkeitsnah zu testen, wird der BTA/REA ein Langzeit-testlauf in einer extra dafür zu konstruierenden Anlage bei Garching oder anderswo vorgeschlagen; deren Finanzierung soll von McDonalds übernommen werden.

McDonalds schien es notwendig, öffentlich auf die Dringlichkeit einer solchen Entsorgungstechnik in Stadt und Land hinzuweisen und bat um die Erlaubnis, in entsprechenden Werbekampagnen auch auf den Firmennamen BTA/REA zurückzugreifen. Damit erklärte man sich in München bereit.

REAKTIONEN

Wider alles Erwarten vollzog sich die Reaktion auf das McDonalds-Engagement von BTA/REA bislang in eher internen Kreisen. Lediglich der anfangs zitierte Artikel der FRANKFURTER RUNDSCHAU ließ öffentliches Interesse am Thema erkennen. Der brachte dann auch mal wieder KommanditistInnen der BTA/REA dazu, mit der Geschäftsführung in Kontakt zu treten und nachzufragen, ob das denn wirklich wahr sein kann: Handel eines selbstverwalteten Öko-Betriebes mit einem schon fast als klassisch zu apostrophierenden kommerziellen Gegner?

Der Wortlaut der McDonalds-Anzeige im SPIEGEL („Wir **fördern**...)" hat der Geschäftsführung weitaus mehr Kopfschmerzen bereitet. In einem Schreiben an McDonalds heißt es: „...Leider geriet die Anzeige aber doch etwas anders als von uns erwartet..."

Ein großer Teil der Finanzmasse, über die die BTA/REA momentan verfügen kann, stammt nämlich aus öffentlichen Töpfen, die sich (ebenso wie die links-orientierte, geldbestückte Szene) überhaupt nicht mit einer verdeckten Doppelförderung durch Wirtschaftsunternehmen anfreunden will. Zu schnell entsteht der mißliebige Eindruck, daß hier auf Kosten gemeinorientierter Mittel rein private Müllprobleme von potenten Teilsponsoren entsorgt werden.

Die Werbeaussage: „WIR FÖRDERN" zeigt aber auch, wie gefährlich es für ein eher kleines Unternehmen ist, sich in die Fänge von Weltkonzernen zu begeben.

Der Hausjurist Willi Warth versuchte im BTA/REA-Schreiben an McDonalds deutlich zu machen, daß es sich bei dem Venture um ein ganz normales Auftragnehmer/Auftraggeber-Verhältnis handelte. McDonalds wollte die auftragsbezogenen, erbrachten Leistungen von BTA/REA doch wohl nicht durch die Bezeichnung „Förderung" abqualifizieren?!

Das wollte McDonalds möglicherweise, McDonalds hatte möglicherweise auch die Absicht, sich als Gönner und Retter ökologischer Problematiken in Szene zu setzen... die geschmeidige Antwort des eingangs zitierten Münchner McDonalds-Direktors auf Warths besorgtes Schreiben rückt alles wieder ins „Lime-Light" der unpersönlich freundlichen Beziehungen: „Wir bedauern außerordentlich..." / „Sie können sicher sein,..." / „In Unkenntnis des in der öffentlichen Förderungspraxis offensichtlich feststehenden Förderungsbegriffes haben wir das Wort „fördern" im Gegensatz zum Wort „beauftragen" benutzt..." / „Selbstverständlich sind wir bereit..." / „In der Hoffnung, Ihnen damit gedient zu haben..."

Feststeht: McDonalds sucht weiter nach Millionen-Märkten und am bis jetzt in der Ökoszene unbefleckten Namen BTA/REA lassen sich Kontaktspuren erkennen...

DIE KLEMME

Bewegt man sich in den schicken, neubezogenen Büros der BTA/REA in der Innenstadt von den Besucherstühlen zum Fenster, schaut man zumindest am Abend der „Szene" ins Auge: Im gegenüberliegenden Programmkino treffen sich die Leute, die einem eigentlich schon immer eher sympathisch waren. Gibt es da nach wie vor „politisch direkte" Rückkopplungen zur BTA/REA?

Szene-beklatscht und schwarzledern betresst hüpften deren Hauptorganisatoren immer wieder bei „harten" Wackersdorf-Einsätzen vor den Leuten herum, die sich angesichts des WAA-Wahnsinns mit den Gedanken an alternatives Energierecycling solidarisierten. Zum Großteil brachten die Wackersdorf-GegnerInnen mit vereinten (Finanz)Kräften die Deckungssumme für die „alternative" Geschäftssicherheit von BTA/REA auf.

Das Konfliktfeld liegt offen: Der Großteil der fundamentalistischen Öko-Szene wird bös auf Firmen wie die BTA/REA einschimpfen und sich am eigenen ökonomischen Mißerfolg sonnen (Ihr seht ja, wohin das Geldverdienenwollen führt!)

Die Gretchenfrage an das unternehmerische Handeln von Alternativbetrieben ist wieder einmal mehr gestellt: Muß im eigenen Betrieb die Mark stimmen und soll die Politik auf der Straße bleiben?

INTERNE DISKUSSIONEN

Nicht nur in München mag die ökonomisch- orientierte Entwicklung der BTA/REA auf ein sensibles Ressentiment gestoßen sein, frei nach dem Motto: „Endlich einmal schafft man und frau es, im Bereich der alternativen Energiegewinnung genügend Geld zur Betriebsgründung für ein linkes, selbstverwaltetes Projekt mit autonomen Anspruch zusammenzukratzen, schon rutschen die in die „Kommerz-Scheiße" ab und verkaufen sich selbst."

Foto: Eric-Jan Ouwerkerk

Jedoch aus der Sicht des Betriebes kann das alles ganz anders aussehen, ohne einer „Banalisierung des Sündenfalls" das Wort zu sprechen: Selbstverständlich hat es interne Diskussionen um den geschäftlichen Umgang mit McDonalds gegeben. Natürlich wurde auch das „Für" und „Wider" einer solchen Transaktion abgewogen und nicht wenigen Leuten ist ein einigermaßen mulmiges Gefühl aufgekommen... beim geschäftlichen Umgang mit dem Reizwort „Ham-Burger".

Grundsätzlich scheint sich aber eine Entwicklung abzuzeichnen, die auch durchaus für andere selbstverwaltete Betriebe mit Aussicht auf finanziell verwertbares Know-how eine erkennbare Entwicklungslinie darstellt.

Die „ökologische Alternative" an sich kann auf Dauer für die BTA/REA nicht darin bestehen, prinzipiell auf geschäftliche Verbindungen zu verzichten, die wie diese die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens kontinuierlich garantieren.

In der offensiven Firmenideologie von BTA/REA trägt jede/r geschäftliche Partner/in mit der Umsetzung von BTA-Technologie und Know-how auch zu einer Veröffentlichung/Verwirklichung ökologisch durchdachter Abfallentsorgung/Energiegewinnung bei.

DER JOKER IN DER ALTERNATIVEN HAND?

Und darin sitzt bei dem Kontakt zu McDonalds der Spannungspunkt: Wenn McDonalds wirklich auf Umweltbewußtsein setzt, kann hierdurch die lawinenartige Umorientierung eines Marktes Gestalt annehmen, von der bislang nur ökologisch geträumt werden konnte. Wenn es McDonalds tatsächlich ernst meint mit seinen Umweltengagements, zieht das wirtschaftlich einen Trend herauf, an dem ganz andere „Umweltschmutzies" teilhaben müssen... die grün-ökologische Revolution im Umweltbewußtsein könnte vorsichtige Farbe gewinnen aufgrund von Markt- und Machtkämpfen der Mächtigen.

Die Leute bei BTA/REA sind RealistInnen, sie sehen ihre betrieblichen Verwirklichungen in der konkreten Umsetzung des Technologievorsprungs, das sie in den letzten Jahren gegenüber den konventionellen Müll- und Energieunternehmen entwickelt haben. Sie versuchen, die von ihnen konstruierten Anlagen an InteressentInnen zu verkaufen und so die technologischen Möglichkeiten (die im Rahmen von Energie-und Müllverwertung tatsächlich bestehen) unter die spezifischen InteressentInnenkreise zu bringen. Was tatsächlich aus dem Umgang mit dieser Technik wird, das liegt kaum noch in den Händen der Münchner Müll-RecyclerInnen...

Immerhin hat BTA/REA dem Fastfood- Konzern noch eine Produktlinienanalyse abgenötigt, mit der festgestellt werden soll, ob die Einwegmentalität mit einem Blick auf die ökologischen Probleme wirklich auch ökonomisch sinnvoll ist.

NUR KEINE RÜCKZUGSGEFECHTE

Was sich beim BTA-REA/McDonalds-Kontakt offenbart, ist der (Alp-)Traum vieler ökologisch orientierter Projekte, die selbstverwaltet und wirtschaftlich überleben wollen. Eine Idee, die über 400 KommanditistInnen aus dem linken Spektrum dazu bewegt hat, zwischen 5.000,--und 100.000,-- DM (mit der eher schmalen Hoffnung auf finanziellen Gewinn) anzulegen, steht natürlich in der Gefahr, daß ein **funktionierender** Betrieb im Alltag zwangsläufig Gratwanderungen unterschiedlicher Art unterworfen ist.

Neben der Frage, welche Region überhaupt für eine solche Anlage geeignet ist (ein konkretes Angebot aus Brasilien könnte zum Beispiel allzu schnell in die negative Schublade „Entwicklungshilfe" abgehakt werden) bleibt die Frage offen, mit welchen Firmen überhaupt verhandelt werden soll: Da gibt es welche, denen wird nur etwas verkauft und damit hat es sich mit der geschäftlichen Beziehung. Andere werden aber für eine Zusammenarbeit gebraucht, um weiterhin marktstrategisch einen Vorteil anbieten zu können. Solche PartnerInnen müssen sorgfältig ausgesucht werden, einerseits, um den eigenen Vorteil zu nutzen und den Firmenvorsprung auszubauen, andererseits, um nicht in die Abhängigkeit jener Konzerninteressen zu geraten, denen der Know-how-Fortschritt von Firmen wie BTA/REA ein Dorn im Auge ist.

Die fast zwei dutzend ArbeitnehmerInnen bei BTA/REA lassen sich bislang von dem Produkt faszinieren, das sie komplex konzipieren, produzieren und eben auch verkaufen können.

Auf Dauer aber dem Druck durch drei Komponenten gerecht zu werden... nämlich:

- Expansion auf einem interessierten Markt
- Modifikation und Qualifizierung eines Produktes

und

- Selbstverwaltung als Experiment...,

das wird auch der BTA/REA in München schwerfallen.

Der Fall McDonalds/BTA-REA hat schnell deutlich gemacht, wie ein alternativer Betrieb über den Tisch gezogen werden kann; Software-Kollektiven passiert das fast täglich...

Die weitere Entwicklung/Diskussion bei BTA/REA darf mit Spannung erwartet werden: Wird bald ein McDonalds-Boss in die Gesellschafterversammlung kommen und sich dafür bedanken, daß das BTA-Verfahren die Wegwerfmentalität des Burger-Konzern ökologisch legitimiert hat...?

Solange nicht wie jüngst auf einem Parteitag „Gratis-Ham-Burger" gereicht (und gegessen) werden... muß ja nicht gleich jeder/m übel werden! ●

BTA-Biotechnische Abfallverwertung GmbH & Co. KG

BTA-Slogan: Aus Naßmüll das Beste machen!

Die BTA wurde im Jahre 1984 mit Sitz in München gegründet. Das Gesellschaftskapital betrug am Anfang 1989 3,8 Mio. DM und wird von mehreren hundert Gesellschaftern gehalten.

Die BTA entwickelt, baut, betreibt und verkauft umweltverträgliche Anlagen zur Abfallverwertung. Mit Hilfe ihrer Schwestergesellschaft, der Firma REA Gesellschaft für Recycling von Energie und Abfall, und der finanziellen Unterstützung des Bundesforschungsministeriums entwickelte die BTA ein Verfahren zur anaeroben Vergärung von Naßmüll. Die praktische Erprobung erfolgte in ihrer Anlage in Garching/München.

Die BTA betätigt sich desweiteren auf dem Gebiet der Beratung und Planung von Abfallbehandlungssystemen und der getrennten Sammlung von Abfallstoffen.

ANWENDUNGSGEBIET DES BTA-VERFAHRENS

Das BTA-Verfahren dient speziell der Verwertung biogen-organischer Abfallstoffe aus Haushalt und Gewerbe mit einem Anteil nicht nutzbarer Stoffe von bis zu 30 Gew.-%. Geeignete Abfälle lassen sich durch getrennte Sammlung am Ort der Abfallentstehung gewinnen, z.B. durch seperate Sammlung von Naß- oder Biomüll.

VERFAHREN

Das Verfahren beruht auf einer mechanischen, thermischen und chemischen Aufbereitung der Abfallstoffe und einer nachfolgenden anaeroben Vergärung der so aufbereiteten Organik.

Die mechanische Aufbereitung erfolgt in einem Auflösebehälter. Die Abfallstoffe werden zu einer Suspension mit 10 % Trockenrückstand (TR) verarbeitet; die unbrauchbaren Fremdstoffe wie Kunststoffe, Inertmaterialien und Metalle werden über einen Rechen und eine Schleuse entfernt. Die Suspension wird thermisch- alkalisch behandelt und für die nachfolgende biologische Behandlungsstufe vorbereitet. Die anaerobe Vergärung erfolgt in zwei Stufen, in einem getrennten anaeroben Hydrolysereaktor und in einem Hochleistungsmethanreaktor. Durch diese Zweiteilung des anaeroben Prozesses und dank einer darauf abgestellten Betriebsweise der Reaktoren wird den am Abbau der organischen Abfälle beteiligten Mikroorganismen das ideale Lebensumfeld für einen optimalen Einsatz geboten. Ihre Leistungsfähigkeit und - geschwindigkeit steigen beträchtlich an. Innerhalb von zwei bis drei Tagen werden etwa 70% der gesamten biogen-organischen Abfälle abgebaut – eine Abbauleistung, die in konventionell betriebenen einstufigen Biogasreaktoren die fünf- bis zehnfache Zeit benötigt.

VERFAHRENSPRODUKTE

Bei Biomüll mit einem Wassergehalt von ca. 60% werden etwa 19 Gew.% des gesamten Eingangsmaterials (d.h. etwa 47% des TR) zu Biogas mit einem Methangehalt von 70-80% und einem unteren Heizwert von 7 und 8 kWh/N kbm. Je Tonne abgebauten organischen Trockenrückstandes werden zwischen 650 und 850 N kbm Biogas gewonnen. Dies entspricht einem Biogasertrag von 115 bis 140 N kbm je Tonne Eingangsmaterial. Die Gasreinigung ist Stand der Technik. Das Biogas ist eine wertvolle Energiequelle mit vielen Nutzungsmöglichkeiten. Etwa 38 Gew.-% des Eingangsmaterials (d.h. ein Viertel des TR verbleiben als feste Reststoffe mit einem TR-Gehalt von 35%. Sie sind pflanzenverträglich und können als Torfersatz Verwendung finden. Der Schwermetallgehalt ist gering und erlaubt die Verwendung der Reststoffe zur Bodenverbesserung. Der Salz- und Nährstoffgehalt erlaubt eine sinnvolle Nutzung.

Etwa 27 % der Ausgangsstoffe sind Wasser, das zunächst als Prozeßwasser dient, dann in der Anlage gereinigt und vorflutergerecht abgegeben wird.

STANDORT UND ANWENDUNGSBEREICH

Wegen der kurzen Verweilzeit der Biomasse in den einzelnen Reaktoren kann die Anlage relativ kompakt gebaut werden. Dank des umweltverträglichen Verfahrens und geringer Emissionen ist ein Stadtort in der Nähe des Gasverbrauchers möglich.

BTA-Anlagen sind speziell für biogen-organische Abfallstoffe entwickelt, die durch Verbrennung oder Deponierung nicht, oder nur unvollkommen, genutzt werden können. BTA-Anlagen eignen sich deshalb zur Kombination mit den meisten anderen Verfahren der Abfallentsorgung. ●

Anzeige

**Workcamps-
Alternative zum Massentourismus**

Freiwilligenarbeit in Ökologie-, Friedens-, Dritte-Welt- und Frauenprojekten, in sozialen oder antifaschistischen Initiativen. Sinnvoller Urlaub in internationalen Gruppen. Unterkunft und Verpflegung frei. Mindestalter für TeilnehmerInnen: 16 (Inland), bzw. 18 (Ausland).

Sommerprogramm 1990 mit über 500 Workcamps in 40 Ländern erscheint im April. Gegen 2,50 DM in Briefmarken ab sofort anfordern unter: service civil international, Blücherstraße 14, 5300 Bonn.

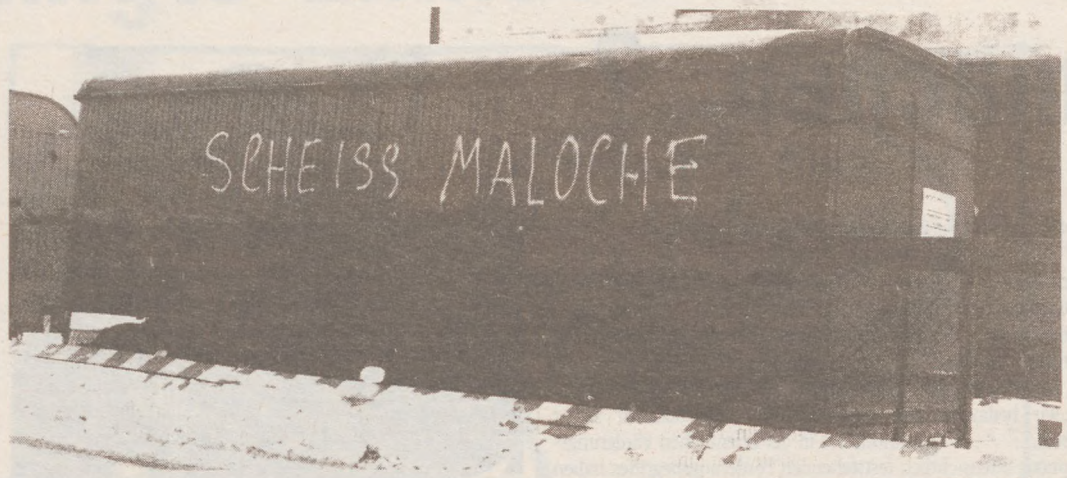
TeamerInnen für Internationale Workcamps gesucht

Für politisch interessierte junge Menschen, die an internationaler Jugendarbeit interessiert sind:
Für unsere 2-3-wöchigen internationalen Sommerworkcamps 1990 in der Bundesrepublik werden TeamerInnen gesucht. Workcamps finden statt in den Bereichen: Ökologie, Antifaschismus und Frieden, Solidaritätsarbeit, Frauenarbeit, Soziale Initiativen / Selbsthilfegruppen.
TeamerInnen werden in einem Ausbildungsseminar auf ihre Tätigkeit vorbereitet und erhalten 200 DM Honorar. Mitarbeit kann als 10-wöchiges Praktikum bescheinigt werden!
Interessierte können sofort weitere Informationen anfordern bei service civil international, Blücherstraße 14, 5300 Bonn, Tel. (0228) 21 20 86/7.

REZENSION: „GESCHICHTE DER SELBSTVERWALTUNG"

Erfahrungen der Geschichte nutzen

Zögernd erst beginnt eine Beschäftigung mit der Geschichte der Selbstverwaltung. Luise Gubitzers Buch „Geschichte der Selbstverwaltung" (1) füllt vorläufig eine Lücke, die Holm-Detlev Köhler (2) bereits sich zu füllen bemühte. Jener ging meiner Ansicht nach über das Spezifische der Selbstverwaltung zu sehr hinweg bei seinem Bemühen, Selbstverwalteten Betrieben eine Rolle in einer Wirtschaftsreformpolitik zuzuweisen. Das von der AG SPAK herausgegebene Buch von Luise Gubitzer läßt da anderes erwarten.



aus: ZwischenRäume

Von Thomas Hardwig, Redaktion Heidelberg ● Meine hohen Erwartungen wurden zunächst auch vollauf erfüllt, weite Strecken dämpften meine anfängliche Begeisterung, während das Ende mich wieder versöhnte – soweit meine Leseerfahrung.

Wahrscheinlich die einzige nützliche Auseinandersetzung mit der Geschichte ist eine, die daraus aktuelle Handlungsmöglichkeiten erschließt, Erfahrungen für heutige Auseinandersetzungen aufbereitet. Mit dieser Ausgangsvoraussetzung geht Luise Gubitzer an ihre Aufgabe heran, in der Absicht, für die aktuelle „Wiederauflebensphase Alternativer Ökonomie" Erkenntnisse bereitzustellen, so zur Lösung gesellschaftlicher Problemlagen im Sinne der neuen sozialen Bewegungen beizutragen. Selbstverwaltung versteht die Autorin nicht als betriebliche Organisationsform allein, sondern als umfassende Gegenbewegung gegen die kapitalistische Enteignung der schöpferischen Potenzen der Menschen in allen ihren Lebensbereichen. Selbstverwaltung als Versuch der Wiederaneignung der „Fähigkeit zur Selbstbestimmung als Grundlage des sozialen Zusammenhangs" (S.11). Das Konzept der Selbstverwaltung ist damit eine Kritik an Basisinstitutionen der kapitalistischen Gesellschaft, weist über diese hinaus. Die Utopie der Selbstverwaltung (frühsozialistische Entwürfe) wird in verschiedenen Formen in die Praxis umzusetzen versucht (kollektive Lebensgemeinschaften; Produktivgenossenschaften; Alternative Ökonomie der Gegenwart) und wissenschaftlich reflektiert (Labour Managed Firm Theorie). Auf diese fünf Elemente geht Luise Gubitzer in einzelnen Kapiteln ein.

WURZELN DER ALTERNATIVÖKONOMIE

Zuerst sucht die Autorin die ideengeschichtlichen Wurzeln alternativer Ökonomie bei den utopischen Sozialisten. Ihre Rehabilitation der Vorläufer des Marxismus sowohl gegenüber marxistischer Orthodoxie als auch gegenüber fachwissenschaftlicher Verdrängung führt eine Menge interessanter Details ans Licht. Die damaligen Entwürfe alternativer Ordnungen zur kapitalistischen Gesellschaft können Anregungen für heute darstellen. Die Breite und Vielfalt der Ansätze sowie die erstaunliche Spannweite der Vorstellungen zeigen, daß heutige Begriffe fast aller Debatten der Selbstverwaltungsszene ideengeschichtlich auf die utopischen Sozialisten zurückgehen. So ist es Buchez, der wohl als erster der Gefahr der Transformation von Produktivgenossenschaften zu begegnen sucht: Er diskutiert die zeitliche Begrenzung der Beschäftigung von LohnarbeiterInnen und „erfindet" das neutralisierte Kapital („Sozialkapital"). Louis Blanc fordert Staatsknete zur Behebung der ökonomischen Benachteiligung genossenschaftlicher Betriebe. Die Vorstellungen von Lohnzahlungsprinzipien reichen von Fouriers Bemessungsgrundlagen (gesellschaftliche Nützlichkeit und Charakter der Arbeit) über Blancs Einheitslohn zum Lohn nach Leistung, nicht zu vergessen die Konzeption der Existenzsicherung als Menschenrecht (Babeuf). Dabei reduzieren sich die Überlegungen keineswegs auf das Überleben von Betrieben allein. Vielmehr geht es um gesellschaftliche Entwürfe, die von der sexuellen Ordnung (v.a. Fourier) bis zur Kooperation und Vernetzung von Assoziationen reichen. Experimentelle Praxismodelle sollen im Kleinen zeigen, das „es" geht: Siedlungen wie die Utopie einer „Phalange" (1.620 Menschen) Fouriers oder die Praxis der Reform einer Spinnerei in New Lanarck (2.000 Menschen) von Owen. In sehr unterschiedlicher Weise ging es um den Beweis, daß Gleichberechtigung der Geschlechter und Gleichheit aller Mitglieder verwirklicht werden kann usw!

Zu einer Diskussion dieser historischen Entwürfe gehört jedoch auch deren Kritik; dabei hält sich Luise Gubitzer sehr zurück. Sie vergibt damit ihre Chance, aus der Fülle der damaligen Entwürfe für heute wegweisende auszuwählen, dies bleibt den LeserInnen überlassen.

Das Kapitel über kollektive Lebensgemeinschaften stellt vierzehn beispielhafte Kommuneexperimente vor, allerdings geht in der Fülle der Fakten und Einzelheiten, gerade wegen der feinen Gliederung, die Möglichkeit etwas verloren, aus diesen Modellen gemeinsame Erfahrungen und Probleme herauszuarbeiten. Die Zusammenfassung führt statt zu einer Klärung zur Einführung neuer Aspekte, so daß für mich unklar geblieben ist, inwieweit diese sozialen Versuche anderen Zusammenlebens Wegweiser für die soziale Emanzipation darstellen können. Zumal sie nur mit Hilfe eines enorm hohen Gemeinschaftsgeistes existieren konnten (vgl. S. 153), der meist mit einer oft autoritären Religion hergestellt wurde. Auf die neuere Kommunebewegung geht die Autorin nicht ein.

Im vierten Kapitel wird die Geschichte der Produktivgenossenschaften relativ kurz behandelt, dabei steht der Zusammenhang von Gründungsphasen Alternativer Ökonomie mit wirtschaftlichen oder politischen Krisensituationen im Mittelpunkt. Die dem folgende Darstellung der Probleme von Produktivgenossenschaften basiert auf den Ergebnissen von Erwin Weissel. Hier wie im fünften Kapitel, bei der Zusammenfassung der aktuellen Entwicklung der Selbstverwaltungsbewegung, fehlt ein Versuch der Zusammenführung unterschiedlicher Ansätze und Überschreitung des gegenwärtigen Diskussionsstandes. Die Darstellung bietet einen guten Überblick, aber nichts Neues für LeserInnen, die die Diskussion in etwa verfolgt haben.

BERÜCKSICHTIGUNG DES MENSCHEN!

Das fünfte Kapitel stellt die wissenschaftlichen Überlegungen der Neuklassiker zur Selbstverwaltung, deren überaus abstrakte Annahme vor. Dabei wäre es für ein breites LeserInnenspektrum hilfreich gewesen, auf ein ausführliches Zitieren englischsprachiger Literatur zu verzichten, wenn es auch wissenschaftlich üblich ist. So ganz klar geworden sind mir einige der Ausführungen erst im sechsten Kapitel, in dem Luise Gubitzer die Labour Managed Firm Theorie mit ihrem „historisch-institutionellen Ansatz" vergleicht. Sie zeigt in ihrer Kritik die Praxisferne und Problematik der Labour Managed Firm Theorie deutlich auf, beispielsweise, daß die Neoklassiker durch ihren Verzicht auf eine Berücksichtigung der Gründungsmotivation Alternativer Ökonomie (z.B. materielle Not, Arbeitslosigkeit; andere Wertvorstellungen; Versagen staatlicher Politik) den Gegenstand verfehlen. Sie macht deutlich, daß aufgrund des angenommenen Menschenbildes sie lediglich Aussagen über „Einkommens- und Nutzenmaximierer" treffen können, nicht aber über reale Menschen. Mir blieb unklar, was eigentlich von der Labour Managed Firm Theorie übrigbleibt, welche Ergebnisse verwendbar sind.

In diesem Abschlußkapitel arbeitet die Autorin das Spezifische der Selbstverwaltung deutlich heraus, zeigt, daß die Selbstverwalteten Betriebe eine andere Vorstellung von Zielen des Wirtschaftens, der Produktivität der Arbeit, ihrer Effizienz und der Funktion der Technik haben. Ganz zu schweigen von den Projekten und Lebensgemeinschaften, die ökonomisch nur sehr begrenzt beschreibbar sind.

Deutlich wurde mir bei der Argumentation, daß unfreiwillig den Vereinnahmern Alternativer Ökonomie entgegengearbeitet wird, wenn so deutlich zu lesen ist, daß SVB externe soziale Kosten sparen, indem sie sie internalisieren: d.h. Marktschwankungen nicht mit Arbeitslosigkeit ausgleichen, sondern mit Lohnverzicht. Die gepriesene hohe Flexibilität ist ja auch die kritisierte „Selbstausbeutung". Ein anderes Beispiel wäre das Einsparen staatlicher Gelder aufgrund von Selbsthilfe in Projekten. Hier wäre es wichtig, auf die politisch offensive Qualität der Alternativökonomie zu bestehen, die nicht zuerst externe Kosten spart (obwohl das beim Umweltschutz nicht ganz richtig ist), sondern gesellschaftlichen Nutzen erhöht. Aber dies wäre eine Diskussion, für die das Buch von Luise Gubitzer sehr nützlich sein kann.

Insgesamt ein sehr lohnenswertes Buch für LeserInnen, die sich einen umfassenden Überblick verschaffen wollen über zentrale Diskussionen der Geschichte, der Gegenwart und eines Teiles der Wissenschaft sowie über praktische Erfahrungen mit der Selbstverwaltung. Für LeserInnen, die auf dem Laufenden sind, empfehlen sich die Anfangs- und Schlußartikel. ●

(1) Luise Gubitzer, Geschichte der Selbstverwaltung. Reihe Selbstverwaltung AG Spak M 96
München 1989, kostet 33,– DM
(2) Holm-Detlev Köhler Ökonomie und Autonomie. Historische und aktuelle Entwicklungen genossenschaftlicher Bewegungen
Frankfurt 1986, kostet ca. 27,– DM

Anzeige

FORSCHUNGSJOURNAL
Neue Soziale Bewegungen

Aufsätze, Berichte, Kommentare, Analysen, Dokumente, Rezensionen, Bibliographie & Infomarkt: Termine, Material, Aktionen und Konferenzen. 4x pro Jahr auf 128 Seiten.

→ Analyse statt Fiktion

Medien und Bewegungen - Bewegungen und Medien
Heft 1/89

Alternativökonomie zwischen Traum und Trauma
Heft 2/89

Institutionalisierungstendenzen in den Neuen Sozialen Bewegungen
Doppelnummer: Heft 3-4/89

SONDERAUSGABE:
40 Jahre Bundesrepublik - 40 Jahre Soziale Bewegungen
Sonderheft / Oktober 1989

Ich bestelle:
☐ Jahres-Abonnement des Forschungsjournals NSB (DM 35,– gegen Scheck)
☐ Einzelexemplar Nr. ...../89 (DM 9,80 per Scheck oder in Briefmarken)
Einzelexemplare des Jahrgangs 88 (Vorzugspreis von DM 6,80 per Scheck oder in Briefmarken)
☐ Geschlechterverhältnis in den NSB
☐ Parteien und NSB
☐ Sonderheft 1989 (150 Seiten / DM 12,– nur per Scheck oder in Briefmarken)

Name
Straße
PLZ, Ort
Datum Unterschrift
Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb einer Woche widerrufen kann.
Datum Unterschrift 9/89

Coupon an: Forschungsgruppe Neue Soziale Bewegungen - c/o Thomas Leif, Taunusstraße 66, 6200 Wiesbaden

ECKARDS BÜCHERECKE FÜR KULTURARBEITER

„Kultur hat Konjunktur"

Um den kritischen, gesellschaftsbezogenen Diskurs über die neue Bedeutung von Kultur bemühen sich dreizehn Autoren in dem Buch „Kultur macht Politik", das 1988 im Kölner Volksblattverlag herausgekommen ist und seinen praktischen Wert bereits bei kulturpolitischen Tagungen (z.B. bei den soziokulturellen Zentren in Baden-Württemberg) bewiesen hat. Die Kölner Autorengruppe um Eva Krings, verstärkt um Mitarbeiter der Bundesarbeitsgemeinschaft Kultur der Grünen und der Kulturpolitischen Gesellschaft, beschäftigt sich mit dem Umstand, daß „Kultur heute Konjunktur hat", daß die kommunalen Kulturhaushalte überall überproportional steigen und daß die bundesdeutschen Metropolen Milliardenbeiträge in den Ausbau ihrer „Kulturmeilen" stecken. Unter den Parteien setzt insbesondere die CDU auf die staatliche Kunstförderung und erwartet, daß damit eine Fülle von unterschiedlichen Aufgaben wie Kreativitätsschulung, Innovationsanregung, Daseinsfürsorge, Kompensation von arbeitsbedingten Frustrationserlebnissen, Meisterung der postmodernen Sinnkrise, Wirtschaftsbelebung und Standortpolitik, um nur eine Auswahl zu nennen, auf elegante Art und mit vergleichsweise geringen Mitteln gelöst werden können. Während Hajo Cornel befürchtet, daß es sich nur um ein Wirtschaftsprogramm mit anderen Mitteln, in seinen Worten um „Stillstellung der Kultur bei forciertem Betrieb" handelt, weist Bernd Wagner darauf hin, daß nicht nur die Paläste der großbürgerlichen Kultur und die darin inszenierten Opern und Schauspiele immer aufwendiger ausgestaltet werden, sondern daß auch einige Brosamen für die politisch widerspenstige Alternativkultur und die soziokulturellen Zentren abfallen. Interessant zu lesen ist nicht zuletzt der Artikel von Norbert Sievers über die Bedeutungsveränderung des Begriffs der „Soziokultur", mit dem heute – im Gegensatz zu den 70er Jahren – eine „alternative Form kultureller Praxis" gemeint ist, die oft einen zweiten Arbeitsmarkt für eine marginalisierte Intelligenz darstellt, die aufgrund einer verfehlten Bildungspolitik ihr Berufsziel nicht erreicht hat.

Grüne Kulturpolitik

Mit dem Ziel, die verschlafene grüne Kulturdiskussion aufzurütteln und den Streit um eine neue, ökologisch gerichtete Inhaltsästhetik zu provozieren, hat der Germanistikprofessor Jost Hermand (zusammen mit Hubert Müller, Kassel) im Argument-Verlag einen Sonderband „öko-Kunst? Zur Ästhetik der Grünen" herausgegeben. Die Widersprüche zwischen den neun beteiligten Autoren (Uli Myller, Bernd Wagner, Ekkard Holler, James Meinkes, Wassili L. Lepanto, Reinhilde Wiegmann u.a.) sind nicht geglättet und entsprechen der aktuellen Diskussion, in der die Forderung nach einer neuen A-Kultur (= „Allgemeinkultur"), die die Spaltung der Kultur in die E- und U-Kultur aufhebt, noch ein frommer Wunsch ist. Hermand kritisiert die „Struwwelpeter"-Broschüre der Grünen als zu wenig prognostisch und meint, daß man von den Grünen mehr verlangen sollte als nur Kritik und Utopie, „nämlich tatsächlich alternative Konzepte einer Ästhetik, die... sich auch um eine grundsätzlich neue Funktionsbestimmung von Kunst bemüht." Statt einem unverbindlichen Pluralismus das Wort zu reden, sollten die Grünen ein Signal für eine neue ästhetische Richtung setzen, die für ihre Anhänger Richtschnur des Handelns sein kann. Gefordert wird eine eigenständige grüne Kunst und Ästhetik, wie sie in ersten Ansätzen bereits erkennbar sei in den Documenta-Aktionen von Beuys, den Gemälden von Hundertwasser, dem Heimat-Film von Reitz, den Liedern von BAP und Moßmann, den literarischen Arbeiten einer Reihe von Autoren, die sich ökologischen Fragen zuwenden, den Produktionen der Sprayerszene („No Atomstrom / in my Wohnhome"), aber auch in den Vorschlägen für Natur- und Biohäuser, „die nicht Kunstwerke, sondern Werke des Lebens sein wollen".

Diskrepanz zwischen Stadt und Land

Während sich in den bundesdeutschen Großstädten alternative Kulturinitiativen bereits in den 70er Jahren fest etablieren konnten, blieben sie in den Kleinstädten im subkulturellen Abseits und waren im ländlichen Raum offen bekämpfte Fremdkörper. Daß sich die Situation im Übergang zu den 90er Jahren verändert, signalisieren zwei Neuerscheinungen aus dem Jahr 1989: „Das Provinzbuch" mit Aufsätzen von 19 AutorInnen, herausgegeben von Ulrich Klemm und Klaus Seitz, die Mitarbeiter des Vereins für eigenständige Regionalentwicklung Baden-Württemberg sind, und „Kultur im ländlichen Raum", herausgegeben von vier empirischen KulturwissenschaftlerInnen der Uni Tübingen. Den Herausgebern des „Provinzbuchs" geht es um die Begründung einer innovativen ländlichen Erwachsenenbildung und Kulturarbeit, die – gestützt auf die neuen sozialen Bewegungen – zu einem dritten Weg zwischen dem bloßen Bewahren ländlicher Werte und dem modernistischen Programm der Anpassung des Landes an den Fortschritt der städtischen Zentren sucht. Während Autoren wie Bausinger bei der Entwicklung des Landes künftig die „ländlichen Strukturen" berücksichtigt wissen wollen und einer Gleichberechtigung von Stadt und Land das Wort reden, betonen die Vertreter der „eigenständigen Regionalentwicklung" den Vorrang des Landes vor der Stadt und setzen angesichts der globalen Überlebenskrise der Menschheit ihre Hoffnungen auf „eine Wiederbelebung des Landlebens und der Landarbeit" und auf den „Aufstand des Landes gegen die Stadt". Dabei ist anzumerken, daß das „Provinzbuch" weniger wegen der strategischen Überlegungen, sondern wegen der detaillierten Einzelanalysen von Zielgruppen (Jugend, Frauen), historischen Entwicklungen und Perspektiven (Heimatpflege, Erwachsenenbildung, Landkommunen, neuren Kulturinitiativen u.a.) und der dabei verarbeiteten Literatur empfehlenswert ist.

„Kultur im ländlichen Raum" ist eine Expertise für das Landwirtschaftsministerium von Baden-Württemberg und entstand im Zusammenhang mit Überlegungen, eine eigene Kunstkonzeption für den ländlichen Raum zu erstellen. Das anschaulich bebilderte Buch setzt seinen Schwerpunkt auf die Darstellung neuerer Ansätze von Kulturarbeit (Geschichtswerkstätten, neue Musik-Szenen, Filmarbeit vor Ort, soziokulturelle Initiativen, neue Heimatmuseen u.a.) und entwickelt aus der Analyse eine Reihe von Forderungen an die Kulturpolitik im ländlichen Raum.

Die vermutlich aufwendigste Selbstdarstellung autonomer Kulturarbeit in der Bundesrepublik (Herstellungskosten: 33.000 Mark) wurde kürzlich vom „Kulturschock Zelle" eröffnet, war ursprünglich auf Ausstellungen, Jazz und Liedermacher und in den 70er Jahren vor allem auf Folk ausgerichtet, schwenkte in den 80er Jahren auf Punk um und fühlt sich heute der „autonomen Szene" zugehörig. Die Stärke der Einrichtung lag und liegt in der Selbstverwaltung, was auch die Erinnerungstexte der rund 30 (z.T. ehemaligen) MitarbeiterInnen belegen. Auf 223 Seiten enthält das Jubiläumsbuch neben vielen Fotos und Grafiken auch den Versuch einer analytischen Einordnung dieses Typs selbstverwalteter Jugend- und Kulturarbeit (von Thilo Klöck) sowie eine Auflistung aller (ca. 1.250) Veranstaltungen zwischen 1968 und 1988.

Eckard Holler

Besprochene Bücher:
A.R.T. (Hg.), Kultur macht Politik, Köln 1988: Volksblatt-Verlag
Jost Hermand/Hubert Müller (Hg.), öko-Kunst? Zur Ästhetik der Grünen, AS 183, Hamburg 1989: Argument-Verlag
Ulrich Klemm/Klaus Seitz u.a. (Hg.), Kultur im ländlichen Raum, Studien und Materialien des LUI der Uni Tübingen Bd.1, Tübingen 1989
Kulturschock Zelle (Hg.), Unsere Wünsche sind Erinnerungen an die Zukunft, 20 Jahre freier Fall, Das autonome Kulturzentrum Zelle 1968-1988, Reutlingen 1989: Trotzdem-Verlag

WEST-BERLINER PROJEKT WOCHENZEITUNG

(Markt)Chancen für eine radikal-linke Öffentlichkeit?

Was tat und tut sich bei PROWO, dem West-Berliner PROjekt WOchenzeitung? Seit 1988 arbeiten wir, ein Redaktionskollektiv von Leuten aus verschiedenen politischen Spektren, an einem Konzept für eine linke West-Berliner Wochenzeitung.

POLITISCHE ZIELSETZUNG UND KONZEPTION

In unserer Selbstdarstellung heißt es dazu: (...) ‚Warum gibt es Ende der 80er Jahre das Projekt einer linken Wochenzeitung für West-Berlin? Erinnern wir uns: Vor 10 Jahren begannen nicht zuletzt aufgrund der Erfahrungen des ‚Deutschen Herbstes" gleich zwei linke Strömungen mit der Herausgabe einer täglich erscheinenden Zeitung. Die ‚Neue", gewerkschaftlich orientiert, überlebte nicht lange. Die ‚TAZ"-Redaktion, mißt man/frau sie an ihrem anfangs postulierten Ziel, täglich eine radikale linke Zeitung zu erstellen, erfüllte diesen Anspruch nicht: Sie schwimmt (besonders in ihrem Berlin-Teil) größtenteils im postmodernen Fahrwasser und berichtet oftmals einseitig, verzerrt und ausgrenzend über Teile der Linken und ebenso mit großer Distanz über gewerkschaftliche Auseinandersetzungen.

Im Gegensatz dazu sind wir heute bescheiden und unbescheiden zugleich: Bescheiden, weil es uns ‚nur"(!) um eine linke Wochenzeitung für West-Berlin geht, und unbescheiden, weil wir am Anspruch einer radikalen Umwälzung der kapitalistischen und patriarchalischen Verhältnisse und – etwas emphatisch gesprochen – am Ziel der Emanzipation der arbeitenden Klassen festhalten. Wir wollen eine 16- seitige Wochenzeitung erstellen, die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Linken zu verschiedenen Themen dokumentiert sowie Ansätze einer gemeinsamen Arbeit aufzeigt und entwickeln hilft.

Unsere Zeitung soll dabei als Forum des Streites um linke Theorie- und Praxisansätze dienen. Als ein Teil von Gegenöffentlichkeit ist es uns wichtig, Informationen zu liefern, die in den hiesigen Medien unterdrückt bzw. unterbelichtet dargestellt werden.

Unser Ziel ist es, sowohl stadt- und betriebspolitische Fragen aufzugreifen als auch allgemeine gesellschaftliche Probleme im Zusammenhang zu analysieren und verständlich zu vermitteln. Die Konzeption von PROWO beinhaltet daher neben einem Serviceteil für politische Veranstaltungen und Treffen einen aktuellen Informationsteil, Hintergrundseiten, jeweils ein Schwerpunktthema und – last but not least – eine Internationalismusseite. Politisch produktive Diskussionen können nur geführt werden, wenn das nötige Hintergrundwissen vorhanden ist. Deshalb ist es uns wichtig, auf den Hintergrundseiten die oft isoliert voneinander vorhandenen Kenntnisse aus den verschiedenen Arbeitsgebieten der Linken zu sammeln und zu vermitteln, um somit längst überfällige politische Diskussionen zu ermöglichen. Wir als Redaktion verstehen uns dabei als Teil der radikalen Linken in West-Berlin und sind – wie schon oben angeführt – nicht einer spezifischen Strömung verpflichtet. Wir wollen jedoch eine Zeitung produzieren, die das ganze linke Spektrum anspricht. Dazu zählen wir sowohl aktive GewerkschafterInnen als auch SEW-GenossInnen. Zielsetzung ist für uns, eine bissige Zeitung zu machen, die eigene Standpunkte deutlich akzentuiert und damit Reibungsflächen bietet..."

DIE ERPROBUNGSPHASE

Wie wurde nun bisher versucht, diesen Anspruch inhaltlich umzusetzen? In der Vorlaufphase erarbeiteten bzw. prüften wir gründlich die Grundkonzeption sowie die Bedingungen für die Realisierung eines solchen Projektes, so etwa durch die Auswertung der Erfahrungen von anderen Versuchen, linke Wochenzeitungen herauszugeben (z.B. die Schweizer WOZ). Es fanden Treffs mit einer Vielzahl politisch arbeitender Gruppen statt, denn wir wollen die Zeitung in enger Zusammenarbeit mit den politischen AktivistInnen erstellen. Dabei konnten Teile der späteren PROWO-Redaktion durch Mitarbeit beim ‚Zahltag", der während des IWF-Kongresses im Herbst 1988 täglich in Großauflage in West-Berlin erscheinenden Anti-IWF-Zeitung, erste praktische Erfahrungen sammeln. Im April begannen wir dann mit der Herausgabe einer bis zum Ende 1989 konzipierten Serie von Nullnummern, mit der wir unsere Idee praktisch vorstellten, Erfahrungen sammelten und AbonnentInnen werben wollten.

Mit finanzieller Unterstützung von Netzwerk erschien zunächst am 14.4. die erste Nullnummern mit dem Schwerpunkt Einschätzung der neuen West-Berliner Koalition, die in einer Auflage von 13.000 Exemplaren kostenlos verteilt wurde. Schneller als ursprünglich geplant kam die nächste PROWO heraus, denn nach dem 1. Mai entschlossen wir uns spontan, zusammen mit anderen politischen Gruppen, eine Sondernummer über die Einschätzung der Auseinandersetzungen in Kreuzberg am 1. Mai zu produzieren. Diese wurde teils für eine DM verkauft, teils umsonst verteilt. Im Juni erschien die zweite reguläre Nullnummer mit dem Schwerpunkt Antifaschismus.

Danach traten wir in eine Produktionspause ein, in der intendiert war, die umfangreichen finanziellen, juristischen, organisatorischen, und inhaltlichen Voraussetzungen für ein ca ab Anfang 1990 beabsichtigtes wöchentliches Erscheinen voranzutreiben. Zu Anfang September, Oktober und November erschienen jeweils weitere Nullnummern in einer Auflage von 5.000 Stück zum Preis von 2 DM.

Im Schwerpunkt „Antikriegstag" stellten wir, im Gegensatz zur regelmäßig zu diesem Zeitpunkt aufkommenden moralischen Antikriegsstimmung, ein in der BRD bewußt verdrängtes Thema in den Vordergrund: Den im Gegensatz zur Expansion des deutschen Faschismus nach Westen planmäßig als Versklavungs- und Vernichtungsfeldzug geführten Angriff auf die UdSSR. Die Oktobernummer führte den (für viele überraschenden) Nachweis, daß sich auch unter dem SPD/AL-Senat die AusländerInnenpolitik in West-Berlin, – eigentlich ein Paradepferd der Koalition – kaum positiv von ihren liberal/konservativen Vorgängern unterschied und sich sogar in manchen Punkten eine Verschlechterung ergeben hat. Im November beleuchteten wir von verschiedenen Seiten, unter anderem mit einem Streitgespräch zwischen Gewerkschaftsfunktionären, Betriebsräten und JobberInneninitiativen, Probleme der „Betriebs- und Gewerkschaftspolitik in West-Berlin". Anfang Dezember schloß die Nullnummer 6 die zweite Phase des Projektes ab. Diese Ausgabe setzte einerseits thematische Schwerpunkte bei der Erörterung einiger Aspekte der politischen Entwicklungen im Osten, andererseits fühlte sie, quer zur vorherrschenden Euphorie über die offenen Grenzen, der Situation in den Gefängnissen im Allgemeinen und dem rosa-grünen Strafvollzug im Besonderen auf den Zahn.

Über die Herausgabe der insgesamt 7 PROWOS gelang es uns, das Projekt in der linken Öffentlichkeit in die Diskussion zu bringen. Zu bedenken ist dabei, daß eine neue Zeitung mindestens ein Jahr benötigt, um sich halbwegs etablieren zu können.

Auch wenn sich die intendierte Zusammenarbeit mit den politisch arbeitenden Gruppen in der Stadt nicht in dem von uns erhofften Maße entwickelte, so existiert doch zumindest über einzelne AktivistInnen aus politischen Gruppen bis hinein ins gewerkschaftliche Spektrum ein gewisses Korsett von InteressentInnen, die der Redaktion zuarbeiten.

Es gelang uns, zumindest einen Teil der in unserer Finanzkalkulation unter dem Posten „Gelderakquisition" aufgeführten Summe durch UnterstützerInnen – wie Netzwerk, ASten, private Spender usw. – zu gewinnen.

Seit Dezember verfügen wir somit über eigene Räume und Geräte (PC, Laserdrucker, Lichttisch, Büroeinrichtung, Kopierer usw.).

Die Arbeiten an der juristischen Konstruktion sind beendet.

Vor allem haben wir aber nun einen reichen Erfahrungsschatz angesammelt, aus dem wir schöpfen können und der es uns ermöglicht, die anstehenden Arbeiten in ihrer Zeitdimension besser einschätzen und effektiver planen zu können.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

DIE ZWISCHENBILANZ

„Die Geschichte der PROWO ist die Geschichte aller bisherigen selbstverwalteten Unternehmen..." Auch wir schlagen und schlugen uns mit den gängigen Problemen von Selbstverwalteten Unternehmen herum; wir könnten mehr MitarbeiterInnen gebrauchen, die Finanzen sind knapp, und wir hatten zu Beginn des Projektes zu wenig Erfahrungen, was sich in uneffektiver Arbeitsweise niederschlug.
Einige Kernprobleme seien benannt:

Wir hätten die Produktionsphase besser vorbereiten müssen.

Der Aufwand, der gerade in der Aufbauphase des Unternehmens PROWO notwendig war, wurde erheblich unterschätzt, sprich, der Aufbau von Vertriebsstrukturen, das Akquirieren von Zuschuß- und Spendengeldern, die Schaffung der juristischen Konstruktionen etc., nahmen erheblich mehr Zeit in Anspruch, als ursprünglich einkalkuliert worden war. So konnte auch eine umfangreiche Werbekampagne lediglich konzipiert, aber nur in Ansätzen umgesetzt werden. Die Sommerpause reichte zur Bewältigung dieser Aufgaben bei weitem nicht aus.

Verschärft wurde das Problem noch dadurch, daß wir zu früh in eine regelmäßige monatliche Produktion einstiegen – und das ohne feste Räume und eigene Geräte. Dies führte auch zu gewissen inhaltlichen, aber auch stilistischen Defiziten.

Zwar meinen wir, daß viele PROWO-Artikel inhaltlich über die gängigen linken Argumentationsmuster (siehe „AK" oder „Konkret") hinausgehen, sind aber mit dem Erreichten noch längst nicht zufrieden. Hier dürfte auch der Grund für das Nichterreichen des gesetzten Aboquorums liegen.

Ergebnis war, daß einige Redaktionsmitglieder, vor allem Männer, immer mehr Arbeiten an sich zogen. Es kam zu starken Spannungen in der Gruppe. Insbesondere die Frauen kritisierten dabei den Diskussionsstil und die Durchziehmentalität vieler Männer. Hinzu kamen unterschiedliche Einschätzungen über den Stand des Projektes.

Nach der Novembernummer entlud sich dann die Spannung. Auch auf mehreren Extratreffs, wo über die Gruppensituation und die Perspektiven der PROWO geredet wurde, gelang es nicht, sich auf eine gemeinsame Weiterarbeit zu verständigen. Mehrere Redaktionsmitglieder, vor allem Frauen, deren Anteil an der Redaktion trotz angestrebter Quotierung schon immer deutlich unter dem der Männer lag, verließen das Projekt. Genaueres über den Projektverlauf und die Konflikte, die sich bei uns ergaben, sind den Seiten 3 und 16 der Dezember-PROWO zu entnehmen.

Wie schon angedeutet haben wir unser Ziel, 1.200 Vorab-Jahresabos zu bekommen, die wir für einen soliden finanziellen Start als Polster gebraucht hätten, nicht erreicht.
Es ist jedoch einiges erreicht worden.

Um diese Erfahrungen in Ruhe und gründlich aufarbeiten zu können, beschlossen wir, im Januar eine Produktionspause einzulegen.

DIE PERSPEKTIVE

Zwar ist unsere Perspektivdiskussion noch nicht abgeschlossen, es zeichnen sich jedoch erste Ergebnise ab. Zunächst zur politischen Akzentuierung der PROWO. West-Berlin wird zur Zeit von den Perspektiven einer offenen Stadt überrollt. Diese Situation und der Zerfall der osteuropäischen Gesellschaftssysteme führen bei vielen politischen AktivistInnen zu politischen Desorientierungen. Krassestes Beispiel ist der desolate Zustand der SEW. So zeigte sich bspw., daß die US-Intervention in Panama auf sehr wenig Protest traf.

Politische Schwerpunkte der PROWO müßten nun unserer Meinung nach u.a. die Aufarbeitung der Mängel der bisherigen Sozialismusmodelle aus einer linken Perspektive heraus – und nicht vermittels des Messens an der westlichen Elle, die Analyse der Entwicklung in Osteuropa, die Auseinandersetzung um die 35-Stundenwoche, die Bekämpfung des aufkommenden Nationalismus und die Kritik der Friedensillusionen, die sich jetzt breitzumachen scheinen, sein. Denn wir gehen davon aus, daß die Intervention der USA gegenüber Panama nur ein Vorspiel für eine noch härtere Gangart der USA gegenüber Nicaragua und Kuba ist. Aufhorchen läßt auch, wenn der französische Außenminister Dumas davon spricht, daß die Rolle des Weltgendarmen nicht mehr einem Land alleine überlassen werden kann. Wird die NATO, nachdem sie ihre Präsenz in Mitteleuropa nicht mehr so aufrechterhalten will wie bisher, gegenüber der „Dritten Welt" umso aggressiver?

PROWO wird als Nichttageszeitung schwerpunktmäßig Hintergrundberichterstattung anstreben, aber gleichzeitig werden wir die Zeitung als politisch intervenierendes Medium nutzen. Wir beabsichtigen gegenüber den bisherigen Ausgaben, das Themenspektrum auszuweiten und uns stärker als bisher mit der konkreten Situation in den einzelnen Politikfeldern in West-Berlin auseinanderzusetzen. Hier bietet sich auch eine Zusammenarbeit etwa mit der „Vereinigten Linken" in der DDR an.

Dabei sind unsere „Marktchancen" durch den Zusammenbruch des Wahrheit-Nachfolgers „NZ" (Neue Zeitung Berlin West), die von der SEW herausgegeben wurde, größer geworden. Insbesondere für den Betriebs- und Gewerkschaftssektor existiert in der Stadt keine linke Zeitung, die Gegenöffentlichkeit herstellt. Wir haben Kontakte zu ehemaligen MitarbeiterInnen der NZ aufgenommen und wollen sie für eine Mitarbeit gewinnen. Aus den Gruppenkonflikten haben wir versucht, erste, wenn auch sicherlich zunächst einmal formale, Konsequenzen zu ziehen: So sollen die Redaktionssitzungen von einer rotierenden Gruppe, die sich aus Redaktionsmitgliedern, die mit unterschiedlichem Zeitaufwand im Projekt mitarbeiten, vorbereitet und geleitet werden, wobei sie insbesondere den Gruppenprozeß steuern sollen. Zum Ende der Redaktionssitzung soll, ebenso wie im Protokoll, jeweils deren Verlauf reflektiert werden. Einmal im Monat planen wir einen Extratreff, auf dem wir losgelöst vom Arbeitsstreß die allgemeine Einschätzung des Projektstandes und die Konflikte untereinander erörtern wollen.

Wir werden das Projekt mit einer veränderten Zeitperspektive fortsetzen: Ziel bleibt für uns nach wie vor eine wöchentliche Produktion. Gleichzeitig fehlen uns dafür gegenwärtig die finanziellen, aber auch organisatorischen Voraussetzungen, um sowohl einen soliden finanziellen Start zu gewährleisten, aber auch das inhaltliche Niveau der Zeitung nicht absinken zu lassen. Unsere Einschätzung ist, daß eine erneute Nullnummernserie diese Situation nicht grundsätzlich verändern würde.

Daher wollen wir höchstens noch ein oder zwei Zwischennummern, eventuell mit lediglich 8 Seiten produzieren, und ab Ende April oder 1. Mai zunächst in eine regelmäßige 14-tägige Produktion einsteigen. Eine Erhöhung des Verkaufspreises, die ja auch andere Zeitungen mit weit mehr Kapital im Hintergrund beschlossen haben, wird wohl unumgänglich sein. Bis dahin könnten wir auch die immer noch sehr umfangreichen Vorarbeiten für ein regelmäßiges Erscheinen bewältigt haben.

Im Januar diskutieren wir diese Perspektive auf einem AbonnentInnen- und LeserInnentreff (Mi 24.1. 19 Uhr in unseren Räumen (Adresse, siehe unten) und mit den uns unterstützenden politischen Gruppen (Mi 31.1. 19 Uhr, Blauer Salon im Mehringhof, Gneisenaustr. 2 a, 1-61).

Ganz zentral ist für das Gelingen unseres Projektes, daß die bisher Wohlwollenden, aber sich Zurückhaltenden für eine aktive Unterstützung gewonnen werden. Das heißt wir benötigen weitere Finanziers. Eine Erfahrung ist nämlich, daß die Verkaufszahl in den Ferienmonaten zeitweilig sinken wird. Ohne 4-5 garantiert zum Alternativ-Mindestlohn angestellte MitarbeiterInnen ist eine regelmäßig erscheinende, inhaltlich und layoutmäßig ansprechende linke Zeitung nicht zu machen.

Wesentlich ist weiterhin, daß wir noch mehr Vorab-Jahres-Abos zusammenbekommen, die auf einem Sperrkonto eingefroren und nur anteilig angeknabbert werden, solange wir nicht in eine kontinuierliche Produktion einsteigen. Ein nicht unbedeutender Anteil unserer bisheriger AbonnentInnen wohnt übrigens in der BRD. Wenn ihr unsere Ideen für politisch unterstützenswert haltet, dann diskutiert doch auch mal, ob ihr nicht ein WG- bzw. Kollektivabo schalten könnt!
Auf Wunsch schicken wir Euch gerne Probenummern, im Gesamtpack = 5 DM), bzw. unsere Finanz- und Organisationskonzepte zu.
Die PROWO-Redaktion

Adresse: PROWO Eisenbahnstr. 4
Hinterhof 3. Stock
1000 Berlin 36
Bürozeiten: Mo und Do: 18-20.00 Uhr in der Eisenbahnstr.4
Telefonisch sind wir zu den Bürozeiten im Mehringhof zu erreichen: 694 15 16.

UnterstützerInnen:
Ads, Antifa-AG der AL, Antifa Jugendfront, Antifa Westberlin, Antimilitaristische Stadtrundfahrt, ASTA FU, ASTA TFH, ASTA TU ASTI (Anarchistische Studenteninitiative), Asyl e.V., CAMUR, EA (Ermittlungsausschuß), Fotoarchiv Umbruch, Freundinnen der politischen Diskussion und Intervention e.V., Jugendbereich der AL, KB (Kommunistischer Bund), LAZ (Lateinamerikazentrum), Netzwerk e.V., ÖkosozialistInnen in der AL, „Oktober", Rote Hilfe WB, SJV/KL (Sozialistischer Jugendverband Karl Liebknecht), Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg (Westberlin), Plenum des Zweiten Bildungswegs.

ABO-Schnipsel

- O Ich möchte ein Vorab-ABO bei Wiedererscheinen (Geld kommt auf ein Sperrkonto) für 100,- DM, Förder-ABO: 125,- DM bzw. 150,- DM
- O Ich interessiere mich für Eure alten Null-Nummern (incl. Konzeptpapier 5,- DM)
- O Ich möchte Eurer Konzeptpapier (2,50 DM, bitte nur in Briefmarken)

Name: _____

Adresse: _____

Unterschrift: _____

Verrechnungsscheck, Briefmarken oder Bargeld liegen bei bzw. das Geld ist auf Eurer Konto überwiesen.
Bankverbindung: PROWO, Stadtsparkasse Bln-W (BLZ 100 500 00), Konto-Nr.: 640 017 118
Ausschneiden und ab an PROWO, Eisenbahnstr. 4, 1000 Berlin 36

COMPUTER-KOMMUNIKATION ZWISCHEN OST UND WEST

Chaos Kongreß mit neuen Akzenten

Wenn sich normale Bürger auf das Weihnachtsfest freuen, sind die Gedanken der bundesdeutschen Hackerszene bei einem völlig anderen Thema. Alljährlich, zwischen Weihnachten und Neujahr, lädt der Chaos Computer Club (CCC) zu seinem inzwischen traditionellen Hackerkongreß ein. Zum 6. Mal traf sich die Szene zu ihrem internationalen Chaos Communication Congress '89 im Eidelstädter Bürgerhaus zu Hamburg; doch so traditionell wie in den vergangenen Jahren ging es diesmal nicht ab.

Jürgen Wieckmann, Redaktion Heidelberg ● Sechs Uhr morgens. Die zur Nachtwache eingeteilten Chaos-Engel werden durch heftiges Türklingeln hochgeschreckt. Rund 30 DDR-Bürger begehren Einlaß – viel zu früh, denn der Kongreß beginnt erst in sechs Stunden, die DDR-Bürger werden erstmal vor's Videogerät gesetzt – noch ist nichts los. Eine viertel Stunde später wieder heftiges Klingeln. Diesmal steht ein Polizeibeamter vor der Tür. Er habe im Radio von einem Kongreß mit „hochgestellten Persönlichkeiten" gehört – ob der Chaos Computer Club Personenschutz benötige? – Schweigen. Der Chaos-Engel muß sich zusammenreißen, um nicht lauthals loszulachen. Dann die Frage, welche „hochgestellten Persönlichkeiten" gemeint seien. „Professor Brunnstein von der Hamburger Universität", meint der Beamte mit toternster Miene und für den Chaos-Engel wird die Geschichte unweigerlich zur Lachnummer.

In der Tat waren in diesem Jahr einige illustre Gäste geladen. So waren die Gralshüter der bundesdeutschen Computerbranche, die Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung (GMD) in Bonn durch ihren Institutsleiter Dr. Eckard Raubold vertreten. Er referierte über Datensicherheitskonzepte in offenen Netzen. Dr. Andreas Pfitzmann von der Uni Karlsruhe stellte seine eher theoretischen Konzepte für Verschlüsselungssysteme vor, die, so sagen Experten, eine Alternative zu dem datenschutzrechtlich höchst bedenklichen ISDN sein könnten. Eine Arbeitsgruppe mit CCC'lern will sich im nächsten Jahr damit beschäftigen, dieses Konzept in einem kleinen Modellnetzwerk lauffähig zu machen. Näheres möchte man noch nicht sagen. Erst das Ei legen und dann gackern, lautet die Devise.

INFORMATIONSNETZ FÜR UMWELTINIS

Ein weiteres Projekt lief eher am Rande, war aber nicht minder bedeutsam. Zusammen mit der Umweltgruppe Mensch-Umwelt-Technik (M.U.T. e.V.) aus Hamburg will der CCC dazu beitragen, daß bestehende internationale Informationsnetze von kleineren Umweltgruppen für ihre Arbeit genutzt werden. Anläßlich der Nordsee-Schutzkonferenz sollte über drei Tage eine kontinuierliche Berichterstattung mit Features, Hintergrundberichten, kurzen Meldungen und Kommentaren über die Netze laufen. „Sollte" – denn in letzter Minute kam der WWF und okkupierte das Vorhaben – zumindest landeten zugesagte Gelder nicht mehr bei den kleinen Gruppen, sondern, wie es beim CCC heißt, bei der „Umweltverbandsmafia". Genau dies sollte mit dem Projekt eigentlich aufgebrochen werden. Ein CCC'ler: „Wir stellen fest, daß die eigentliche Arbeit bei den kleinen Umweltgruppen passiert, die allerdings keine Gelder haben, weil alle für die Großen spenden".

Mit dem eigenständigen Informationsnetz für kleine Umweltgruppen soll dieser Zustand zumindest auf der Informationsebene beendet werden. Da die Bundesrepublik derzeit zu den Ländern mit dem dichtesten Mailbox-Netz gehört, sollen die Informationen auf elektronischem Wege direkt vor Ort gelangen. Dort kann sich jede Umweltgruppe aus dem Informationsangebot kostenlos bedienen und im persönlichen Kontakt die Lokalpresse mit exklusiven Nachrichten versorgen, so jedenfalls die Vorstellung. Natürlich ist auch der umgekehrte Weg möglich. Nachrichten kleinerer Umweltinitiativen können auf internationalen Nachrichtenwegen verbreitet werden. Da allerdings noch sehr wenige Leute den Wert der Netze einschätzen können, will man in diesem Jahr mehrere kleine und überschaubare Pilotprojekte starten, so daß sichtbar wird, wo eigentlich Möglichkeiten stecken.

UNTERSTÜTZUNG DER OPPOSITION IN DER DDR

Die mediale Öffentlichkeit konzentrierte sich allerdings mehr auf die CCC-Projekte in der DDR. Zum schnellen Informationsaustausch untereinander will der CCC die Oppositionsgruppen in der DDR beim Aufbau eines öffentlichen Computer-Datennetzes unterstützen. In Zusammenarbeit mit dem Neuen Forum und Computerclubs der DDR sollen mit einem DDRnet alle 15 Bezirke miteinander verbunden werden. Darüber hinaus wollen die Hacker unter dem Projektnamen „BARBARA" (Bürger Arbeitsplatz Rechner für Besondere Aufgaben – Richtig Angefangen) den Oppositionsgruppen in der DDR Personalcomputer, Programme und Fotokopierer beschaffen. Das Vorhaben kostet rund 350.000 Mark, die vor allem durch Sachgüter-Spenden aus der Computerbranche zusammengebracht werden sollen. „Wollen wir mal sehen, wie ehrlich man sich über die Revolution in der DDR freut", kommentierte ein CCC'ler die Chancen für solche Spenden. Bis zu den Wahlen am 6. Mai sollen die Grundlagen aufgebaut sein. Inzwischen seien schon einige inoffizielle Zusagen verschiedener Firmen beim CCC eingetrudelt, hieß es aus Hackerkreisen. Bereits am 24. und 25. Februar wird es den ersten Hackerkongress in Ostberlin geben. Spätestens zu diesem Zeitpunkt könne näheres bekanntgegeben werden.

Entscheidenden Einfluß auf die Kongreßatmosphäre nahmen in diesem Jahr allerdings die Frauen, die zwar hoffnungslos in der Minderheit waren, aber mit ihren Veranstaltungen dennoch wichtige Akzente für die Zukunft setzten. Zwar hinkte die Diskussion fast drei Jahre hinter dem allgemeinen Stand hinterher, denn „weibliche Selbstverständnisdebatten" sind andernorts längst überwunden und durch praktisches Handeln ersetzt. Doch, so Uschi Wetzel, eine der Organisatorinnen, zeige das nur, wie wichtig diese Veranstaltungen waren und wie sehr das Thema am Männerclub CCC vorbeigegangen ist. Immerhin, der Anteil der Frauen habe im Vergleich zum letzten Jahr um fast 200 Prozent zugenommen – ganze 15 Frauen waren gekommen. Bedauerlich, daß einige wichtige Frauen nicht gekommen waren, weil sie fürchteten, als „Alibifrauen" benutzt zu werden.

„PALASTREVOLUTION" IN DER HACKERSZENE

Nicht nur den wenigen Frauen, auch vielen Besuchern und Mitgliedern des CCC ging in den vergangenen Jahren eine gewisse Feuerwehr-Mentalität und ein vergleichsweise autoritärer Führungsstil aus den Vorstandsetagen des Clubs gewaltig auf die Nerven. Größenwahn, Selbstüberschätzung, Mediengeilheit und Machtgelüste waren die häufigsten Stichworte, die die Führungsclique im Club von ihrer Basis zu hören bekamen. Daß man als Hacker „Autoritäten mißtrauen und dezentrale Strukturen fördern" solle, wie es in der Hackerethik heißt, schien nur für Außenstehende zu gelten, wurde zumindest schwierig, wenn es um die eigenen Freunde ging, zu denen eine gewisse Loyalität gefordert war. Und sicher ist es auch bequem, sich auf die Macher zu verlassen anstatt die eigenen Ideen selbständig in praktisches Handeln umzusetzen. Im Frühjar 1989 fand immerhin eine kleine Palastrevolution statt. Die Mitgliederversammlung beschloß eine radikale Dezentralisierung. Eigentlich nichts Außergewöhnliches, denn die Satzung sah nie vor, daß der Hamburger CCC als internationale Hackerzentrale fungiert. Insofern war dieser Beschluß nichts weiter als die offizielle Bestätigung dessen, was auf dem Papier stand. Das einzige Problem dürfte wahrscheinlich in dem wahnwitzigen Versuch liegen, die Hackerszene nach bundesdeutschem Vereinsrecht organisieren zu wollen.

Die eher anarchistisch anmutende Dezentralisierung hatte denn auch prompt positive Effekte. Zunächst kamen einige Leute wieder, die sich vom Organisationsstil der Möchtegern-Manager erheblich abgestoßen fühlten. Vor Ort, so zeigte sich, hatten viele Leute unabhängig vom Chaos Computer Club harte Alltagsarbeit geleistet. So zum Beispiel in Bielefeld, wo seit drei Jahren eine lokale Mailbox läuft, die nun wirklich als Informationswerkzeug genutzt wird und nicht zum technischen Selbstzweck verkommt. Meldungen von „Kralle grüßt Pranke" gehören zwar nicht der Vergangenheit an, sind allerdings auf ein erträgliches Maß reduziert. Die projektorientierte Arbeit verschiedener Gruppen steht im Vordergrund.

Was aus der Innensicht wie ein kleines Wunder wirkt, ist dem CCC seit seiner Gründung 1981 in Berlin eigentlich in die Wiege gelegt worden. Alterspräsident Wau Holland legt heute noch Wert darauf, daß er die kleinen tragbaren Computer zuerst bei der taz ins Gespräch brachte und erst ein halbes Jahr später bei der Deutschen Presse Agentur. Entsprechend orientierten sich die ersten Positionspapiere des CCC eindeutig an einer sogenannten „alternativen Medien- und Informationspolitik", von Bürgernetzen und Computern für das Volk war da die Rede, ganz nach dem Vorbild US-amerikanischer Hacker wie Lee Felsenstein, der bereits in den 70er Jahren mit Kommunikationsprojekten auf Computerbasis Furore machte. Der CCC scheint sich also wieder auf seine Ursprünge zu besinnen.

HACKER ALS KGB-SPIONE

Über allem geisterte der sogenannte KGB Hack. Seit 1986 wurden Jugendliche aus dem Umfeld der Hackerszene mit allen psychologischen Tricks vom KGB zur Spionage angeworben. Wie der zur Zeit in Celle vor dem Staatsschutzsenat laufende Prozeß allerdings zeigt, ist für den KGB bei dieser Aktion wenig Brauchbares herausgekommen. 90.000 Mark wurden an die Beteiligten gezahlt – für mehr oder weniger wertlosen Datenschrott. Für einen ging das Spiel tödlich aus. Karl Koch, Hakker aus Hannover, wurde im vergangenen Jahr in einem Waldstück tot aufgefunden. Er hatte sich selbst verbrannt.

Während einer Informationsveranstaltung über diese Vorgänge mußte sich Wau Holland von einigen Beteiligten beschimpfen lassen, weil er sich in der taz von Leuten distanzierte, die mit Geheimdiensten zusammengearbeitet haben. Damit hatte Holland eigentlich nur die allgemeine Stimmung der Szene wiedergegeben, die an vielen Stellen noch viel härter war als von ihm öffentlich formuliert. Mittlerweile hat sich die Stimmung gewandelt – die beteiligten Hacker werden nach den vorliegenden Informationen als Opfer betrachtet. Auch das Gericht wird die Naivität der Beteiligten in der Urteilsfindung zu berücksichten haben.

Weit wichtiger wird wohl sein, daß sich inzwischen die Zeiten geändert haben, sich heute eher die Frage stellt, auf welche Weise möglichst effektiv technisches Know-how in reformeuropäische Länder gelangen kann und wie man die sozialen und wirtschaftlichen Folgen eines politisch kurzsichtigen Informationsembargos beseitigen kann. ●

TEXTE ZUR MEDIEN- UND KULTURKRITIK – EINE REZENSION

Spiegelkabinett der Wirklichkeit

„Ausblendung der Wirklichkeit" und „Enteignung der Öffentlichkeit" sind nur zwei der Entwicklungen, die AutorInnen aus dem Wirkungskreis des „Schwarzen Faden" als Konsequenz der schönen, neuen Medienwelt beobachten. In einem 134 Seiten starken Reader haben sie Beiträge zur Medienkritik gesammelt.

Von Kurt Regenauer, Redaktion Nürnberg ● Es war einmal in einem deutschen Wintermärchen. Nur zwanzig Jahre nachdem die Jugend dieses Landes auf einem Vietnam-Kongreß einen neuen, internationalistischen Geist begründete und im kulturrevolutionären Überschwang der Gefühle mit „Ho-Tschi-Minh"-Rufen auf die Straße zog, war plötzlich schon alles wieder vorbei. Da wurden in jener blutigen Sylvesternacht zu 1990 Mauer und Brandenburger Tor gestürmt. Epidemisch brach schwarz-rot-goldene Besoffenheit aus und trampelte über einen Toten und zahllose Verletzte hinweg.

„Es war der Versuch, die Bilder zu wiederholen, die das Fernsehen millionenfach gesendet hatte...", kommentierte die taz hilflos und wünschte ansonsten den Deutschen (!), ein wenig dieser Euphorie hinüberzuretten ins neue Jahrzehnt... Nun Ja! „Anarchistischen Freudentaumel" (taz) wollen wir uns wirklich lieber anders vorstellen, und was solche Bilder dieses deutschen Märchens denn nun tatsächlich in den Köpfen aller Michels in Ost und West an Euphorie hervorrufen mögen, bliebe wohl besser gar nicht erst abzuwarten. Oder?

Bilder, die die Welt bewegen...

Der „Männersozialismus" jedenfalls (so bezeichnet in dem vorliegenden Band) konnte eben doch nicht warten und war auch reif für Veränderungen, als im vergangenen Sommer verschiedene TheoretikerInnen des Anarchismus Beiträge zur „Ausblendung der Wirklichkeit" sammelten. Dennoch stellt ihr Buch einen hochaktuellen Querschnitt medien- und kulturpolitischer Standpunkte einer Gegenöffentlichkeit dar. Und die Ereignisse seither, die Bewegung zum Scheitern der alten Männer im Osten, mögen ihre Thesen eher untermauern, sofern der authentische Ruf nach Freiheit in den schwarz-rot-goldenen Fernsehbildern der kommenden deutsch-deutschen Wahlkämpfe (ungehört?) verhallt.

Bilder sind es denn allemal, die die Welt bewegen sollen und offensichtlich auch können. Das geschriebene Wort (siehe diese Rezension) folgt auf dem Fuß: Erfahrung ist in zunehmenden Maße keine sinnlich-persönliche Angelegenheit mehr, sondern eine medial-vermittelte Sache. Ein Fading-out, die Ausblendung der Wirklichkeit ist also systematisch angelegt.

„So verschwimmen die Unterschiede zwischen Realität und Simulation, wobei Simulation bedeutet, ein Ersatzsystem herzustellen, das unter anderem eine empirische Kontrolle über menschliche Vorgänge ausübt. Demnach ist Simulation aufgezwungene (Fremd-)Herrschaft." (soweit Herby Sachs zur „Enteignung der Öffentlichkeit"). Eine solche „empirische Kontrolle" ist gar nicht mal „nur" Gegenstand von Polizeipsychologie und Verhaltensforschung im Sinne offener Herrschaftswissenschaft. Die Wirkungsmechanismen sind oft subtiler, indirekter und unscheinbar-„normaler".

Sie entsprechen damit einer Ökonomie von Öffentlichkeit, die die Wirklichkeit als kapitalistischen Mainstream im Sinne eines gigantischen Marktes der Möglichkeiten, ein Hyper-Kaufhaus des Westens, definiert. Deutlich wird dies z.B. darin, wie Sendeanstalten die Nachricht als Ware im Kampf um Einschaltquoten auswählen und verpacken. Dies betrifft keineswegs ausschließlich Unterhaltungsindustrie und Sportberichterstattung. Auch Nachrichtenteil und Reportagen werden im privatwirtschaftlichen Wettbewerb „um die Wahrheit" produziert.

Den Vogel abschießen und das Rennen um Zuschauer/hörerInnen gewinnen wird dabei keineswegs diejenige Anstalt mit unterbliebenen Nachrichten, die sich in Berichterstattung an einem Konzept von Gegenöffentlichkeit versucht. Die kann es wirtschaftlich betrachtet – gar nicht geben.

Der Enteignungsprozeß von Öffentlichkeit besteht in ihrer Vermarktung. Vorne liegen werden die Sender, die Auswahl und Outfit ihrer Sendungen an den Konsumgewohnheiten orientieren. Wahrnehmung wird von einer persönlichen Angelegenheit zum Geschäft. Und – wie Jörg Auberg in Traktaten zur „Medienkritik" richtig anmerkt – die Wirkung liegt auf der Hand: „Der Einfluß des Fernsehens ist dann am größten, wenn sich die Menschen dieses Einflusses am wenigsten bewußt sind."

Bild killt – killt Bild!

Radikale Medienkritik war schon immer grundlegender Bestandteil zur Entwicklung linker Politik. Dies war so in der Springerkampagne nach dem Attentat auf Rudi Dutschke und gilt auch für alle späteren Ansätze von Gegenöffentlichkeit von Günter Walraff über die Entwicklung einer Szenepresse bis zu den Volkszählungsboykottkampagnen der achtziger Jahre. Dennoch haben „alternative" Medien bislang nicht viel mehr erreicht, als ihren eigenen Vorhof von Öffentlichkeit zu bilden.

„...zwar offener, weniger kontrolliert und repressiv als die herrschenden (Medien), verlagern (sie) dieses Problem auf die Stufe von Sub-Gruppen und Subkultur, schaffen keine eigene Form der Kommunikation, sondern verändern lediglich Inhalt und Stil. Vielleicht ist es daher so leicht, von den »alternativen« Medien als den ausgelagerten Volontariaten der bürgerlichen Medien zu sprechen." (Jörg Auberg in „Acht Notizen über den Umgang der Linken mit den audiovisuellen Medien") Und in der Tat: weder haben die Kampagnen der Studentenbewegung die BILD-Zeitung verhindert noch wurde durch die Volkszählungskampagnen mehr bewirkt als eine bloße Sensibilisierung der Linken für die Problematik der neuen Medien.

Diskussion scheint angesagt, und es ist das Verdienst der AutorInnen, einen solchen Diskurs durch Darlegung ihrer Standpunkte initiieren zu wollen. Dies erfolgt durch einen geschichtlichen Rückgriff auf historische Konzepte linker Öffentlichkeit, eine Rezeption des kubistischen Kulturkritikers Carl Einstein (von Marianne Kröger) und eine Zusammenfassung der Geschichte der Zensur (von Wolfgang Haug) mit ihrer aktuellen Veränderung zur Selbstzensur durch Tabuisierung.

Der Band leistet jedoch auch Theoretisch-Analytisches. Elisabeth Rohatas kommunikationstheoretische Überlegungen („Kommunikation alles klar?") bieten auf zehn knappen Seiten weitaus aktuellere und gründlichere Darlegungen der wissenschaftlichen Diskussion als so manches Netzwerk-Seminar und spannen hieraus einen Bogen zur Anarcha-Linguistik und den Einfluß der Massenmedien auf die innerlinke Diskussion. Herby Sachs schreibt nicht nur über medienpolitische Entwicklungen im Zuge des EG-Binnenmarktes (siehe auch CONTRASTE 3/89), sondern gleichermaßen über erkenntnistheoretische Grundlagen der Medialisierung von Wahrnehmungsweise und Bewußtsein wie auch kommunalpolitische Umsetzung der herrschenden Medienansiedlungspolitik am Beispiel des Kölner MediaPark.

Eine besondere Note erhält der Gegenöffentlichkeitsansatz des Buchs aber durch die Integration von Gegenöffentlichkeit in ein Gesamtkonzept von Gegenkultur. Es ist dies der Ansatz, mit einem neuen, enttabuisierenden Kunstverständnis unter Rückgriff auf Überlegungen des Soldatenrates, Künstlers und Spanienkämpfers Carl Einstein „der Revolte einen Rahmen zu geben" (Marianne Kröger). „Sein Kunstkonzept sah ferner vor, die Wirklichkeit kurzfristig außer Kraft zu setzen, um die Idee der Veränderung wieder lebendig werden zu lassen."

Bewegungen durch Bilder?

Versuche, durch Bilder und Kunst gesellschaftliche Veränderung zu provozieren, sind jedoch in der Vergangenheit nur zu oft gescheitert. In der Jetztzeit müßten sie vor allem aber auch eine Auseinandersetzung mit der Beliebigkeit der Postmoderne einschließen. Schade, daß Stefan Schütz in seinen Betrachtungen zu „Künstler und Gesellschaft" hierauf gar nicht eingeht, fragt er doch selber „Wofür also noch Kunst und gegen wen?".

Ulrich Klan berichtet aus Wuppertal, für wen Kunst auf jeden Fall nicht gemacht werden soll („Kultur statt Kulturstadt"). Dort fanden etliche Kulturschaffende in einer Art „Aktionsstreik" den Weg, sich statt zur „Imageverbesserung" der Stadtoberen vor surrenden Fernsehkameras vermarkten zu lassen, eine kollektive Widerstandsaktion eines „Plenums Wuppertaler Kulturschaffender" zu organisieren.

„Bisheriger Höhepunkt: Ein Kammerkonzert (Mozart Streichtrio f-moll) in festlicher Garderobe auf der Hauptkreuzung der Stadt, freitagnachmittags um 17 Uhr. Wieder sorgte ein betriebsames Kamerateam mit seinen Dreharbeiten vor Ort für wohlwollendes Verständnis der AutofahrerInnen – die ersten 20 Wagen erhielten Anerkennungsplaketten: »Bei uns sitzen sie in der ersten Reihe«."

Aus anarchistischer Sicht ist sicher auch verständlich, daß dieser grundlegende Band zur Medienkritik gescheiterten Konzepten zur Wahrheitserkenntnis à la Bolschewisierung von Arbeiterparteien und der proletarischen Kunst à la sozialistischer Realismus nur eine relativ knappe Kritik unterzieht. Dennoch dürfte im Zuge der Glasnost-Diskussion und der Veränderungen in Osteuropa, bzw. der DDR, gerade dieser Aspekt für die künftige medien- und kulturpolitische Debatte um Gegenöffentlichkeit ganz besondere Bedeutung haben.

Gegenstück zum vorgelegten Buch müßte eine selbstkritische Bestandsaufnahme etwa von TeilnehmerInnen der RPK-Konferenz (Rote Presse Korrespondenz) werden, auf der die Studentenbewegung in die diversen K-Gruppen verfiel. Damals spielte gerade das Argument die Hauptrolle, die „geschichtliche Wahrheit" sei eben nur durch Bolschewisierung im Rahmen „der kommunistischen Partei und ihres demokratischen Zentralismus" zu erkennen.

Ohne selbstkritische Klärung solcher Fragen bliebe ein medien- und kulturkritisches Konzept einer linken Gegenöffentlichkeit stumpf. Auch das Zeitalter von Glasnost und Perestroika braucht radikale Kritik und – nicht zuletzt – eine neue Standortbestimmung der Linken. Sonst kann unser „deutsches Wintermärchen" zu einem bösen Erwachen führen und es geht nicht „nur" um Überwindung des Chauvinismus von Männergesellschaften, sondern um ein Wiedererstarken des deutsch-nationalen Chauvinismus und von Herrenmenschen.

Der Sammelband „Die Ausblendung der Wirklichkeit" trägt aber sicher dazu bei, einen Anfangspunkt zu solchen längst überfälligen Diskussionen zu setzen und einen Standort von Gegenöffentlichkeit zu bestimmen. ●

Die Ausblendung der Wirklichkeit, Herby Sachs, Wolfgang Haug (Hrsg.), 134 S., Trotzdem-Verlag, Grafenau 1989,

GENOSSENSCHAFTSNOVELLIERUNG

GENOSSENSCHAFTSRECHT

Mit der passenden Garderobe in die 90er

Der Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens fordert eine Novellierung des Genossenschaftsgesetzes. Er schlägt u.a. die Absenkung der Mindestmitgliederzahl auf 3 vor und eine Wahlfreiheit bei der Institutionalisierung des Aufsichtsrats für Kleingenossenschaften.

Wolfgang Beywl, Redaktion Genossenschaften ● In den 70er und 80er Jahren wurden mehrere tausend Kleinbetriebe gegründet, die „anders" wirtschaften als privatwirtschaftliche Unternehmen und die sich dem vollen Zugriff der Kapitallogik verweigern. Diesen selbstverwalteten Betrieben steht in der einseitig privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung der BRD aber kein auf ihre basisdemokratisch-ökologischen Ziele und Strukturen passendes „Rechtskleid" zur Verfügung, das sie gegen die Unbill des Transformationswetters schützt und damit eine gedeihliche innerbetriebliche Fortentwicklung ermöglicht.

Die Erkenntnis hat sich schon länger durchgesetzt, daß in der (rechts-) staatlich organisierten Gesellschaft die Entscheidung zwischen der GbR, der GmbH, der OHG, der e.G. usw. unabdingbar und keinesfalls eine bloße Kleiderfrage ist. Zwei extrem differierende Antworten werden gegeben:

- die einen plädieren für ein gezielt unauffälliges Agieren unter dem Deckmantel einer bürgerlichen 'Tarnkappen'-Rechtsform, die ein geheimes Wirtschaften wahrhafter Revolutionäre im Schatten ermöglichen könne, deren Handeln aber auch für die Gegenöffentlichkeit der Überprüfbarkeit entzogen ist;
- die anderen wollen der Selbstverwaltungswirtschaft eine Art „Leninmützen"-Uniform verpassen, welche sie als basisdemokratisch antikapitalistisch ausweist, sie damit jedoch auch der Diskriminierung durch die feindlich gesinnte Umwelt aussetzt.

Wie kann Balance zwischen den beiden Polen erreicht werden, wie also soll die neue Konfektion ausgelegt sein, die in einem Gesetzgebungsakt durch eine künftige Bundesregierung zu kreieren wäre? Im folgenden wird die Auffassung vertreten, daß die Novellierung des Genossenschaftsgesetzes notwendig und hinreichend ist, um die Bekleidungsfrage der Selbstverwaltungswirtschaft befriedigend zu lösen.

MINIMALE ÄNDERUNGEN GENÜGEN

Die vom "Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens" erarbeiteten Novellierungsvorschläge zum Genossenschaftsgesetz sollen vorrangig die rechtlichen Gründungshemmnisse für kleine, insbesondere Produktivgenossenschaften abbauen. Der Gestaltungsspielraum soll im Sinne von mehr Demokratie und Abbau unnötiger Regulierungen erweitert werden. Die beiden wichtigsten Vorschläge – die Absenkung der Mindestgröße und die Abwahlmöglichkeit des Organs Aufsichtrat – stellen je für sich kleine Eingriffe in das Genossenschaftsgesetz dar. Zusammengenommen ermöglichen sie jedoch den paßgenauen Zuschnitt von Satzungen auf kleine Selbstverwaltungsbetriebe.

Absenkung der Mindestgröße auf drei

Die bisherige Mindestgröße von sieben Mitgliedern ist die größte Hürde für SVB. Diese Beschäftigtenzahl wird oft erst nach mehrjähriger Geschäftstätigkeit erreicht. Da die Betriebe anfangs meist noch kleiner sind, können sich 60% bis 70% allein wegen ihrer Größe nicht als e.G. gründen. Nachträgliche Umwandlungen von einer anderen Rechtsform in die Genossenschaft sind bislang (steuer–) gesetzlich nicht geregelt und nicht nur deshalb mit großem Aufwand verbunden.

Die von Prüfungsverbänden, älteren „neuen Genossenschaften" oder Genossenschaftstheoretikern vorgebrachten Argumente gegen Kleinstgenossenschaften dürften in vielen Fällen stichhaltig sein. Im Klärungsprozeß der Gründungsgruppe, in Gesprächen mit Betriebsberatern und mit Prüfverbänden sollen diese auch zur Sprache kommen und zu einer je angemessenen Entscheidung führen. Der **prinzipielle** Ausschluß kleinster, dem Kriterium der „nicht geschlossenen Mitgliederzahl" (§ 1,1 GenG) gleichwohl genügender SVB jedoch ist dem ökonomisch-sozialen Wandel nicht angemessen.

Die Vorstellung, Solidarität oder Kollektivität beginne erst ab einer sieben Personen umfassenden Gruppe, ist unzeitgemäß in einer weitgehend entsolidarisierten Gesellschaft. Eine sehr weitgehende Individualisierung wurde durch die Entfaltung der Produktivkräfte und die gleichzeitige Schaffung gesellschaftlicher Sicherungssysteme ermöglicht. Es ist unrealistisch, die Untergrenze für solidarisches Handeln so hoch anzusetzen wie zu Beginn der Arbeiterbewegung, als große Kernfamilien, lebenslange Freundschaftsgruppen oder nachbarschaftliche Gemeinschaften noch keine Ausnahmeerscheinung waren. Abgesehen von dieser sozialpsychologischen Betrachtungsweise gibt es kein rationales Argument, das für eine Dreiergruppe gilt.

Organ Aufsichtsrat wahlfrei

(siehe Kasten auf dieser Seite)

Heute muß eine Genossenschaft neben der Generalversammlung und dem Vorstand als drittes Pflichtorgan einen Aufsichtsrat haben. In den existierenden kleinen Produktivgenossenschaften ist der Aufsichtsrat praktisch funktionslos. Bei 10 oder 12 Mitgliedern werden die gesetzlich vorgeschriebenen Überwachungs- und Kontrollaufgaben gegenüber dem Vorstand regelmäßig von der Generalversammlung wahrgenommen. Um der Form zu genügen, deklariert man/frau sie als gemeinsame Sitzungen beider Organe. In diesen Fällen sollten künftig durch Satzung sämtliche Aufgaben des Aufsichtsrates (nach § 38 GenG) auf die Generalversammlung übertragbar sein. Direktere Mitgliederbeteiligung und Entlastung von unnötigem Formaufwand sprechen für die Neubestimmung des Aufsichtsrates vom „Muß"- zum „Kann"-Organ.

Geregelte Demokratie !?

Bis 1973 konnte die Generalversammlung dem Vorstand Weisungen geben. Die Streichung dieser basisdemokratischen Bestimmung aus dem Gesetz wurde mit der Gefährdung der unternehmerischen Wettbewerbsfähigkeit durch inkompetente Mitgliederversammlungen von Hilfsgenossenschaften begründet. Der Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens hat nach intensiver Diskussion auf die Forderung verzichtet, die „eigenverantwortliche Leitung" ganz aus dem GenG herauszunehmen.

Für kleine Genossenschaften bis zu 14 Mitgliedern ist durch die Wahlfreiheit des Aufsichtsrates künftig nach innen eine basisdemokratische Geschäftsführung und nach außen die gleichberechtigte Vertretung aller möglich („Nur–Vorstands–Genossenschaft"). Bei etwas größeren genossenschaftlichen Unternehmen soll weiterhin ein die Kontrolle übernehmender Aufsichtsrat verpflichtend sein. Bis zur Größe von ca. 25 ist die Aufteilung der Genossenschaft in viele Vorstandsmitglieder einerseits, einige Aufsichtsratsmitglieder andererseits eventuell sinnvoll („Nur–Organmitglieder–Genossenschaft").

In darüber hinausgehenden Größenordnungen sind nach praktischen Erfahrungen und theoretischen Überlegungen Delegationsverfahren und Managementstrukturen erforderlich, die mit der Leitungskompentenz des Vorstandes gemäß GenG grundsätzlich vereinbar sind. Keinesfalls müssen die übrigen Mitglieder der Leitungsmacht eines in der Regel für ein oder zwei Jahre gewählten Vorstandes ausgeliefert sein:

- Für den Fall, daß ein Vorstand die Geschäfte nicht zufriedenstellend führt, kann die Generalversammlung diesen entweder abwählen oder solange Vorstandsmitglieder hinzuwählen, bis die Geschäfte wieder im Sinne der Mehrheit geführt werden.
- Das geltende Recht erlaubt vielfältige Beschränkungen der Vorstands–Leitungskompetenz, solange die gewöhnliche Geschäftstätigkeit nicht berührt ist. Diese Beschränkungen sind im einzelnen ausdrücklich und konkret in der Satzung aufzuführen, machen bestimmte Beschlußgegenstände vom Votum der Generalversammlung oder des Aufsichtsrates abhängig.

Es ist allerdings zu beachten, daß Erweiterungen oder Beschränkungen der Zustimmungspflichten oder der gemeinsamen Geschäftsführung Satzungsrevisionen mit mindestens 3/4 Mehrheit der Generalversammlung erfordern. Sie erlangen erst mit der Eintragung in das Genossenschaftsregister rechtliche Wirkung (§16 GenG).

Während die eigenverantwortliche Leitung des Vorstandes bei großen Genossenschaften klare Entscheidungsgrundlagen und Kontinuität bei hoher Unabhängigkeit von „Zufallsmehrheiten" auf Generalversammlungen befördert, behindert sie die wünschenswerte Mitgliederpartizipation in kleineren Genossenschaften. Es wäre daher angemessen, diese Regelung für Genossenschaften bis 50 Mitglieder durch Statut abdingbar zu machen. In diesem Fall würde die alte Formulierung des GenG wieder gelten, dergemäß dem Vorstand durch Beschluß der Generalversammlung Beschränkungen auferlegt werden können.

VIELFÄLTIGE GENOSSENSCHAFTSÖKONOMIE

Die bisherige Diskussion der Novellierungsvorschläge hat große Informationsbedarfe über die Ausgestaltungsmöglichkeiten des Genossenschaftsrechts aufgedeckt. Sie zeigt, daß die darin enthaltenen Erfahrungen über gemeinschaftliches Wirtschaften wenig aufgearbeitet sind. Im Rahmen dieser Rechtsform lassen sich, wie neueste Gründungen zeigen, unterschiedliche Strömungen der Alternativökonomie weiterentwickeln:

- basisdemokratische kleine Professiongenossenschaften (z.B. Mathema e.G., Bonn);
- sozialgebundene Genossenschaften, welche auch außerökonomische Ziele stark berücksichtigen (z.B. Ehrenfelder Bau- und Produktionsgenossenschaft, Köln);
- kapitalneutralisierte Genossenschaften, deren Mitglieder als Lohnabhängige auf ihre Integration ins Sozialversicherungssystem angewiesen sind (z.B. Handwerkergenossenschaft, Mannheim);
- kommunitäre Genossenschaften, in denen die Entwicklung der Gemeinschaft mit ökonomischen Zielen abgestimmt ist (z.B. Wir e.G., Kamen);
- Kooperationsgenossenschaften mit weniger entwickelten Ländern, in denen eine Balance zwischen den unterschiedlichen Interessen der Mitglieder aus der BRD und aus weniger entwickelten Ländern geschaffen wird (z.B. Liberacion e.G., Lehrte)

Gründung und „Formfindung" läßt sich durch Mustersatzungen für die verschiedensten Typen von (Produktiv–) Genossenschaften erleichtern. Um Mustersatzungen herum können sich, wie das britische Beispiel zeigt, Betriebe und Projekte mit ähnlichen Ziel- und Organisationsvorstellungen gruppieren. Dies hätte eine stärkende Wirkung für deren Identität und Selbstdarstellung nach außen. Die genossenschaftliche Rechtsform – so die hier vertretene Schlußfolgerung – eignet sich wie keine andere, soziale Innovationen in Form zu bringen und damit eine dauerhafte Grundlage zu stellen.

GESETZESNOVELLE ALLEIN REICHT NICHT AUS

Die angestrebten Verbesserungen der gesetzlichen Grundlage sind nicht mehr als das Anpassen eines geeigneten „Kleides" für genossenschaftliches Leben und Arbeiten. Das Zurechtkommen in der rauhen ökonomischen Umwelt bedarf der Beantwortung weiterer Fragen:

Wie sollen die oft über mehrere Jahre unterdurchschnittlich verdienenden, da Betriebskapital akkumulierenden GenossINNen, die im Gegensatz zu Selbständigen kein individuell zurechenbares, anwachsendes Unternehmensvermögen anhäufen, eine ausreichende Berufsunfähigkeits- oder Alterssicherung erwerben?

Sind öffentliche Förderprogramme für Produktivgenossenschaften durchsetzbar, die sich statutarisch einer „Gemeinwohlorientierung" verpflichten? Hierzu könnten Genossenschaften zählen, die (Hilfe zur) Selbsthilfe für Problemgruppen des Arbeitsmarktes darstellen, die ökologische Unternehmensgegenstände mit unterdurchschnittlicher Gewinnaussicht haben, die modellhaft neue Formen der Organisierung von Erwerbs- und Reproduktionsarbeit entwickeln oder die grenzüberschreitende Entwicklungsvorhaben betreiben und die sich gleichzeitig eine strenge Kapitalneutralisierung auferlegen.

Konsumgen. Volksblatt 1930

Die Rechtsformennovellierung müßte durch intensive Gründungshilfen im Vorfeld – staatlich finanziert – und bei den Prüfungsverbänden ergänzt werden. Hierzu zählt auch, daß die hilfsgenossenschaftlich orientierten Verbände sich für Produktivgenossenschaften öffnen, die Prüfungsgebühren solidarisch staffeln und den Formaufwand für Kleinstgenossenschaften minimieren.

Zu den genannten Punkten besteht erheblicher Diskussionsbedarf. Das Nahziel ist eine flexible genossenschaftliche Rechtsform für kleine selbstverwaltete Betriebe. Diese wäre immerhin (aber auch nicht mehr als) der dringend erforderliche Rahmen für solidarisch-genossenschaftliches Handeln in einer bis heute monistisch kapitalistischen Wirtschaftsgesellschaft. Dieses Formangebot muß gefüllt werden mit wettbewerbsfähigen Betriebs- und Produktionskonzepten, getragen von Menschen, die partizipativ leiten und kooperativ verantworten können, mit einem Bewußtsein davon, daß genossenschaftliches Wirtschaften Chancen für eine humanere Wirtschaft und Gesellschaft bietet. ●

NOVELLIERUNG DES GenG

Vorschläge des „Vereins zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V."

Der Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens hat im Frühjahr 1989 folgende Diskussionsgrundlagen zur Novellierung des GenG an Wissenschaft, Verbände, Bundestagsfraktionen und Interessenvereinigungen der alternativen Ökonomie verschickt. Nach Eingang einer Vielzahl von Stellungnahmen soll eine Überarbeitung erfolgen.

a) Absenkung der Mindestmitgliederzahl von (jetzt) 7 auf (künftig) 3. Betroffen sind hier die §4, 80 und 16.

Neuformulierung 4: Die Zahl der Genossen muß mindestens 3 betragen.

Neuformulierung 80, 1: Beträgt die Zahl der Genossen weniger als 3, so hat das Gericht (§10) auf Antrag des Vorstandes und, wenn der Antrag nicht binnen sechs Monaten erfolgt, von Amts wegen nach Anhörung des Vorstandes die Auflösung der Genossenschaft auszusprechen.

Neuformulierung 16,2, Satz 1: Für folgende Änderungen des Statuts bedarf es einer Mehrheit, die mindestens drei Viertel der abgegebenen und **bei Genossenschaften mit drei Mitgliedern das Votum aller** Stimmen umfaßt.

b) Verbindliche Installierung des Aufsichtsrats als Organ der Genossenschaft erst ab einer Größe von 15 Mitgliedern.

Betroffen ist hiervon der §9,1. Er lautet: „Die Genossenschaft muß einen Vorstand und einen Aufsichtsrat haben."

Neuformulierung: **In Genossenschaften mit weniger als 15 Mitgliedern kann das Statut bestimmen, daß kein Aufsichtsrat besteht. In diesem Fall nimmt die Generalversammlung die dem Aufsichtsrat obliegenden Aufgaben wahr. Besteht kein Aufsichtsrat, so gilt für die Sorgfaltspflicht und Verantwortlichkeit der Generalversammlung 41 entsprechend.**

c) Großen Genossenschaften ab 1.500 Mitgliedern soll freigestellt werden, ob sie die Generalversammlung beibehalten wollen oder sie durch eine Vertretersammlung ersetzen wollen.

Betroffen ist hier der §43 a,1, in dem bislang Genossenschaften mit mehr als 3.000 Mitgliedern zur Installierung einer Vertreterversammlung verpflichtet werden.

Neuformulierung: **Bei Genossenschaften mit mehr als 1.500 Mitgliedern** kann das Statut bestimmen, daß die Generalversammlung aus Vertretern der Genossen (Vertreterversammlung) besteht.

d) Das in der Novelle von 1973 eingeräumte Mehrstimmenrecht soll rückgängig gemacht werden. Daher wurden einige Sätze in § 43,3 gestrichen.

Neuformulierung § 43,3: Jeder Genosse hat eine Stimme. Auf Genossenschaften, deren Mitglieder ausschließlich oder überwiegend eingetragene Genossenschaften sind, **ist Satz 1** nicht anzuwenden; das Statut dieser Genossenschaften kann das Stimmrecht der Genossen nach Höhe ihrer Geschäftsguthaben oder einem anderen Maßstab abstufen.

e) Neu ist die Einführung eines obligatorischen Förderberichts und dessen Aufnahme in § 33,1:

Neuformulierung: Der Vorstand hat dafür zu sorgen, daß die erforderlichen Bücher der Genossenschaft ordnungsgemäß geführt werden. Der Jahresabschluß und der Lagebericht sind unverzüglich nach ihrer Aufstellung dem Aufsichtsrat und mit dessen Bemerkungen der Generalversammlung vorzulegen. **Entsprechendes gilt für den vom Vorstand aufzustellenden Förderbericht, der Auskunft über die Erreichung des satzungsmäßigen Förderzwecks der Genossenschaft gibt.**

Literaturhinweise und Informationsadressen

Ein eigenwilliges, aber für die Rechtsformensuche sicherlich interessantes Buch hat Matthias Neuling: Auf fremden Pfaden. Ein Leitfaden der Rechtsformen für selbstverwaltete Betriebe und Projekte, Berlin 1985 (Stattbuch Verlag, 16 DM) geschrieben. Ansonsten gibt es direkt zur Rechtsformenfrage von Selbstverwaltungsbetrieben wenig Brauchbares.

Interessant sind zwei kleine neuere Veröffentlichungen aus genossenschaftswissenschaftlicher Sicht. Volker Beuthien: 100 Jahre Genossenschaftsgesetz – wie genossenschaftlich ist die genossenschaftliche Rechtsform?, Marburg 1989 (Bestellbar beim Institut für Genossenschaftswesen an der Philipps-Universität Marburg/Lahn, Am Plan 2, 3550 Marburg/Lahn) sowie Hans H. Münkner: Die Genossenschaft – neutraler Organisationstyp oder Abbild gesellschaftlicher Grundauffassung in Europa?, Tübingen 1989 (J.C.B. Mohr (Paul Siebeck).)

Wer die Position der Grünen zu einer Genossenschaftsgesetznovellierung im einzelnen nachlesen will, wende sich an Ursula Brockner, Fraktion DIE GRÜNEN AK I, Bundeshaus, 5300 Bonn 1, Tel. (0228) 16 29 39. Eine ausführliche Darstellung und Begründung der Novellierungsvorschläge des Vereins zur Förderung des Genossenschaftsgedankens kann angefordert werden bei der Adresse des Vereins, Am Hofgarten 20, 5300 Bonn 1, Tel. (0228) 21 52 90.

ANDERE LÖSUNGSWEGE

GENOSSENSCHAFTSRECHT

Genossenschaftlichkeit ist zu bezweifeln

Soll die Stärkung und Ausbreitung genossenschaftlicher Strukturen durch eine Gesetzesnovellierung erreicht werden, gibt es wirkungsvollere Änderungen als die Herabsetzung der Mitgliederzahl.

Burghard Flieger, Redaktion Genossenschaften ● In der Rechtsformenlandschaft hat jede Unternehmensform ihren spezifischen Zweck: Der Verein ist für Zusammenschlüsse von Personen für ausschließlich ideele Zwecke gedacht; die Aktiengesellschaft dient vorwiegend der Möglichkeit, große Mengen anonymes Kapital zusammenzubringen; die Personengesellschaften wie oHG und KG werden für das Wirtschaften von Einzelpersonen oder kleinen Personengruppen ohne hohe Haftungsrisiken genutzt; die GmbH als Kapitalgesellschaft ziehen sich persönlich kennende Geldanleger vor, die über ihre Einlagen hinaus keine Risiken eingehen wollen; und die Genossenschaft?

Die Genossenschaft war zumindest in ihrer Entstehungsphase als wirtschaftlicher Verein gedacht. Sie ist eine Personengesellschaft für größere Personenzusammenschlüsse, die sich durch Selbsthilfe eine Existenz aufbauen (Produktivgenossenschaft) oder die Existenzmöglichkeit erleichtern (Hilfsgenossenschaft z.B. Konsum-, Einkaufs- und Vertriebsgenossenschaft). Die gesamte Rechtsformenweiterentwicklung der Genossenschaft beruht auf Erfahrungen, die gemacht werden, wenn eine größere Gruppe von Laien sich wirtschaftlich engagiert. Nur damit ist die Prüfungspflicht, der Verbandsanschluß und dessen Kontrolle, die verschiedenen Organe, besonders des Aufsichtsrates, und ähnliches mehr zu rechtfertigen. Gleiches gilt für die Vorschriften der Rechnungslegung oder die Entwicklung eines ausgeprägten Formularwesens einschließlich der Mustersatzungen.

Daß es bei der weiteren Entwicklung der Genossenschaften zu riesigen Marktunternehmen negative Einflüsse auf die Ausgestaltung der Rechtsform gab, soll hier nicht geleugnet werden. Festzuhalten aber bleibt: Die Genossenschaft dient dem wirtschaftlichen Zusammenschluß größerer Personengruppen in gleichberechtigter Form, ist also Personengenossenschaft. Aufgrund der Gruppengröße und der wirtschaftlichen Tätigkeitsfelder wurde eine Haftungsbegrenzung eingeführt. Letzteres war in der Anfangsphase der Genossenschaft noch keine Selbstverständlichkeit. Die Intention „Zusammenschluß einer größeren Personengruppe" schlägt sich heute nieder in dem mit der Wahl dieser Rechtsform verbundenen Aufwand und einem vorgegebenen „Korsett", das teilweise enger geschnürt ist als bei der GmbH.

KAUM INTERESSE BEI KLEINBETRIEBEN

Wird die Öffnung der Rechtsform der Genossenschaft für kleinere Personenzusammenschlüsse als sieben angestrebt, müßte in einem ersten Schritt erklärt werden, weshalb andere Rechtsformen nicht geeignet sind und inwiefern auch Personenzusammenschlüsse von unter sieben noch genossenschaftlichen Charakter haben. In einem weiteren Schritt wäre zu begründen, weshalb auch bei kleineren wirtschaftlichen Zusammenschlüssen sich der mit der Wahl dieser Rechtsform verbundene Aufwand noch legitimieren läßt. Es sind also die Folgen der Öffnung dieser Rechtsform nach „unten" mit den daraus

Das genossenschaftliche Solidaritätsprinzip

notwendigerweise sich ergebenden weiteren Anpassungsmaßnahmen mitzureflektieren: Wird dadurch nicht irgendwann die Rechtsform der Genossenschaft völlig unnötig, wie sie dies durch die umgekehrten Anpassungen an die GmbH und die Aktiengesellschaft heute schon in vielen Punkten zu sein scheint?

Außerdem ist der Bedarf einer Öffnung nach unten zu untersuchen. Letztlich geht es dabei nur um Produktivgenossenschaften. Denn wenn eine Hilfsgenossenschaft, insbesondere eine Verbrauchergenossenschaft, nicht einmal sieben Mitglieder aufbringt, ist sie offensichtlich nicht in der Lage, ihren Förderzweck zu erfüllen. Andernfalls würde sie jederzeit mehr Mitglieder bekommen. Oder sie hat Closedshop-Charakter, so daß ein solcher Zusammenschluß mit dem genossenschaftlichen Gedankengut nicht übereinstimmt.

Nur bei der Produktivgenossenschaft läßt sich eine kleinere Personenzahl als sieben, die nicht zunimmt, begründen. Dies kann beispielsweise daran liegen, daß sie in einem Marktbereich agiert, der die Schaffung von mehr Arbeitsplätzen nicht zuläßt. Ist die Begründung nur bezogen auf den Wunsch, eine überschaubare, kleine Gruppe von drei oder fünf Menschen zu bleiben, steckt dahinter ein fragwürdiges genossenschaftliches Selbstverständnis: Offene Mitgliedschaft ist ein Grundprinzip.

Geht es also nur um Personenzusammenschlüsse, die aus Marktgründen eine Unternehmensgröße von sieben nicht erreichen? In diesem Fall sollte überprüft werden, wie groß ein Interesse aus Sicht der bestehenden Genossenschaften und Verbände an deren Aufnahme ist und umgekehrt. Kann ein stärkerer Bedarf von einer der beiden Seiten begründet werden, dann, aber erst dann, ist zu überlegen, ob der hohe Aufwand der Rechtsformennovellierung sich hierfür „lohnt". Vermutlich haben die Genossenschaftsverbände selbst kein Interesse, auch langfristig wirtschaftlich nicht stärker werdende Unternehmen zu betreuen. Ebenfalls kann bei solchen Betrieben kein größeres Interesse an einer Aufnahme in die Genossenschaftsverbände unterstellt werden. Dies gilt nicht nur wegen des erforderlichen Rechtsformenaufwandes. Entscheidend dürfte der Wunsch und die Möglichkeit von Kleinbetrieben sein, nicht alles durchschaubar und überprüfbar zu regeln, und zwar überprüfbar von außen zu regeln. Nach innen ist hier eine hohe Transparenz möglich, ohne daß die Gefahr problematischer Indiskretionen besteht. Insofern werden Betriebe dieser Größenordnung sich nicht den erforderlichen Prüfungen unterwerfen wollen. Würde dieser Teil des Genossenschaftsgesetzes aber außer Kraft gesetzt, ginge ein wichtiges Element genossenschaftlicher Vertrauenswürdigkeit für nicht mehr in Kleinstgruppenform organisierbare Personenzusammenschlüsse verloren.

ZWECKMÄSSIGERE LÖSUNGEN DENKBAR

Stecken hinter der Überlegung, die Rechtsform der Genossenschaft auch für Kleinkollektive zu öffnen, anderweitige Überlegungen, sollten sinnvollere Lösungen gesucht werden. Geht es nur um die generelle Möglichkeit, sich einem genossenschaftlichen Verband anzuschließen, ist zu überlegen, ob und in welchem Maße anderen Rechtsformen der Beitritt in die Genossenschaftsverbände gestattet werden kann. Ist beabsichtigt, Unternehmen, die als Kleingruppe anfangen, aber wachsen wollen, die Rechtsform der Genossenschaft zu öffnen, liegen Möglichkeiten in der Vorgenossenschaft oder einer leichteren Rechtsformenumwandlung. Letztere könnte besonders vereinfacht werden, wenn bei der Gründung eine Option auf die genossenschaftliche Rechtsform formuliert wurde.

Als Hauptargument dagegen die Haftungsproblematik zu bemühen, ist wenig stichhaltig. Kann die GmbH aufgrund fehlenden Gründungskapitals nicht gewählt werden und die Genossenschaft nicht aufgrund fehlender Mitgliederzahl, wird dies beim Geschäftsverkehr, gleichgültig in welcher Rechtsform, nicht dazu führen, daß hohe Kredite bzw. Verbindlichkeiten ohne persönliche Haftung eingeräumt werden. Mit der Wahl der Rechtsform der Genossenschaft läßt sich dies nicht verhindern.

Vielleicht soll aber auch nur eine Rechtsform für alle zugänglich gemacht werden, die als besonders förderungswürdig gilt, um darüber die Verteilung von Staatsgeldern durchzusetzen? Hierzu eignet sich keine der momentan vorhandenen Rechtsformen, auch nicht die der Genossenschaft. Dies würde eine neue Gesellschaftsform erfordern oder Zusatzauflagen (Neutralisierung/Sozialverpflichtung), die mit der Genossenschaft zur Zeit nicht grundsätzlich verbunden sind.

Überlegungen zur Öffnung der genossenschaftlichen Rechtsform für Kleinkollektive könnten auch strategischer Natur sein. Denbar wäre das Ziel, den Aufbau solidarischer verbandlicher Strukturen in der Selbstverwaltungsszene durch eine gemeinsame Rechtsform zu erleichtern. Davon wären aber nur Neugründungen positiv betroffen und nicht schon bestehende Selbstverwaltungsbetriebe. Allein würden sie es jedoch weder innerhalb der bestehenden Verbände noch über einen erst zu gründenden alternativen Genossenschaftsverband schaffen, eine solche Ausstrahlung zu gewinnen, daß der Verband ein Selbstläufer wird mit Symbolfunktion für den Aufbau einer Selbstverwaltungswirtschaft. Hier wären sie auf die Zusammenarbeit mit den schon bestehenden „etablierten" Selbstverwaltungsunternehmen angewiesen.

Außerdem: Viele Kleinstgenossenschaften, denen es nicht gelingt, größere Unternehmen aufzubauen, werden eine solche Ausstrahlungskraft nicht erreichen. Ebensowenig kann dies ein mit den alten Genossenschaften gemischter Verband. Die Wertestrukturen sind einfach zu gegensätzlich und ein Verband, der nur aus neuen Genossenschaften besteht, bleibt finanziell zu schwach.

STATUS DES FÖRDERGENOSSEN

Soll es also nur darum gehen, aus der Unfähigkeit oder fehlenden Bereitschaft vieler selbstverwalteter Betriebe, sich als größere Personenzahl zusammenzuschließen, eine Tugend zu machen und deshalb die Genossenschaft als Rechtsform für Kleinstkollektive anwendbar zu gestalten? Sinnvoller erscheint dann eine Art Kompromiß, indem der Status des Fördergenossen im Gesetz bezogen auf Produktivgenossenschaften etabliert wird. Dies bedeutet, Fördergenossen und -genossinnen könnten Mitglieder in der Genossenschaft mit Einlagen werden, die mit eingeschränkten Entscheidungsrechten ausgestattet bleiben, solange sie nicht im Betrieb mitarbeiten. Falls Kleinstkollektive auch mit einer solchen Anbindung von Fördergenossen nicht auf die Zahl sieben kommen, ist einmal mehr deren Genossenschaftlichkeit durch die Unfähigkeit, ihre Unternehmen in einen Solidarzusammenhang einzubringen, bezweifelbar.

Überlegungen hinsichtlich einer Novellierung des Genossenschaftsgesetzes müßten stärker darauf abzielen, die Rechtsform für kleinere Genossenschaften ab sieben Mitgliedern besser handhabbar zu machen und die genossenschaftlichen Grundideen vom Demokratisierungsprinzip über Neutralisierung des Kapitals bis hin zu Sozialverpflichtungen wieder stärker in das Genossenschaftsrecht einzubringen. Die Etablierung von Förderbilanzen für Großgenossenschaften ist ein Schritt hierzu. ●

Konsumgen. Volksblatt 1930

Anzeige

Palästina Kongreß

2. bis 4. März 1990 in Hamburg

Aktuelle Informationen über die Intifada
Die Veränderungen in der palästinensischen Gesellschaft
Die Rolle der Frauen in der Intifada
Auswirkungen auf die israelische Gesellschaft
Informationen über den Kampf der PalästinenserInnen in Israel
Solidarität mit der Intifada – wie weiter?

Eingeladen sind ReferentInnen aus Palästina und Israel

Großveranstaltung als Auftakt zum Kongreß
Freitag, 2. März, 18.00 Uhr

Palästina-Kongreß
Samstag und Sonntag, 3. und 4. März,
in der Hochschule für Wirtschaft und Politik, Hamburg

Information und Anmeldung:
FreundInnen des palästinensischen Volkes e.V.
Postfach 30 41 45, 2000 Hamburg 36
Telefon 040/850 39 06 Di + Do 16-19 Uhr
Telefax 040/319 39 39

GENOSSENSCHAFTSWISSENSCHAFTLICHE SICHT

Gefahr der Zersplitterung zu groß

Am Institut für Genossenschaftswesen der Universität Hamburg werden die meisten Novellierungsvorschläge des Vereins zur Förderung des Genossenschaftsgedankenss begrüßt, eine Absenkung der Mitgliederzahl allerdings abgelehnt.

Günther Ringle und Axel Bänsch, Redaktion Genossenschaften ● Eine Absenkung der Mindestmitgliederzahl für alle Genossenschaftsarten und -typen (Hilfs- und Produktivgenossenschaften) von jetzt sieben auf künftig drei erscheint nicht opportun. Eine solche Reduzierung der Mindestmitgliederzahl birgt in sich die Gefahr der Zersplitterung existenter Hilfsgenossenschaften in Richtung suboptimale, nicht bestandsfähige Größen. Für einen 7 Personen umfassenden Mitgliederkreis (Modellfall), der in Entscheidungsprozessen nicht zur Einigung findet, würde sich als bedenkliche Konfliktlösung die Teilung der Genossenschaft eröffnen.

Wenn das einheitliche, sowohl für Hilfs- aber auch für Produktivgenossenschaften gültige Genossenschaftsgesetz fortbestehen soll, kann einer Herabsetzung der Mindestmitgliederzahl unter die Zahl 7 nicht zugestimmt werden. Der Bedürfnisse einer unbestimmten, aber doch, gemessen an den vorhandenen Genossenschaften, geringen Zahl neuzugründender Produktivgenossenschaften wegen sollte nicht beseitigt werden, was sich über viele Jahrzehnte hinweg bewährt hat.

Eine Neuregelung für den Bereich der genossenschaftlichen Organe dergestalt, daß das Kontrollorgan „Aufsichtsrat" bei einer Mitgliederzahl von weniger als 15 nicht gebildet werden muß, halten wir aus den im Vorschlag angegebenen Gründen der Direktkontrolle durch die Mitgliederbasis für vertretbar.

Dem Vorschlag, lediglich fakultativ ab 1.500 Mitgliedern eine Vertreterversammlung zuzulassen, ist ebenfalls zuzustimmen. Nach dem gemäß § 43 a GenG ab 1.500 Mitgliedern möglichen Übergang von der General- zur Vertreterversammlung darf das „gewöhnliche" Mitglied über die Angelegenheiten der Genossenschaft nicht mehr mitentscheiden. Dies muß in einer personenbezogenen Organisation wie der Genossenschaft selbst bei zusammenhaltfördernder Gegensteuerung zu einer gewissen Desintegration führen. Die Einführung der Vertreterversammlung bedeutet im übrigen einen Partizipationsnachteil der eG gegenüber der AG. In deren Hauptversammlung kann jeder Aktionär mit Ausnahme der Inhaber stimmrechtsloser Vorzugsaktien am Entscheidungsprozeß teilhaben.

Um Demokratienachteile gegenüber der AG zu vermeiden, wäre erst im gesetzlich vorgeschriebenen Fall eines Überschreitens der 3.000-Mitglieder-Schwelle zur indirekten Demokratie überzugehen. Dies findet eine Rechtfertigung nicht zuletzt darin, daß die Gründe für die 1922 erfolgte Einführung der Vertreterversammlung – das Fehlen großer Säle und akustische Schwierigkeiten – inzwischen weggefallen sind.

Von der Möglichkeit einer Einräumung von Mehrstimmrechten wurde zwar seit der Novellierung des Genossenschaftsgesetzes im Jahre 1973 kaum Gebrauch gemacht. Davon abgesehen halten wir es nicht für richtig, diese Regelung wieder zurückzunehmen. Vielmehr sollten Mehrstimmrechte für alle Entscheidungen der Mitgliederbasis, d.h. auch für qualifizierte Mehrheiten erfordernde, satzungsändernde Beschlüsse eingeräumt werden. Denn mit zunehmender Heterogenität der genossenschaftlichen Mitgliederkreise, auch hinsichtlich des Engagements der Mitglieder (Umsatz- bzw. Kapitalbeteiligung) für die Genossenschaft, entfällt die Grundlage für die Anwendung des urdemokratischen Prinzips „Ein Mitglied – eine Stimme".

Den Vorschlag, der Gesetzgeber solle Genossenschaften einen Förderbericht als Ergänzung des Lageberichts abverlangen, halten wir ohne Bedenken für unterstützungswürdig. Eine ganze Reihe von Genossenschaften in der Bundesrepublik und in Österreich hat damit gute Erfahrungen gemacht. Die Mitglieder wissen zu schätzen, daß nicht nur über den Markterfolg, sondern ebenso über Förderpläne und in der abgelaufenen Periode erzielte Fördererfolge berichtet wird. Dadurch wird die partnerschaftliche Beziehung zum Mitglied gestärkt bzw. erst dokumentiert. Die Präsentation der Mitgliederorientierung ist ein notwendiger Bestandteil von Bemühungen um eine Aktivierung der genossenschaftlichen Strukturen.

Was das Umwandlungsrecht betrifft, halten wir vor allem die Möglichkeit, eine AG in eine eG umzugründen, für notwendig. Das Bedürfnis nach einer (Rück)Umwandlung in die eG besteht schon seit den siebziger Jahren, nachdem in eine AG umgegründete Genossenschaften mit der Rechtsform der AG nicht die erwarteten ökonomischen Effekte erzielen konnten.

Davon abgesehen sollte der Gesetzgeber auch sonst die Einbahnstraße „eG – AG" aufheben. Zwar ist die Umgründung „AG – eG" auf Umwegen, nämlich durch Zwischenschaltung einer anderen Rechtsform, vereinzelt praktiziert worden, aber die aufwendige Prozedur bedeutet eine plausibel kaum zu begründende Benachteiligung der eG-Form. ●

SELBSTVERWALTUNGSRECHTSFORM

GENOSSENSCHAFTSRECHT

Neugestaltung demokratischer Arbeits- und Wirtschaftsprozesse

Für die Umsetzung demokratischer Wirtschaftsstrukturen sind so weitgehende Erneuerungen im Genossenschaftsgesetz erforderlich, daß eine eigene Rechtsform eine denkbare Alternative wäre.

Arbeiter und Bauer, verbunden in der Genossenschaft — Konsumgen. Volksblatt 1929

Torsten Eichler-Weiskorn, Redaktion Genossenschaften ● Der Mangel an einer geeigneten Form wird von der Selbstverwaltungswirtschaft seit langem durch so manches „Gentleman's (Woman's) agreement" kompensiert. **Selbstverwaltung** wird damit nur **als informelles System** funktionsfähig, über dem das Schwert des Damokles schwebt. Den Übereinkünften wird im Zweifel entweder die rechtliche Wirksamkeit versagt oder die „Genossenschaften" degenerieren ideell derart, daß sie als Genossenschaften nicht mehr zu erkennen sind, weil sie nach dem Transformationsgesetz von Oppenheimer klammheimlich und ohne großen Aufwand in traditionell-kapitalistische Betriebe zurückverwandelt werden.

Flieger hat aus dieser Erkenntnis auf die Gestaltungsfunktion des Gesellschaftsrechts hingewiesen, dem in der Selbstverwaltungswirtschaft eine zweifache Bedeutung zukommt. Zum einen ist die frühzeitige **»interne Absicherung der gemeinsamen Ziele«**, insbesondere der Selbstverwaltung als betriebsinternes Ereignis, zu verwirklichen. Zum anderen hat die Selbstverwaltungswirtschaft in der **„Außendarstellung ein überprüfbares Konzept vorzuzeigen, wenn sie ihrem Selbstverständnis als Teil einer sozialen Bewegung gerecht werden und nicht nur als Gestalter ihrer eigenen kleinen Welt in Erscheinung treten will, sondern als reformpolitische Kraft"** mit dem Drang, bestehende undemokratische Wirtschaftsstrukturen modellhaft aufzuheben. Die Suche nach einer geeigneten Gestaltungsform rückt damit zwangsläufig in den Vordergrund weiterer Betrachtungen.

Schaut man/frau in den Mischwald der Selbstverwaltung, so gibt es unterschiedliche Ansätze einer (Rechtsform-)Perspektivenschau. Derzeit macht die Zauberformel von der „Novellierung des Genossenschaftsgesetzes" die Runde. Diese Konsequenz erstaunt. **Die rechtliche Ausformung der Genossenschaft präsentiert sich aus dem Blickwinkel der Selbstverwaltungswirtschaft ebenso unpassend wie das übrige gesellschaftsrechtliche Angebot.** In der Verteilungsskala der gewählten Rechtsformen rangiert die e.G. sogar am untersten Ende.

Dennoch scheint der Gedanke, im Genossenschaftsrecht eine Heimat zu finden, naheliegend. Die Genossenschaften von einst und die gemeinschaftlichen Projekte und Betriebe in spe besitzen eine gemeinsame ideelle Wurzel: Heute wie damals geht es um die Lösung der sozialen Frage und soll eine neue Form von Arbeit und Wirtschaft entwickelt werden.

NOTWENDIGE GESETZESÄNDERUNGEN

Wollte man Gestaltungsdefizite zu einer genossenschaftlichen Novellierungskomposition zusammenfassen, so würde sich grundsätzlich ein dreigliedriges Regelungswerk ergeben:

1. Die **vertikale Herrschaftsstruktur** (Generalversammlung, Vorstand, Aufsichtsrat, Genossen) müßte zugunsten einer horizontalen Entscheidungsebene verändert werden. Die Generalversammlung muß in diesem Sinne mit erweiterten Rechten, insbesondere mit einer unmittelbaren Weisungsbefugnis gegenüber dem Vorstand ausgestattet werden.
2. Der historische und aktuelle **Konflikt um die Statuszugehörigkeit der Genossen** (Selbständige versus abhängig Beschäftigte) bedarf einer Regelung, die das Prinzip der Eigentümer-/Produzentenidentität berücksichtigt. In einem gesonderten Abschnitt des Genossenschaftsgesetzes müßten die arbeits- und sozialrechtlichen Regelungen katalogisiert werden, deren Geltung für die Genossen zwingend aufgenommen oder ausgeklammert werden sollen.
3. In das Genossenschaftsgesetz müßten Regelungen eingearbeitet werden, die es einzelnen unmöglich machen, **individuellen Profit aus dem Betrieb zu ziehen oder durch Entzug von Einlagen dem Betrieb die Existenzgrundlage zu entziehen.** Die Vorschriften des Gemeinnützigkeitsrechts, insbesondere des § 55 I Nr. 4 AO, könnten hier als Vorlage dienen und in das GenG eingearbeitet werden.

Aus der speziellen Sicht des geltenden Genossenschaftsgesetzes wäre aber dieses 3-Punkte-Programm ergänzend mit Regelungen im Bereich des **Zulassungsverfahrens** zu novellieren:

4. Die in § 4 GenG geforderte **Mindestmitgliederzahl** von 7 Genossen ist für genossenschaftliche Betriebe der heutigen Generation zu groß geschnitten. Allen empirischen Untersuchungen zufolge liegt die durchschnittliche Mitgliederzahl selbstverwalteter Projekte zwischen 4 und 7 Genossen. Die Mehrheit der Projekte und Betriebe scheitert also schon an der Gründungsvoraussetzung des § 4 GenG. Wird die Gründerzahl von 7 Genossen gerade eben erreicht, lauert im Hintergrund § 80 Abs. 1 GenG. Bei Senkung der Mitgliederzahl durch Fluktuation u.ä. wird die Auflösung der Genossenschaft angeordnet. Den bleibenden Genossen steht zwar eine Frist von 8 Monaten zur Seite, um den Mangel zu beheben. Als Zeitspanne, die gegenseitiges Kennenlernen und Ausprobieren für eine Genossenschaftsaufnahme ermöglichen soll, ist dies zu kurz.

Eine Minimierung der Mindestmitgliederzahl des § 4 GenG und erweiterte Instandsetzungsfrist bei Mitgliederfluktuation wäre unabdingbar, wenn nicht nur einem verschwindend kleinem Teil der Selbstverwaltungsbetriebe der Zugang zum Genossenschaftsgesetz gewährt werden sollte.

5. Ein evidentes Zugangsproblem zum Genossenschaftsrecht ist unter dem Stichwort der **prüfungsverbandlicher Zwangszugehörigkeit** auszumachen. Wer als Betrieb in das Genossenschaftsregister eingetragen werden will, muß nach § 54 Abs. 1 einem Verband angehören, dem das Prüfungsrecht verliehen ist (Prüfungsverband). Der Anmeldung zum Genossenschaftsregister ist die Bescheinigung eines Prüfungsverbandes, daß die Genossenschaft zum Beitritt zugelassen ist, sowie eine gutachterliche Äußerung des Prüfungsverbandes beizufügen. Sie enthält Aussagen dazu, ob nach den persönlichen oder wirtschaftlichen Verhältnissen, insbesondere der Vermögenslage der Genossenschaft, eine Gefährdung der Belange der Genossen oder der Gläubiger der Genossenschaft zu befürchten ist (11 II Nr. 4 GenG). Dieses, nicht nur im deutschen Gesellschaftsrecht einmalige und überdimensionale Selbst- Kontroll-Schutzsystem läßt Höland zu der Feststellung gelangen, daß **die Genossenschaft eine behütete Rechtsform ist. Behütete und Behüter in Verbandsunion wirken abschottend gegenüber neuen genossenschaftlichen Bewegungen**, die eine Renaissance der genossenschaftlichen Grundideen eingeleitet haben. **Ein Ausweg aus diesem erschwerten Aufnahmezustand ist nicht in Sicht.**

Die Palette notwendiger Vereinfachungsregelungen im Genossenschaftsgesetz wäre damit noch nicht zu Ende. Konsequenz: Die zusammengetragenen Überlegungen zu einer veränderten Genossenschaftswelt sind mit einer kleinen Genossenschaftsnovelle kaum zu bewerkstelligen. **Eine Perestroika größeren Ausmaßes ist vonnöten, um der Selbstverwaltungswirtschaft adäquate Entfaltungs- und Gestaltungsmöglichkeiten einzuräumen.**

EG ALS CHANCE??

Unter dem Gesichtspunkt der europäischen Integration sind weitere Überlegungen notwendig, die in ein entsprechendes Rechtsformangebot Eingang finden müßten. Das Europäische Parlament sieht in der Selbstverwaltungswirtschaft kein prähistorisches Überbleibsel, sondern ist der Auffassung, „daß der gesellschaftliche Wert der auf Freiwilligkeit beruhenden genossenschaftlichen Wirtschafts- und Unternehmenstätigkeit unumstritten ist und es deshalb wichtig ist, die genossenschaftliche Arbeitsform zu fördern, wo sie sich mit Aussicht auf Erfolg in die Ziele der Gemeinschaftspolitik einfügen läßt.

Die gegenwärtigen Turbulenzen um die Vollendung eines in jeder Hinsicht einheitlichen europäischen Binnenmarkts ('92) sollten von der europäischen Selbstverwaltungsbewegung **politikanstiftend im Sinne einer Rechtsformoptimierung** offensiv genutzt werden. Dabei bieten einzelne weitreichende Regelungen im europäischen Ausland wertvolle Anregungen.

So räumt z.B. Italien in Artikel 45 der italienischen Staatsverfassung der Selbstverwaltungswirtschaft Verfassungsrang ein: „Die Republik anerkennt die soziale Funktion des Genossenschaftswesens, welches auf den Grundsätzen der Gegenseitigkeit beruht und nicht auf individuellen Gewinn ausgerichtet ist. Das Gesetz fördert die Verbreitung des Genossenschaftswesens mit den geeigneten Mitteln und gewährleistet durch entsprechende Kontrollen die Erhaltung der Merkmale und Zielsetzungen."

So reizvoll die Gedanken an Vorbilder bei den Nachbarn, so niederschmetternd sind die praktischen Chancen einer Annäherung innerhalb der EG. Die supranationale Funktion der Europäischen Gemeinschaft wird auch im gesellschaftsrechtlichen Angleichungsprozeß vorwiegend zur Förderung der grenzüberschreitenden Konzentration und der internationalen Arbeitsteilung betrieben. Ihr sind keine offiziellen Politiken zur Unterstützung selbstverwalteter oder wirtschaftsdemokratischer Bewegungen und Entwicklungen zu entnehmen. Die Angleichungsbemühungen gelten in erster Linie den Kapitalgesellschaften.

Die Diskussion um die Beteiligung der Arbeitnehmer bei grenzüberschreitenden Fusionen und die Diskussion um die Europäische Aktiengesellschaft machen allzu deutlich: Es wird schwierig sein, in der EG wirtschaftsdemokratische Elemente in die produktivistische Konzeption der Gemeinschaft einzubauen. Kurz- oder mittelfristig sind von der Kommission keine ernsthaften Schritte in Richtung auf Absicherung selbstverwalteter Arbeit und Wirtschaft in Europa zu erwarten. Reformspezifische Erwartungen gegenüber der EG rücken damit vorläufig in die Zeitdimension des St.-Nimmerleintages; also Retour zur vorläufigen nationalen Lösung.

ANFORDERUNGEN AN EIN KONZEPT

Die Diskussion über die Rechtsform der Genossenschaft offenbart den enormen Umbaubedarf bei der Neugestaltung demokratischer Arbeits-und Wirtschaftsprozesse. Der kürzlich von der SPD und vom Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens erarbeitete Novellierungsentwurf gibt wenig Anlaß zur Hoffnung, daß dieser im Rahmen des Genossenschaftsrechts möglich ist. Ohne ins Detail zu gehen, ist dem Entwurf abzulesen, daß der Novellierungsvorschlag „an den eigentlichen Hindernissen, die der Selbstverwaltung den Zugang zur Genossenschaft erschweren", nahezu nichts ändert. Weder zur genossenschaftlichen Prüfungspraxis noch zur Statusproblematik oder dem theoretisch noch nicht zu Ende diskutierten Aspekt der Kapitalneutralisierung enthält der Änderungsvorschlag Hinweise.

Der zuständige Ausschuß im Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens hat in den Beratungen erkennen lassen, daß ein weitgehendes Entgegenkommen gegenüber der neueren „Selbstverwaltungswirtschaft" aus der Sicht der traditionellen Genossenschaften nicht zu erwarten ist. Ein Zusammengehen ist eher unwahrscheinlich. Insbesondere die Demokratiekonzepte, hier formalistisch repräsentativ, dort das Primat unmittelbarer Beteiligungsformen, scheinen den Brückenschlag entscheidend zu erschweren.

Aus den vorstehenden Überlegungen ist ein eigenes Rechtsformangebot zu begründen, in dem die Selbstverwaltungswirtschaft als wirtschaftsdemokratisches Konzept eine formgerechte Zukunft erhält. Ein solches Konzept muß mindestens drei Anforderungen erfüllen:

- Es muß die rechtlichen Hindernisse, die der Selbstverwaltungswirtschaft auf breiter Ebene entgegenstehen, beseitigen und **Strukturen eröffnen**, die den neuen Formen des Wirtschaftens und Arbeitens gerecht werden;
- es muß dem Anspruch auf demokratische Wirtschaftsformen nicht nur Rechnung tragen, sondern diese **strukturell verankern und**
- es muß der **gesamten Bandbreite der Selbstverwaltungswirtschaft**, vom Bio-Laden an der Ecke, der KFZ-Werkstatt in Selbstverwaltung, den Dienstleisungsprojekten, Arbeitsloseninitiativen, Belegschaftsübernahmen, Werkhöfen, die sich als Projekte von natürlichen oder juristischen Personen organisieren, eine geeignete **Organisationsform** bieten. ●

GRÜNE POSITION

Geschichte wird gemacht

Die Verknüpfung alter und neuer Genossenschaften wird von seiten der Grünen als entpolitisierende Geschichtsverfälschung angesehen. Ein eigenes Selbstverwaltungssystem soll im Frühjahr vorgestellt werden.

Ursula Brockner, Redaktion Genossenschaften ● Das Thema Genossenschaften ist zum zentralen Instrument der SPD geworden, mit dem politisch die Synthese von alten und neuen sozialen Bewegungen versucht wird. Fatalerweise wurden aber bisher weder die nationalen historischen Entstehungsbedingungen noch die tatsächliche Entwicklung der Genossenschaften ausreichend gewürdigt, um eine derartige Synthese zu begründen.

Die Verknüpfung des historischen Konzeptes genossenschaftlicher Selbsthilfe mit der Selbstverwaltungsbewegung der achtziger Jahre seitens der SPD legt drei Schlußfolgerungen nahe, die zu diskutieren sind:

A. Es handelt sich in beiden Fällen um eine **selbstgenügsame** und insoweit unpolitisch-materiell orientierte **Selbsthilfekultur.**
B. Die genossenschaftliche Form des Wirtschaftens hat sich hierzulande **historisch** und **politisch bewährt.**
C. Bei der Genossenschaftsform geht es um ein **adäquates** Organisationsprinzip selbstverwalteter Arbeit und Wirtschaft.

Zu A. Die nahegelegte **Analogie** zwischen alten und neuen Genossenschaften enthält eine fatale Verkennung der politischen Brisanz und Stoßrichtung der Selbstverwaltungsbewegung seit den 70er Jahren. Sie läßt auf eine eklatante Selbstverkennung und einen bedenklichen Mangel an Aufarbeitung der SPD-Rolle im Zeitalter des deutschen Herbstes schließen, die mit Entstehungsursache vieler neuer sozialer Bewegungen war.

zu B. Die genossenschaftliche Form (damit meine ich Organisations-, Rechts- und Vergesellschaftungsform) hierzulande als emanzipatorische und damit **bewährte Rechtsform** für radikaldemokratische Ansätze selbstverwalteter Wirtschaft und Arbeit anzubieten, bedarf angesichts des **Erscheinungsbildes** heutiger Genossenschaften, der verbandlichen **Closed-shop-Politik** und erst recht angesichts der **Erfahrungen** mit der genossenschaftlichen Gemeinwirtschaft, außerordentlich großer visionärer Kräfte. Dabei können wir unseren Sinnen ruhig trauen. Erfahrungen, Closed-shop-Politik und gesellschaftliches Erscheinungsbild der Genossenschaften geben nicht zufällig gleichlautende Auskunft: deutsche Verödung einer in Europa blühenden Wirtschaftsform.

Zu C. Das geltende Genossenschaftsrecht, aber auch die vom Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens vorgeschlagenen Änderungen, berücksichtigen **zentrale Probleme** der Selbstverwaltungsökonomie überhaupt nicht:

Erstens: Die praktischen **Strukturen** der Selbstverwaltungswirtschaft **liegen quer** zu sämtlichen traditionellen Strukturen des Gesellschafts-, Arbeits- und Sozialrechts. Selbstverwaltete Betriebe sind Hermaphroditen von Arbeit und Kapital. Genau das macht ihre Schwierigkeit in der geltenden Praxis und im geltenden Recht, aber auch ihre politische Reichweite in einer Phase aus, in der die Auflösung traditioneller Lohnarbeitsverhältnisse gleichzeitig die Chance zur gesellschaftlichen Integration völlig neuartiger Arbeits- und Eigentumsverhältnisse wird.

Zweitens: Ökologische Verpflichtung und gesellschaftliche Kontrolle der Unternehmensführung (auch in Selbstverwaltung) hängen wesentlich ab vom **Grad der Öffentlichkeit** des Unternehmens sowie der Qualifikation und **Handlungskompetenz der dort Arbeitenden.**

Drittens: Das politische Versagen der Gemeinwirtschaft macht eine wirksame Größenbegrenzung, grundlegende Transparenz und Dezentralität von Genossenschaftsstrukturen und einen Verzicht auf Sekundärgenossenschaften notwendig, damit demokratische Kontrolle überhaupt möglich ist.

Ein adäquates Rechtsformangebot muß sich diesen Anforderungen stellen. Für den Zwitterstatus selbständig-abhängiger Arbeit in Selbstverwaltung ist in integrierter Form ein Regelsystem notwendig, das etwa analog zur geltenden Betriebsverfassung und beispielsweise GmbH eine Kooperativenverfassung und eine SVGmbH (Selbstverwaltungsgesellschaft mbH) sein könnte. Dabei sind spezielle Möglichkeiten zur Kapitalneutralisierung zu eröffnen und neue sozialrechtliche Konstrukte zu ermöglichen. Derzeit arbeitet die Grüne Fraktion an einem solchen Regelsystem und wird dies im Frühjahr in CONTRASTE vorstellen. ●

GENOSSENSCHAFTSRECHT

Stellungnahmen / Vorschläge im Vergleich

Zur Initiative des Vereins zur Förderung des Genossenschaftsgedankens das Genossenschaftsgesetz zu novellieren

	A. Mindestgröße	B. Wahlfreiheit Ausichtsrat	C. Weisungsbefugnis der Generalversammlung	D. Mehrstimmenrecht	E. Bemerkungen
1. Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens	Die Zahl der Genossen muß mindestens 3 betragen. 60 bis 70% der SVB gründen mit weniger als sieben Mitgliedern.	In Genossenschaften mit weniger als 15 Mitgliedern kann das Statut bestimmen, daß kein Aufsichtsrat besteht.	(Beibehaltung der Leitungskompetenz des VS) **Neuvorschlag:** In Genossenschaften bis zu einer Größe von 50 Mitgliedern kann das Statut bestimmen, daß dem VS durch Beschlüsse der Generalversammlung Weisungen erteilt werden können.	Das in der Novelle von 1973 eingeräumte Mehrstimmenrecht soll rückgängig gemacht werden; Ausnahme: Sekundärgenossenschaften.	
2. DIE GRÜNEN im Bundestag; Stellungnahme vom 19.10.89	Es wird zugestimmt, jedoch die Relevanz angezweifelt, „da das genossenschaftliche Modell der Mitgliederförderung im gemeinwirtschaftlichen Sinne für eine breite Mitgliedschaft zugeschnitten und sinnvoll ist."	(keine Stellungnahme)	Nicht weitgehend genug: Es „generell die Möglichkeit einer Bindung von Vorstandsentscheidungen an die Zustimmung von Fachorganen oder der GV durch entsprechende Gestaltung der Satzung im GenG geschaffen werden"..„muß das explizite Weisungs- und Eingriffsverbot in die geschäftsführende Vorstandstätigkeit aufheben können".	(keine Stellungnahme)	Nicht gelöst sei Statusqualifizierung der Mitarbeitenden; vollständige Kapitalneutralisierung müsse erreichbar sein; Einsichtsrecht der Mitglieder in Geschäftsunterlagen soll mit Quorum von 25% erzwingbar sein.
3. Bundesarbeitsgemeinschaft der Netzwerke; Stellungnahme vom Herbst 1989	Im Grundsatz Zustimmung, wenn auch das GenG nicht der richtige Rahmen sei.	Zustimmung bei Anerkennung als Minimallösung.	(keine Stellungnahme)	Nicht weitgehend genug, da (1) mehr individuelle Mitgliedsrechte nötig (2) Belassung des Mehrstimmenrechts bei Sekundärgenossenschaften halbherzig.	Gleiche Forderungen wie Die GRÜNEN; ebenfalls Anspruch auf eigene Rechtsform; Notwendigkeit alternativen Prüfverbandes.
4. Institut für Genossenschaftswesen der Universität Hamburg; Dr. G. Ringle/ Dr. A. Bänsch	„Absenkung für **alle** Genossenschaftsarten nicht opportun... supotimale Bestandsgrößen". „Wenn das einheitliche sowohl für Hilfs- als auch für PG gültige GenG fortbestehen soll, kann Herabsetzung auf 7 nicht zugestimmt werden".	„halten wir aus den in Ihrem Vorschlag angegebenen Gründen (Direktkontrolle durch die Mitgliederbasis) für vertretbar".	(keine Stellungnahme)	„Vielmehr sind wir der Auffassung, daß Mehrstimmenrechte für **alle** Entscheidungen der Mitgliederbasis d.h. auch für ... satzungsändernde Beschlüsse eingeräumt werden sollten" (Wg. zunehmender Heterogenität d. Mitglieder bzgl. Umsatz und Kapitalbeteiligung).	Zustimmung zum Vorschlag, daß die Vertreterversammlung erst ab einer Größe von 3.000 Mitgliedern vorgeschrieben werden soll; Einführung eines Förderberichtes wird unterstützt.
5. Forum neue Genossenschaften Walberberg, 16.12.89; AG Novellierung des GenG	Eine knappe Mehrheit plädiert nach intensiver Diskussion für eine Absenkung der Mindestgröße.	Eine knappe Mehrheit hält den Vorschlag für nicht weitgehend genug; die Abdingbarkeit des Organs Aufsichtsrat sollte an keine Größe gebunden sein.	Eine Mehrheit hält den Vorschlag für nicht weitgehend genug; die Fassung des Gesetzes von vor 1973 sollte wiederhergestellt werden.	Uneingeschränkte Zustimmung.	
6. Prof. Dr. V. Beuthin: 100 Jahre Genossenschaftsgesetz Marburg 1989	(keine Stellungnahme)	(keine Stellungnahme)	(zwingende Leitungsbefugnis des Vorstandes) „sollte durch das Statut abgedungen werden dürfen, ... Denn die völlige Weisungsfreiheit des Vorstandes schließt die Mitglieder bei kleineren Genossenschaften mit überschaubarem Mitgliederkreis unnötig strikt von der Geschäftspolitik aus"; d.h. Wiedereinführung eines Weisungsrechts der GV gegenüber dem Vorstand.	Für Genossen, die mehr Förderkapital bereitstellen oder mehr Haftung übernehmen, sollte ein drei Stimmen übersteigendes Mehrstimmenrecht möglich sein, allerdings bis zu einer Kapitalhöchstzahl (ibs. für VS- und AR-Wahlen sowie Grundsätze der Geschäftspolitik).	Plädoyer für Grundsatz größerer Satzungsfreiheit; bis zu einem Drittel fachkundige Nichtmitglieder im AR; ebenfalls für Schwächung der Stellung der Vertreterversammlung.

NIEDERUNGEN DER WIRKLICHKEIT

In den Fängen von Streit und Bürokratie

Interne Konflikte und die bürokratische Verfahrensweise des Revisionsverbandes lassen die Eintragung der Neuwert Genossenschaft i.G. zu einem Hindernislauf zur Selbstverwaltung ganz eigenwilliger Spielart werden: „Ein Bein stellen" wird auch in eigenen Reihen ausgeübt.

Klaus Heider und Wolfgang Vorck, Redaktion Genossenschaften ● Seit 1987 gibt es die Planung eines Arbeitsprojekts zur Wiedergewinnung von Rohstoffen für Langzeitarbeitslose. Ursprünglich wurde es als Verein für Arbeit und Soziales e.V. entwickelt. Im Laufe der Planung wuchs die Überzeugung, daß ein derartiges Projekt, wenn die Schaffung von Dauerarbeitsplätzen angestrebt wird, einer anderen Organisationsform bedarf als die eines gemeinnützigen Vereins.

Um in einer wirtschaftlichen Gesellschaftsform die Aspekte von Selbstverwaltung, Mitwirkung und Beteiligung zu gewährleisten, bot sich die e.G. an. Im Juli 1988 wurde Kontakt zum RDK (Revisionsverband Deutscher Konsumgenossenschaften) aufgenommen, um die notwendigen Vorbereitungen zur Gründung zu treffen. Das Statut konnte im Vorwege mit dem RDK abgestimmt werden und am 29.9.1988 fand die Gründungsversammlung der NEUWERT-Genossenschaft zur Wiedergewinnung von Rohstoffen e.G. statt.

Die bereits erstellten Wirtschaftlichkeitsberechnungen unter Berücksichtigung von öffentlichen Mitteln sprach die NEUWERT-Genossenschaft mit ihrer Hausbank ab. Auf Anraten des RDK übergab sie diese Berechnung einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (GWP/Hamburg) zur Erstellung eines Gutachtens. Dadurch beschleunigte sich jedoch keinesfalls die Erteilung der Attestierung. Nachdem das Gutachten endlich am 20.3.1989 vorlag, stellte sich heraus, daß nunmehr der RDK auf der Basis genau dieser Unterlagen seinerseits eine Wirtschaftlichkeitsprüfung durchführte. Im Zuge dieser erneuten Prüfung war der Vorstand der Genossenschaft noch zweimal zu ergänzenden Gesprächen in Hamburg beim RDK. Schließlich wurde mit Datum vom 3.5.89 die Attestierung zur Eintragung in das Genossenschaftsregister beim Amtsgericht Kiel erteilt.

Dennoch kam es bislang zu keiner Eintragung. Der Grund hierfür liegt allerdings u.a. in dem Versuch des Aufsichtsratvorsitzenden, den Vorstand abwählen zu lassen, um diesen mit eigenen Leuten zu besetzen. Sie sind jedoch keine Mitglieder der Genossenschaft. Als eine außerordentliche Generalversammlung am 8.8.89 diesem Ansinnen nicht folgte, traten der Aufsichtsratsvorsitzende und drei weitere Mitglieder des Aufsichtsrates zurück. Daraufhin untersagte der RDK eine weitere Verwendung der erteilten Attestierung bis zur Klärung der personellen Verhältnisse in den Gremien der Genossenschaft.

Die Genossenschaft konnte sich trotz dieser unerfreulichen Vorfälle um weitere Mitglieder verstärken und auf einer Generalversammlung am 9.9.89 einen neuen Aufsichtsrat wählen. Auf dieser Generalversammlung wurde ebenso dem Vorstand Entlastung erteilt. Auf beiden Versammlungen war der RDK vertreten, so daß ihm die ordnungsgemäße personelle Besetzung der Gremien bekannt ist, die ihm natürlich auch schriftlich übermittelt wurde.

Nun aber sträubt sich der RDK, die Attestierung wieder freizugeben. Zwar bestätigt er, daß der Grund der Aussetzung nicht mehr gegeben ist. Nach seiner Einschätzung sind die wirtschaftlichen Voraussetzungen jedoch unklar. Diese basieren aber immer noch auf denselben Daten, die vor der Attestierung vom 3.5.89 Grundlage des Antrages auf Aufnahme in den RDK waren. Ergänzend sei hinzugefügt, daß der ehemalige Aufsichtsratsvorsitzende zwischenzeitlich versucht hat, in einem Schreiben u.a. an den RDK seinen Rücktritt zu begründen, mit negativen Auswirkungen für die Vertreter der NEUWERT-Genossenschaft. Gleichzeitig bemüht er sich, mit einer Genossenschaft teilweise gleichen Inhalts um Aufnahme in den RDK. ●

Heimstätten-Baugenossenschaft „Fortschritt" eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht in Köln

Geschäfts-Anteilschein

A. [illegible] über

Zweihundertfünfzig Mark

Inhaber dieser Anteile ist beteiligt und haftet mit gleicher Summe. Auf Grund des Genossenschaftsgesetzes vom 1. Mai 1889 und der Statuten vom 10. September 1899

KÖLN, laut Generalversammlung vom 29. Juli 1919.

Der Aufsichtsrat: Der Vorstand:

Baugenossenschaft Fortschritt Köln

KEIN REINES RECHTSFORMENPROBLEM

Idee und Umsetzung klaffen auseinander

Genossenschaft werden ist gelegentlich wirklich schwer. Das Gründungsvorhaben der Neuwert Genossenschaft i.G. aus Kiel zeigt dies anschaulich. Das Beispiel belegt zudem die These, daß es häufig persönliche Belange und Querelen sind, die ein Projekt gefährden.

Hans Stapelfeldt, Redaktion Genossenschaften ● Dabei fing alles so gut an. Eine hervorragende Idee, großes Engagement der Initiatoren, breite Unterstützung aus öffentlichen Institutionen, Parteien, Verbänden und massive Förderung mit öffentlichen Mitteln sollte die Neuwert eG i.G. zu einem Musterbeispiel für erfolgreiche Genossenschaftsgründungen machen. Da die Initiatoren die wirtschaftlichen Plandaten nicht in prüfungsfähiger Form vorlegen konnten, wurde hiermit eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft beauftragt. Die Erstellung dieses Gutachtens wurde aus öffentlichen Mitteln finanziert. Auch das war ein glücklicher Umstand, der nur ganz selten anzutreffen ist.

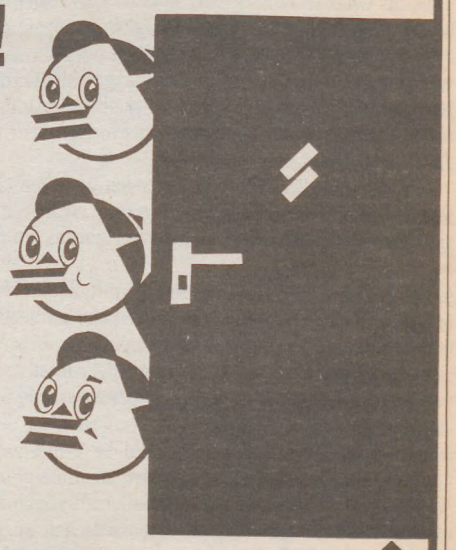
Das Gutachten wurde vom Revisionsverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V. geprüft und für in Ordnung befunden, unter der Voraussetzung, daß die in der Ausarbeitung angenommenen öffentlichen Mittel tatsächlich bewilligt werden. Diese Einschränkung beleuchtet ein weiteres Dilemma. Öffentliche Zuwendungsgeber oder auch Kreditgeber machen ihre Zusage häufig von der Eintragung der Genossenschaft in das Genossenschaftsregister abhängig. Andererseits ist die Zuwendung/Kredit in der Regel die Voraussetzung für die Bescheinigung, daß nach den „wirtschaftlichen Verhältnissen, insbesondere der Vermögenslage der Genossenschaft, eine Gefährdung der Belange der Genossen oder der Gläubiger der Genossenschaft" nicht zu besorgen ist (§ 11, Abs.2, Nr.4 GenG).

Damit sich an dieser Stelle „die Katze nicht unaufhörlich in den Schwanz beißt" und die Eintragung in das Register dauerblockiert wird, kann an die Verwendung der Gründungsprüfungsbescheinigung Auflagen und Bedingungen geknüpft werden. Treten diese Bedingungen nicht ein, werden z.B. angekündigte öffentliche Fördermittel tatsächlich nicht zugewendet, muß das Testat widerrufen werden, wenn durch die Streichung der öffentlichen Mittel der Genossenschaft die wirtschaftliche Grundlage entzogen wird. ●

Anzeige

Hereinspaziert!

Ende Februar geben wir eine neue Publikation heraus:
"Perspektiven der Genossenschaften", u.a. zu den Themen Genossenschaftsrecht sowie Genossenschaftliche Perspektiven in der DDR/Osteuropa, ca. 144 Seiten, Preis: ca. 16,80 DM + Versand.



innova - Entwicklungsagentur für Neue Genossenschaften
Ein Projekt des Vereins zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V.
Am Hofgarten 20 5300 Bonn 1 Tel. 0228 / 21 52 90

INNOVA

WEIBERWIRTSCHAFT

Frauengenossenschaft in Gründung

Ort: Berlin West. Am Nachmittag des 17. Dezember '89 fanden sich sechzehn Frauen aus verschiedenen Frauenbetrieben und -projekten im Vereinsbüro der AK Staatsknete ein. Anlaß: die Gründungsversammlung der ersten Frauengenossenschaft der BRD nach etwa 60 Jahren.

Ricarda Buch, Frauenredaktion ● Einige hatten Blumen mitgebracht, andere Sekt und das geflügelte Wort vom historischen Augenblick machte die Runde. Frauengenossenschaften gab es zuletzt während der Weimarer Republik und das wohl bekannteste Berliner Beispiel war die Frauenkreditgenossenschaft von 1919. Über die Gründe, warum Frauengenossenschaften in der BRD nicht existieren, läßt sich nur spekulieren. Für die zahlreichen von Frauen gegründeten Kleinunternehmen ist die Genossenschaft sicherlich nicht die adäquate Rechtsform. Für wirtschaftliche Vorhaben, die eine wie immer geartete Infrastruktur für Frauen bereitstellen wollen und somit auf der Vernetzung schon vorhandener Frauenbetriebe und -projekte basieren, ist sie aber durchaus praktikabel. Bei der Ausarbeitung unserer Satzung tauchten für uns eine Fülle von rechtlichen und steuerlichen Fragen auf. Als wir die entsprechenden Expertinnen zu Rate zogen, stellten wir jedoch fest, daß diese über die juristischen und steuerlichen Aspekte von Genossenschaften kaum informiert waren. Gut beraten wurden wir hingegen von Gerd Behrens (Steuerberater) sowie vom Berliner Schultze-Delitzsch-Verband der Konsum-und Dienstleistungsgenossenschaften, der für uns zuständig ist und dem bereits mehrere neue Genossenschaften, so die STATTwerke und die Haftungsassoziation, angehören. Gleichwohl ist auf dem Gebiet der Gründungsberatung von Frauengenossenschaften in der BRD leider ein großes Defizit vorhanden – ein Mangel, dem wir aufgrund von momentaner Arbeitsüberlastung und der Einarbeitung in dieses neue Gebiet derzeit auch nicht abhelfen können.

ABLAUF UND WAHLEN DER GRÜNDUNGSVERSAMMLUNG

Nachdem wir einen Berg von Gründungsformularen bewältigt, die Satzung diskutiert, die zukünftigen Geschäftsanteile eingezahlt und die Mitgliederlisten ausgefüllt hatten, wurden Claudia von Braunmühl, Ute Bychowski, Claudia Gather, Claudia Neusüß und Suzanne Seeland in den Aufsichtsrat sowie Ricarda Buch, Sabine Hübner und Gudrun Schwonke in den Vorstand der Genossinnenschaft in Gründung gewählt. Dann schritten wir zur Feier des historischen Augenblicks, auf der eine Fülle von Geschäftsideen für die Genossenschaft entstand.

DER GENOSSENSCHAFTSZWECK UND DIE MITGLIEDSCHAFT

Die WEIBERWIRTSCHAFT Genossenschaft in Gründung bezweckt neben der Förderung der Genossinnen die Verbesserung der Ausgangsbedingungen von Frauenbetrieben und -projekten durch Bereitstellen von Gewerberäumen in einem Gründerinnenzentrum sowie die Stärkung von Frauen auf wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet.

Der Genossenschaftszweck soll erreicht werden durch:

- den Erwerb und Betrieb eines Gewerbehofs zu einem Gründerinnenzentrum,
- das Betreiben von Unternehmen
- die Verbesserung der Infrastruktur für Betriebs- und Projektgründerinnen,
- das Betreiben von sozialen und kulturellen Einrichtungen,
- die Förderung von Beschäftigungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten für Frauen und Mädchen auch in für sie untypischen Berufen

sowie die Förderung von Ökologie und Denkmalspflege.

Die Mitgliedschaft ist beschränkt auf natürliche Personen weiblichen Geschlechts, sofern sie unbeschränkt geschäftsfähig sind. Das bedeutet, Frauen über 18 Jahre können unserer Genossenschaft beitreten, andernfalls müssen sie sich entsprechend der gesetzlichen Vorschriften von ihren Müttern vertreten lassen. Obgleich nach dem GenG auch Vereinen oder Betrieben die Mitgliedschaft in einer Genossenschaft erlaubt ist, können bei uns nur Einzelfrauen der Genossenschaft beitreten. Wir standen nämlich vor dem Problem, einen Frauenbetrieb oder ein Frauenprojekt nicht definieren zu können. Also Frauen, tretet ein!

WIR BRAUCHEN GENOSSINNEN UND EIGENKAPITAL

Mit der Einberufung der Gründungsversammlung ist die WEIBERWIRTSCHAFT keineswegs eine Genossenschaft, sondern vielmehr eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts und nur beschränkt geschäftsfähig. Sie bleibt dies bis zum Zeitpunkt der bestandenen Gründungsprüfung durch den zuständigen Genossenschaftsverband. Dann erst kann die Eintragung als Genossenschaft beim Registriergericht erfolgen. Zur Bewältigung der Gründungsprüfung muß die WEIBERWIRTSCHAFT eine ordentliche Geschäftsführung, eine Liquiditäts- und Finanzierungsplanung und vor allem das für den Aufbau des Gründerinnenzentrums notwendige Eigenkapital von ca. 2 Mio DM vorweisen. Das Eigenkapital der späteren eingetragenen Genossenschaft WEIBERWIRTSCHAFT entsteht durch Einzahlung von Geschäftsanteilen in Höhe von mindestens DM 200,– oder einem Vielfachen davon, wodurch die Einzahlerinnen unabhängig von der Höhe ihres eingezahlten Beitrags jeweils ein Stimmrecht und die Mitgliedschaft in der Genossinnenschaft erwerben.

Eine Einzahlerin darf laut unserer Satzung nicht mehr als DM 50.000 einzahlen, um bei Kündigung von Geschäftsguthaben den Abfluß größerer Kapitalmengen zu verhindern. Die Geschäftsanteile können unter Einhaltung einer Frist von einem Jahr schriftlich zum Ende eines Geschäfts/Kalenderjahres gekündigt werden, jedoch nicht während der ersten vier Jahre nach Gründung der Genossenschaft. In dieser Zeit muß sich die Genossenschaft erst einmal konsolidieren.

DAS BESONDERE BONBON

Frauen, deren Einkommen innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Grenzen für vermögenswirksames Sparen (936 DM Gesetz) liegt, können Genossenschaftsanteile bei uns als vermögenswirksame Leistungen über einen längeren Zeitraum ansparen und diese zu 20% von der Steuer absetzen. Wir haben aus diesem Grund das Ansparen von Genossenschaftsanteilen in Raten zugelassen. Diesbezügliche Formulare und weitere Informationen sind ab März bei uns erhältlich.

Daneben wollen wir auch Darlehen zu einer 5%igen Verzinsung und zu einem späteren Zeitpunkt, zum Ausbau des Gründerinnenzentrums, langfristige Investitionsdarlehen nach dem Berlin Förderungsgesetz mit einer 16%igen Verzinsung und einer Laufzeit von bis 25 Jahren anbieten. Ab März ist unsere Broschüre fertig, in der die verschiedenen Anlagemöglichkeiten genau beschrieben sind.

DIE HAFTUNG

Immer wieder werden wir gefragt, wie es mit der Haftung unserer zukünftigen Genossinnen im Falle eines Konkurses der Genossenschaft steht. Wir wollen dies nicht annehmen, doch sind sowohl die Behandlung von Verlusten als auch vom Konkurs im GenG geregelt. Wir werden eine Frauengenossenschaft mit beschränkter Haftung, und laut unserer Satzung müssen wir Rükklagen bilden, die zur Behandlung von Verlusten dienen. Im Fall eines Konkurses werden zunächst alle Verbindlichkeiten beglichen und das verbliebene Vermögen an die Genossinnen entsprechend der Höhe ihrer eingezahlten Geschäftsanteile verteilt. Die Genossinnen haften somit maximal in Höhe ihrer eingezahlten Anteile und es besteht keine Nachschußpflicht.

TREUGELD JETZT

Wie bereits erwähnt, sind wir während der Gründungsphase eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts und müssen nun das Eigenkapital der späteren Genossenschaft, d.h. zukünftige Genossenschaftsanteile sammeln. Damit die Frauen, die uns mit mindestens DM 200 oder einem Vielfachen davon unterstützen und das Anrecht zur Mitgliedschaft in der WEIBERWIRTSCHAFT erhalten wollen, sicher sind, daß wir ihr Geld nicht auf die Bahamas tragen, haben wir zwei Treuhandkonten eingerichtet. Die Treuhandkonten werden von der Steuerberaterin Renate Tinz verwaltet, und wir haben, abgesehen vom Mitspracherecht über die Geldanlage, keinen Zugriff auf die Konten. Frauen, die uns unterstützen wollen, zahlen mindestens DM 200,– auf eines der beiden Treuhandkonten und erhalten von uns, der Genossenschaft in Gründung, einen Treuhandvertrag. Sollte unser Vorhaben bis Ende 1993 nicht gelingen, erhalten die Treugeldgeberinnen ihre eingezahlten Beträge in voller Höhe, allerdings ohne Zinsen, zurück. Wir bitten die Frauen deshalb auf ihre Zinsen zu verzichten, da wir aus den Zinsen die Kosten für die Öffentlichkeitsarbeit finanzieren wollen. Öffentlichkeitsarbeit trägt zu diesem Zeitpunkt wesentlich zum Gelingen unseres Projektes bei.

Je schneller wir 2 Mio DM auf unserem Treuhandkonto haben, desto schneller kann die Eintragung der Genossenschaft erfolgen. Dann werden die Treugeldanteile in Genossenschaftsanteile umgewandelt und die Treugeldgeberinnen werden Genossinnen.

ZUM STAND DER VERHANDLUNGEN

Seit der Öffnung der Mauer hat sich die Situation auf dem Berliner Immobilienmarkt wesentlich verschärft. Es ist mit einem Anstieg der Grundstückspreise ins Unermeßliche zu rechnen. Ein Run kapitalkräftiger Konzerne auf die wenigen leerstehenden Gewerbehöfe ist zu erwarten, da die Industrie bereits auf das Ost-West-Geschäft lauert. Ehemalige Randbezirke wie Kreuzberg oder Wedding sind über Nacht zum innerstädtischen Gebiet geworden. Das bedeutet, daß auch wir umdenken müssen und neben der leerstehenden Schultheiß-Brauerei in Kreuzberg 61 auch andere Standorte für das Gründerinnenzentrum ins Auge fassen. Nichtdestotrotz stehen unsere Chancen gar nicht mal so schlecht. Der Bezirk Kreuzberg hat ein definitives Interesse an der Ansiedlung des Gründerinnenzentrums innerhalb des Stadtteils geäußert. Wir verhandeln inzwischen mit Unterstützung des Bezirks mit dem Eigentümer der leerstehenden Schultheiß-Brauerei. Auch andere mögliche Standorte in Kreuzberg und in anderen Bezirken wurden uns genannt. Ferner hat eine Gesprächsrunde mit VertreterInnen verschiedener Senatsverwaltungen stattgefunden und über Unterstützungsmöglichkeiten unseres Projekts beraten. Auf die Ergebnisse können wir gespannt sein.

Jetzt sind wir auf finanzielle Unterstützung angewiesen und hoffen, daß viele Frauen unsere Genossenschaft in Gründung unterstützen. Dies ist mit der Einzahlung von mindestens DM 200,–oder einem Vielfachen davon auf eines unserer Treuhandkonten möglich und bitte nicht vergessen, Namen und Adresse deutlich auf dem Einzahlungsschein einzutragen, damit wir die Treuhandverträge an die Einzahlerin schicken können und sie in unsere Mitgliedslisten eintragen können. ●

Einzahlung bitte an Renate Tinz, Stichwort: Gründerinnenzentrum
Kto-Nr. 503 45 07, Ökobank e.G., Frankfurt a.M. BLZ: 500 901 00
oder Kto-Nr. 307 63 00, Bank für Sozialwirtschaft Berlin, BLZ: 100 205 00 überweisen.

Weitere Informationen sind bei der WEIBERWIRTSCHAFT e.G.i.Gr., Hasenheide 54, 1000 Berlin 61, ☎ (030) 693 53 61 erhältlich.

„TECHNIKFRAUEN"

USA: Die ewigen Pionierinnen?

Mit einer Mischung von Unbehagen an der ungebrochenen Leistungsorientierung und Neid über den Vorsprung in Sachen Frauenförderung habe ich in den vergangenen Jahren immer wieder einen Blick über den Atlantik zu den US-Amerikanerinnen riskiert.

Sabine Hübner, Frauenredaktion ● Ein lebendigeres Bild als die Porträts von Karrierefrauen, die ich bisher gelesen habe, vermittelt die Zeitschrift **Tradeswomen** – „Technikfrauen". Die Nr. 8 (Winter 89) enthält Interviews, Gedichte, Kurzgeschichten, Porträts und Veranstaltungshinweise (z.B. auf die 3. Nationale Feuerwehrfrauenkonferenz).

Helen Vozelinek, als Elektrikerin wie die meisten **Tradeswomen** auf dem Bau beschäftigt,stellt ihr Dilemma zur Diskussion: Die Gewerkschaft vermittelt Jobs auf Großbaustellen. Das bedeutet Mitarbeit an Projekten, die sie für umweltschädlich (AKW's), unfriedlich (militärische Bauvorhaben) und unsozial (ausufernde Geschäftszentren auf Kosten preiswerten innerstädtischen Wohnraums) hält. Reparaturjobs in Wohnsiedlungen sind ein Ausweichgleis, aus Helens Sicht jedoch keine Lösung.

Häufig finden sich in den Texten Hinweise auf die größere Durchlässigkeit des US-amerikanischen Berufs(bildungs)systems. Schwer vorstellbar, daß bei uns eine Krankenschwester der Intensivstation einen Tag pro Woche auf dem Bau arbeitet

und so den Streß im Krankenhaus besser aushält. Viele Frauen in den USA finden erst relativ spät den Weg zu technischen Berufen, arbeiten zunächst eine Weile als Hilfskräfte und machen dann mit über 30 eine Ausbildung.

Ausbildungsträger sind häufig die unions – Gewerkschaften, die auch Arbeitsplätze vermitteln. Für die Technikfrauen stellen sie einen relativ zuverlässigen Bezugsrahmen dar – zumal sie der Antidiskriminierungspolitik verpflichtet sind.

BILANZ DER ANTIDISKRIMINIERUNGSPOLITIK

Aber was ist denn nun eigentlich dran an der Antidiskriminierungspolitik? Susan Eisenberg, „Elektrikern und Dichterin" zieht in ihrem **Brief an die Aktivistinnen** Bilanz: Vor zehn Jahren erstritten sich die ersten Frauen den Zugang zu Arbeitsbereichen, die bis dahin reine „Männerveranstaltungen" waren. Sie fanden sich ab mit der Rolle von Pionierinnen in der Annahme, daß sie für viele andere Frauen den Weg bereiten würden. Die staatliche Antidiskriminierungs- und Frauenförderungspolitik knüpft seit 1978 die Vergabe von Staatsaufträgen an die Bedingung, daß die beauftragten Firmen verbindliche Frauenförderpläne aufstellen. Frauen entsprechend ihrem Anteil an der Erwerbsbevölkerung zur Ausbildung zulassen und dafür sorgen, daß Belästigung am Arbeitsplatz unterbleibt.

Anspruch und Wirklichkeit klaffen jedoch weit auseinander. Die Bundesregierung hat sich während der Reagan-Ära geweigert, die Instrumente der Antidiskriminierungspolitik zu benutzen und zudem die Förderungsmittel für Ausbildung und Beschäftigung von Frauen zusammengestrichen. Die angepeilten Zielvorgaben erwiesen sich als Illusion: Der Frauenanteil in der Bauausbildung beträgt bundesweit 3-4% statt wie geplant 20%. Auch der Beschäftigungsanteil in der Bauindustrie liegt immer noch unter dem 1981 gesetzten bescheidenen Quotenziel von 6,9%.

Susan fordert ihre Kolleginnen dazu auf, die 2. Nationale Technikfrauenkonferenz (die im Sommer in Chicago stattfand) zu nutzen, um gemeinsam Bilanz zu ziehen. Offenbar müssen sie sich damit abfinden, in ihren Berufen vereinzelt und isoliert zu bleiben. Ihre Politik sollte darauf abzielen, die eigenen Arbeitsbedingungen zu verbessern. Welches sind die geeigneten Bündnispartner – macht es Sinn, sich weiterhin auf die staatliche Antidiskriminierungspolitik zu verlassen?

Ob die 2. Nationale Technikfrauenkonferenz auf diese Fragen Antworten finden konnte? Ob die Amerikanerinnen sich auf gemeinsame Ziele und Forderungen geeinigt haben? Ich bin gespannt auf die nächste Ausgabe von **Tradeswomen**. **Tradeswomen** erscheint vierteljährlich: Das Jahresabo kostet $35. Bestellungen an **Tradeswomen**, Inc., P.O.Box 40664, San Francisco, Cal. 94140.

Abdruck aus: RÜCKENWIND

RÜCKENWIND

wird herausgegeben vom Projekt **Frauen und Technik**, TU Berlin, das sich für die Erschließung der gewerblich-technischen Berufe für Mädchen und Frauen einsetzt.
Anschrift:
Frauen und Technik
TUB
FR 4-5
Franklinstr. 28/29
1000 Berlin 10.

WIDER DEN GEISTIGEN STILLSTAND

Naturkost radikalökologisch umgestalten!

Die Hälfte aller Ladner wollen aufhören – wenn sie wüßten, wie sie ihren Bioladen loswerden. Noch nie habe ich so viele entnervte Leute gesprochen wie im letzten Jahr.

Herrmann Cropp, Redaktion Naturkost ● Fast jede und jeder sagt, sie hätten keine Lust mehr. Und die das sagen, sind kleine kleinmütigen Persönchen, sondern tatkräftige Menschen. Und ihr Laden ist nicht am Stadtrand im Keller, oder was jene, die mir nicht glauben mögen, sich sonst einbilden wollen. Läden mit Millionenumsatz mitten in Großstädten, 200 qm poppig gestylt. Überkommt sie der Jammer? Nein, eher die Wut ob der Ohnmacht, als sie merkten, wie wenig sie die Entwicklung noch steuern können. Nur wenige haben mir im letzten Jahr noch sagen mögen, daß sie ihren Laden selbstverständlich immer weiter machen werden. Ist das nicht deutlich genug?

Wenn dann noch einer mit seinem Laden in ein besseres Lokal umzieht, heißt das überhaupt nichts. So konnte Herbert ihn wenigstens günstig verkaufen. Herbert aus Gronau weiß nur, daß er ein anderes Leben führen muß. Daß man einen Bioladen nur feinkostmäßig und nicht anders führen kann, steht für ihn ebenso unzweifelhaft fest – hat er dann keine Lust mehr. Herbert hat erkannt, daß nur Krämerseelen auf Dauer solche Läden machen können. Ihn aber zieht es nach Süden(!). Herbert ist ein unternehmungslustiger und tüchtiger Mensch, davon bin ich überzeugt. Gewiß wird er dort viel Besseres leisten als die letzte Zeit im Bioladen. Aber die Zukunft der Bioläden werden entweder andere Überzeugungstäter oder Krämerseelen bestimmen.

UND SIE BEWEGT SICH DOCH!

Allzu oft wird übersehen, aus Unkenntnis oder Überheblichkeit, daß die Naturkost das Werk einer sozialen Bewegung ist. Darum möchte ich an dieser Stelle etwas über den Zusammenhang von gesellschaftlichen Bewegungen und neuen Märkten schreiben. Zwar setzen nicht alle gesellschaftlichen Bewegungen so unmittelbar am Konsum an wie die Naturkost, welche ja unsere Konsumgewohnheiten ändern wollte. Doch mindestens im Bekleidungssektor und in der Haarmode finden alle größeren gesellschaftlichen Bewegungen ihren Niederschlag. Während aber waschechte Autonome oder Hippies ihre Kleidung lieber zusammenschustern, gehen die Nachmacher in eine teure Boutik und kaufen sich dergleichen fix und fertig. Die autonome Szene hatte sicher nicht beabsichtigt, den Verkauf schwarzer Hosen, Jacken und Stiefel sowie Haarpomade zu fördern.

Damit tritt jene gesellschaftliche Bewegung in das Stadium ihrer Vermarktung, oder besser, sie wird getreten, denn die Vermarkter sind durchweg andere als die Initiatoren. So ist das auch in der Naturkost, wo sich sogar noch deren Vermarkter als die eigentlichen Helden aufspielen. Hingegen werden die ursprünglichen Aufrührer als altmodische Konservenbüchsen hingestellt, die einer modernen Weiterentwicklung nur im Wege stehen. Allerdings stehen die Gründer, so sie noch zu ihren Ideen stehen, jenen im Wege, die aus anderer Leute idealistischer Vorarbeit jetzt Profit holen wollen.

Was Trotzki mal eine permanente Revolution nannte, ist unbedingt erforderlich, um die Naturkostszene andauernd in Schwung zu halten. Wenn es nicht ständig neue Ideen und neue Antworten auf die täglich neu aufkommenden Fragen, Umweltprobleme usw. gibt, dann stagniert jede Bewegung. Ich behaupte nicht, daß es keine Naturkostbewegung mehr gibt, aber sie tritt auf der Stelle, macht keinen Schritt in irgendeine Richtung. Oder will jemand behaupten, das fast täglich anschwellende Angebot an Fertigprodukten allermöglicher Hersteller, die auf den Markt drängen, sei was anderes als geistiger Stillstand?

Wenn das Tempo einer Entwicklung und ihre Richtung nicht mehr von einer Bewegung und ihren Ideen bestimmt wird, dann bewegt sich auch nichts mehr. Das ist dann der richtige Zeitpunkt für Kapitalisten, alles weitere in ihre Hand zu nehmen. Und sie haben nicht zu befürchten, von einer Bewegung Lügen gestraft zu werden, oder gar am neuesten Stand der Entwicklung vorbei zu investieren. Darum haben sie nämlich vor 5-10 Jahren noch nichts reingesteckt, weil alles im Fluß war, und man heute nicht wissen konnte, was morgen angesagt sein wird. Inzwischen können sie ungestraft graue Pämpers und graue Papiertaschentücher verkaufen und werden von diesen völlig prinzipienlosen Ökotestern (die Zeitung aus Frankfurt meine ich) noch dafür gelobt. Wem die Finger für die Nase zu schade sind, kann doch immer noch Stofftaschentücher nehmen, und Baumwollwindeln sind auch viel gesünder für's Kleinkind.

Eine ideell stagnierende Bewegung ist aber kalkulierbar. Die Zeit, nur noch zu melken, ist gekommen. Sollten sich da ein paar Spätbewegte zur Kritik aufraffen, werden sie einfach als altmodisch hingestellt, als Gegner von Modernisierung und Erneuerung. Und solch ein Vorwurf klingt erst mal gut, erweckt er doch den Eindruck, als sei die Naturkost immer noch in Bewegung – oh, sogar besser, als jemals zuvor.

Bei der kapitalistischen Umgestaltung des aus einer gesellschaftlichen Bewegung entstandenen Naturkostmarktes gibt es zwei Entwicklungen:
Erstens wird Bio in den normalen Kaufhäusern und Supermärkten verkauft.
Zweitens wird innerhalb der gewachsenen Struktur des Naturkosthandels eine immer knallhärtere Vermarktung betrieben.
Das bewirkt bei den Bioladnern die Entstehung von 2 Gruppen: Erstere sieht in den Supermärkten eine Konkurrenz, der sie nacheifert, und, indem sie nacheifert, sich denen anpaßt. Die andere Gruppe macht sich nichts aus den Kaufhäusern in der Gewißheit, daß jene ihnen nie das Wasser werden reichen können. In jenen, den Supermärkten nacheifernden Bioläden, sehen sie jedoch eine ernsthafte Bedrohung, die Zersetzung ihrer hohen Ansprüche an die Naturkostbewegung.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Dabei müssen sich letztere allerdings den Vorwurf gefallen lassen, daß eine Bewegung weniger an Zersetzung als an mangelnder Bewegung zugrunde geht. Bewegung muß in Bewegung bleiben, das ist es. Und die Bewegung von Geld oder Paletten kann die Bewegung von Menschen nicht ersetzten. Auch das ist es! Wenn wir uns weiter vorwärts bewegen, also nicht unser Geld, sondern uns selbst, dann werden alle kapitalistischen Nachahmer schlicht ins Leere laufen. Angst vor'm Biokaufhaus hat nur, wer rückwärts schaut. Angst ist immer rückwärts gerichtet, auch Zukunftsangst, wie Kletten am Bein. Wer nach vorn sieht, denkt nur, was er selber besser machen kann. Nach vorn sehen allein bedeutet schon Mut und Lebenslust zu haben. Wo ist da für Angst noch Platz? Oder anders gefragt: Wer hat je aus Angst einen Bioladen gegründet? Wohl kenne ich Leute, die aus Angst nach Neuseeland ausgewandert sind. Aber keine Angst, der lange Arm der Atomwirtschaft und des französischen Geheimdienstes reicht auch in den Südpazifik.

So sehr es auch den Anschein von Kommerzialisierung und Stillstand hat... und sie bewegt sich doch; die Naturkostbewegung! Und wo und was sich bewegt? Das möchte ich, so gut ich es erkannt habe, erklären. Bevor ich allerdings auf all die guten und kaum bekannten Ideen zu sprechen komme, will ich den Umkehrpunkt, an dem sich inzwischen wohl die meisten befinden, etwas erläutern. Wie ich aus unseren Gesprächen weiß, sind gerade die Leute, die dort in den Läden stehen, immer ganz erbaut über solche Betrachtungen.

UNLUST, FRUST... SCHLUSS!

Warum macht sich solche Unlust breit? Die Bioladner essen selbst nicht mehr nach der reinen Lehre. Sie bilden sich, glaub' ich, ein, wegen der zunehmenden Ladenarbeit keine Zeit mehr für ihre eigene Küche zu haben. Gerade veröffentlicht die Mahlzeit einen Leserbrief auf meine wegen Großhändlerprotest abgebrochene Artikelserie über Biofeinkost. Darin bekennt sich eine Ladnerin zur Biomäkdonaldskultur und sieht darin eine Art Frauenemanzipation für Naturköstler. Mir wirft sie vor, ich untergrabe mit der Forderung nach Verzicht auf Biomäks die Emanzipation. Ich möchte anderen Leuten in ihren Privatdingen nicht zu nahe treten, das wäre eine verfehlte Diskussion. Aber ich bleibe dabei, daß ökologische Ernährung keinesfalls Fertigprodukte dulden darf, die im Haushalt frischer, schonender und mit verderblichen, lebenden Zutaten hergestellt werden können. Und natürlich zieht die entfremdende Industriearbeit auch Entfremdung von der Haushaltsarbeit nach sich. Aber im Schlechten soll es keine Gleichberechtigung geben, sondern die Ernährung, die Hausarbeit, die Landarbeit und alles soll unentfremdet sein. Also Dagmar, auch wenn Du in der Mahlzeit harte Worte an mich richtest, nichts leuchtet mir ein von dem, was du sagst. Mir vorzuwerfen, ich hätte die Biofeinkost nur an 2 Beispielen kritisiert (Bioaufstriche und Duftöle) ist darum unberechtigt, weil die Fortsetzung wegen der Boykottdrohungen der Großhändler Löwen-zahn/Bielefeld, Grünes Netz/Essen und Nawages/Waldbrühl nicht mehr erschien. Das Grüne Netz hat darauf seine monatliche Abnahme der Mahlzeit um 3.000 verringert. Indem ich Anfang letzten Jahres die Biofeinkost ins Gerede brachte, habe ich, da ich übrigens über soviel Kenntnis der Szene verfüge wie kaum ein Kritiker, in ein wahres Wespennest gestochen. Ich mußte mir grobe Anfeindungen gefallen lassen, ich glaub', da wären einigen von euch die Tränen gekommen. Und warum? Weil ich lieber meine Existenz als Drucker für die Naturkostbewegung auf's Spiel setze und einige Läden als Abnehmer verliere, als daß ich zu Lutschern und Gummibärchen an der Kasse meinen Mund halte. Wo kommen wir hin, wenn keiner mehr Courage hat? Auch die Ladner brauchen Courage, wenn sie ihren Etepetete-KundInnen klar machen, daß sie diese nicht brauchen, entweder rohes Gemüse oder gar nichts!

Uschy, Inhaberin eines der größten Bioläden im Rheinland, will „aufhören, wenn es diese Sachen alle im normalen Handel gibt", wobei sie mit der Hand auf die Regale mit Waren von Rapunzel und Allos zeigt. Denn das haben die Verbraucher doch schnell raus, daß Rapunzel und Sesamo dasselbe ist. Wenn dann die Centra, Hill und DM-Märkte noch billiger verkaufen können als der Bioladen einkauft (und ob es das gibt...!), dann ist das Ende eines Bioladens nicht mehr fern. Da kann es nur eins geben, Rapunzel so schnell wie möglich rauszuwerfen.

Folkmar in Dortmund „schiebt Rapunzel schon immer mehr nach hinten." Die selbst verpackten Tüten springen jedem Kunden schon beim Betreten des Ladens in die Augen. Er ist übrigens einer der Wenigen, die keinesfalls daran denken, in den Sack zu hauen. Bei ihm heißt Modernisierung auch nicht, die New-Age-Plakate von Rapunzels Tomatenketschap in's Fenster zu hängen, ebensowenig wie Weilings plumpe Europa-Wochen-Werbung ihn zum Mitmachen begeistern konnte. Er will sich „doch kein Weilingfähnchen an den Laden stekken." Stammkunden brauchen keine Werbung, sondern gute Bedienung, und die gibt es in Folkmars Laden.

Ich will nicht verschweigen, daß es noch immer sehr überzeugte Anhänger der Kommerzialisierung gibt. Die Mitarbeiter des Zorba-Kollektivs in Kreuznach freuen sich über jeden neuen Bioartikel im HL-Markt. Sie fürchten auch weder die Konkurrenz, die sie eher als Belebung des Geschäfts sehen, noch, daß das Bioangebot durch die Vermischung mit konventioneller Ware verwässert wird. Ihre Kundschaft ist über 50 (ja, so wurde mir versichert!), die Alternativen gibt's in Kreuznach nicht mehr, die Zorbas sind das unprofitable Alternativ-Image nach 10 Jahren Naturkost leid und setzen auf Generationen – die sowieso bald aussterben.

NEBENSORTIMENTE, SORTIMENTSWANDEL

Es scheint, als werden und wurden die Bioläden andauernd als Sprungbrett und Marktöffner für alle möglichen Produkte gebraucht und mißbraucht. Das mag einige Jahre gut gehen, aber auf die Dauer hält keiner den ständigen Wechsel von Nebensortimenten aus. Was gab es nicht schon alles: Kerzen, Wolle, Strohmatratzen, Theaterschminke, Farben, Spielzeug – und für alles gibt es inzwischen Fachgeschäfte, die den Bioläden die Umsätze abgenommen haben. Aber das mache man sich mal klar: Ganz neue Handelszweige wurden jeweils über die Bioläden eingeführt! Sie sind eigentlich das Fundament der Jonglierläden, Biobauläden, Ökospielläden, der neuen Generation von Wolläden und einer bestimmten Sorte von Kunstgewerbeläden.

Das führte zu der heutigen Auszehrung und Unsicherheit. Lieferantentreue scheint es kaum zu geben. Fast jeder verkauft da, wo er mehr kriegt. Das mag für den Kapitalismus in Ordnung sein. Aber sofern wir noch Menschen sind mit menschlichen Beweggründen wie Solidarität oder Treue und, ja, auch Liebe, dann kann man an den vermeintlichen Sieg des Weltkapitalismus niemals glauben, auch wenn Gorbatschow noch fällt. Aus solchen Beweggründen ist z.B. Alfred aus Aachen empört über Weleda, die ihn aus Konkurrenzschutzgründen zugunsten des Reformhauses Heift nicht belieferte, „weil es Heift so schlecht ginge". Kurz darauf machte Heift seine 4. Filiale auf. Und das nicht genug, etwas später bietet der benachbarte DM-Markt Weledaartikel zu Diskountpreisen an (siehe Foto!).

Mit dem Nebensortiment Bücher das Gleiche: Ende der 70er, Anfang der 80er waren die Bioläden die Einzigen mit Alternativliteratur. Als New-Age sich dann verbreiterte und zugleich abflachte, haben manche zwar erst versucht mitzuhalten, sogar Meditationskassetten, die New-Age-Managern Geschäftserfolg suggerierten, gab's in Bioläden (echt, ich kann alles belegen, ich erfinde nichts!). Dieses New-Age-Biomanagertum hat übrigens vehement der Charles vom ehemaligen C+S-Handel verfochten, z.B. auf der 1. Müslimesse in Oberursel/Krebsmühle. Aber Bücher sind inzwischen out, große Läden in Großstädten räumen die verstaubten Regale aus, weil Gräfe und Hunzer jetzt jeder Schreibwarenladen hat. Die Bioläden sind zu recht enttäuscht von den Hochglanzverlagen, weil z.B. die Weihnachtsbackbücher, obwohl Vollkorn draufsteht, Puderzucker als Schnee für's Hexenhaus verwenden. Da rate ich übrigens zu Kokosraspeln, das nebenbei.

Kurz und gut, Bücher braucht man nicht mehr im Bioladen. Statt dessen besinnt man sich auf eine eigene Informationsarbeit mit Rezepten, Verbraucherbroschüren und Infos und was es sonst von Ökogruppen wie Robin Wood, BBU usw. gibt. Manche haben auch eine Leibücherei für einige wenige Bücher, die sie selbst gelesen haben und weiterempfehlen können, eingerichtet.

Auch sonst tut sich was im Sortiment. Aus vielen Läden ist z.B. Lorien verschwunden, da habe ich mich aber gewundert, weil ich den Hans gut kenne und mag. Jedenfalls ist Lorien ersetzt worden durch Lavera und L&M. Duftöle hat man inzwischen mancherorts genug, gibt's nicht mehr. Der Pastenwahn geht auch zurück. Wieso fängt Weiling gerade jetzt mit seinem Pastenprogramm an? Meint er, was ich kritisiere, müsse das sicherste Geschäft sein?

GROSSHANDELSKRITIK

Auffallend ist, daß die negativen Entwicklungen vor allem von Großhandel und Herstellern ausgehen. Dagegen ist ein Schokolade naschender und West rauchender Bioladner eine ulkige Kleinigkeit. Bauck (Niedersachsen) z.B. besitzt und verpachtet eine konventionelle Hühnerfarm. Von der bezieht er mit Antibiotika verseuchte Gülle zum Düngen. Er selbst hat es nicht nötig zu arbeiten, dafür hält er sich Zivis, so hört man es von vielen ehemaligen Zivis. Oder: Bioland stellte Edeka zum Kartoffelverkauf eine fast kunsthandwerklich gemachte Kiste aus Buchenholz hin, ein Bioladen bekam auch auf Anfrage nicht solche Verkaufshilfe – künftig verkauft er nur noch Demeterkartoffeln. Oder: Kanne meinte, die Bioläden halten die Öffnungszeiten nicht ein und wollte damit seinen Verkauf im normalen Handel rechtfertigen. Herwig hat daraufhin seinen ganzen Brottrunk in einer Wanne vor'm Laden zerdeppert und eine Infotafel gegen Kanne aufgestellt. Rapunzels Josef meinte mal, „da wir inzwischen 84% der Bioläden beliefern, können wir nur noch außerhalb expandieren" – ich nehme an, er wird ganz rausexpandieren.

Nach hunderten von Gesprächen mit Bioladnern im letzten Jahr, in denen ich unseren Hoffnungen nachspürte, glaube ich mit Sicherheit sagen zu können, es wird ein umfassender Sortimentswandel kommen, kommen müssen, eine regelrechte Neubesinnung, eben neue Ideen. Die jetzt vorherrschenden Ideen taugen nicht mehr, das geben mir alle zu verstehen. Und es sind nicht wenige Ladnerinnen und Ladner, die an neuen Ideen basteln, die begeistert von ihren Plänen reden, denen es Spaß macht zuzuhören. Deren Ideen habe ich gesammelt, um sie in dieser und der folgenden CONTRASTE vorzustellen.

Renate aus Wuppertal meint, es müsse bald ein Schlußstrich bei diesem Bio-, Pseudo- und Überangebot gezogen werden. Selbst der professionellste Laden (Helm) könne die Sortimentsvielfalt nicht mehr bewältigen. Und die Vielfalt ist ja keine inhaltliche, sondern nur eine Markenvielfalt. Wenn die liebe Kundin Kekse von Rapunzel, Müsli von Harmony, Karottenbrei von Demeter und den Papp von Holle haben will, da kann man auf die Dauer nur stöhnen: Warum macht sie den Brei nicht aus frischem Getreide? Dazu kommt der Modernisierungswahn, ohne Fax sei man kein moderner Bioladen, nein, so gehe das nicht! Renate will Rückbesinnung auf das Notwendige ohne überflüssige Verpackung und Pipapo. Die Styroporchips (FCKW-geschäumt?) schickt sie an die Lieferanten zurück, das ist doch was! Und das ganze Warenangebot soll zurückgeschraubt werden.

Dieser inzwischen allgemein festzustellende Sortimentswandel ist nicht als die übliche Verdrängung unprofitabler Produkte, sondern als grundsätzliche Neuentwicklung anzusehen. Endlich hat man eingesehen, daß man die Sortimentsgestaltung nicht mehr Großhändlern und Herstellern überlassen darf, sondern daß es jetzt darauf ankommt, will man nicht in einem Bio-Wischiwaschi untergehen, Weichen zu stellen und Zeichen zu setzen. ●

FORTSETZUNG in der nächsten CONTRASTE über die Bio-

AUFRUF ZUM NATURKOST-RATSCHLAG

- ○ für radikalökologische Umgestaltung
- ○ für ein Konzept: ÜBERLEBENSMITTEL
- ○ für Überzeugungstäter und Bioladner
- ○ ohne Großhändler und Fabrikanten
- ○ ohne Gummibärchen und Lutscher
- ○ für Unabhängigkeit der Bioläden vom Großhandel
- ○ gegen die Verbetriebswirtschaftlichung unserer Beziehungen
- ○ für Aufrichtigkeit, Liebe und Menschlichkeit
- ○ für fruchtbare Ideen und neue Taten

Termin: Anfang April 1990?
Vorbereitung: Interessierte sollten sich zwecks Vorbereitung anmelden über: CONTRASTE-Naturkostredaktion, Herrmann Cropp, Postfach 1811, 4500 Osnabrück, ☎ (05402) 73 73.

GRAPHISCHE BETRIEBE

Autonomes Drucken in der DDR

So. 26.12.89 – Am Sonnabend den 28.10. (das ist inzwischen eine politische Epoche her, ich lasse den Bericht so wie er ist), konnte ich zum ersten mal die „Druckereien" und „Umweltblätter" und der „Kirche von Unten" in Ost-Berlin besuchen. Beide Druckstätten liegen in Kirchenräumen und basieren rein rechtlich auf der begrenzten Druckerlaubnis der Kirche für interne Schriftstücke.

Constantin Bartning, Redaktion Graphische Betriebe ● Bericht 28.10.89! Die Druckerlaubnis ist in der DDR außer in kirchlichem Rahmen nicht zu bekommen. Es gibt einige Dutzend private Druckereien, fast alle ausschließlich mit uralten Buchdruckmaschinen ausgerüstet. Sie unterliegen ebenso wie die staatlichen Druckereibetriebe scharfen Kontrollen. Das Gleiche gilt für die wenigen Fotokopierer und Vervielfältigungsgeräte in Universitäten und Betrieben. Jedes Schriftstück erhält eine laufende Registriernummer, ein Beleg ist aufzubewahren, eine Liste zu führen.

Doch die im Rahmen der Kirche produzierten Schriften brauchen keine Registriernummer. Das was bei „Kirche von Unten" und „Umweltblätter" inzwischen gedruckt wird, hätte vor kurzem noch den Rahmen der kirchlichen Druckerlaubnis arg strapaziert...

IM UNTERGRUND

Die Druckerei der Umweltblätter sieht genauso aus, wie man sich eine Untergrunddruckerei immer vorgestellt hat: Zwei enge fensterlose Kellerräume mit zwei schrottreifen Vervielfältigungsmaschinen für Wachsmatrizen und ein Home-Computer nebst Nadeldrucker zum Schreiben der Matrizen. Es ist eine gelungene Kombination von Technik und Improvisation. Nur leider brechen die Maschinen ständig zusammen, reicht die Druckkapazität nicht entfernt zur Deckung der Nachfrage aus. Ca. 5.000 ist die monatliche Auflage der Umweltblätter, wenn genug Papier dafür aufgetrieben werden kann. Daneben werden Flugblätter, Erklärungen, Unterschriftenlisten nicht nur für Ost-Berlin, sondern für die gesamte DDR gedruckt... soweit Druckkapazität und Papier reichen. Die jungen Leute, die an den Geräten arbeiten, halten die Geräte offenbar Tag und Nacht am „Laufen".

Bei der „Kirche von Unten" sind die Arbeitsbedingungen in Räumen, die im Hochparterre liegen, etwas besser, auch die beiden GEHA-Vervielfältiger sind noch nicht ständig am Zusammenbrechen.

Natürlich passen auch hier die Lochungen an den Wachsmatrizen aus der DDR nicht in die Halterungen der GEHA-Geräte, muß die Farbe aus Dosen in passende „Einweg"-Kartuschen umgefüllt werden.

PERSPEKTIVEN FÜR SELBSTVERWALTUNG?

Ich bin allerdings nicht dort hingegangen, um ein Stimmungsbild zu entwerfen. Es geht mir um die Frage, ob und in welcher Weise die Arbeit in Richtung selbstbestimmter Arbeits- und Lebensformen unterstützt werden kann. Eine Entwicklung in dieser Richtung ist auch in unserem Interesse. Weil es dabei auch um unsere Interessen geht, sollten wir uns immer darüner klar sein, daß jede Unterstützung von uns eine Einmischung ist. Dazu müssen wir stehen können und unsere möglichen PartnerInnen in der DDR ebenfalls.

UNMITTELBARE FRAGESTELLUNGEN:

Hilft es, Offsetvervielfältigungsmaschinen (Rotaprint, Roto, GEHA) zu beschaffen? Oder ist der Einarbeitungsaufwand zu groß, die Zuverlässigkeit geringer, der reale Qualitätsvorsprung beim Drucken mit direktbeschrifteten Platten unbedeutend? Beim Durchdenken solcher Fragen können wir nicht von unserer Situation, alles bestellen zu können, ausgehen, sondern müssen berücksichtigen, daß in der DDR Material bestenfalls knapp und in wechselnder Qualität zu erhalten ist. Darüberhinaus stellt sich die Frage, wie schnell vorhandene staatliche Druckereien bzw. Druckereien der vorhandenen „Massenorganisationen" für die neuen politischen Bewegungen eingesetzt werden können. Was könnten wir tun, um hier Bewegung zu fördern?

ERSTE TECHNISCHE EXPERIMENTE

Unter dem Gesichtspunkt möglichst einfacher Produktionsabläufe und geringer Zulieferung aus dem Westen wurden Experimente zum Herstellen von Druckfolien durchgeführt. Ergebnis: Direktbeschriftbare Papierfolien können im Nadel- oder Typenraddrucker mit Hilfe von Kohlepapier aus der DDR beschriftet werden. Das Druckbild war im Test nach 5.000 Drukken noch in Ordnung. Ebenfalls zur Beschriftung eignet sich das Kohle-Zwischenpapier aus Wachsmatrizen, welches dort nach dem Beschriften als Abfall übrigbleibt.

Der Weg Computer zur Druckplatte ist somit zumindest für den A4 und A3 Bereich auf diese Weise schnell und billig zu machen. Stehen ein kleiner Scanner und ein grafikfähiger Drucker zur Verfügung, können so auch Abbildungen eingearbeitet werden.

MITTEL- UND LANGFRISTIGE PERSPEKTIVEN

Die Druckerei der Umweltblätter sieht nach neuesten Informationen noch immer so aus wie im Oktober. Lediglich einige Wachsmatrizenmaschinen sind dazugekommen. Anfang Januar soll eine A4 Offsetvervielfältigungsmaschine folgen, damit die KollegInnen einen Begriff davon gewinnen können, was Offset im Unterschied zur Wachsmatrize bedeutet. Außerdem werden wir uns Anfang Januar eineinhalb Tage zusammensetzen, um über die Perspektive des Druckens und der Kooperation zu beraten.

Sicherlich geht es nicht mehr wie vor zwei Monaten um die leichte Verbesserung von kleinsten „Untergrund"-Druckereien, sondern um den Aufbau von unabhängigen Druckereien oder die Umorientierung vorhandener Betriebe!(?)

Ist für die DDR eine rein kapitalistische Restauration zu erwarten und zu befürchten (wie es für Ungarn und Polen die Perspektive zu sein scheint) und/oder gibt es Chancen für den Übergang von Staatsbetrieben in Selbstverwaltung oder zur Gründung selbstverwalteter Betriebe?

Eine wichtige Frage ist die Perspektive, mit der wir uns einzumischen versuchen: Was sind unsere westlichen Interessen, was sind im Unterschied dazu die Interessen unserer KollegInnen in der DDR?

EINLADUNG ZUR BERATUNG

Wieweit besteht bei Euch Interesse an diesen und anderen Fragen? Wollt Ihr an einem Diskussionsprozess teilnehmen? Könnt und wollt Ihr materielle, organisatorische, persönliche Unterstützung geben? Wollt Ihr Euch einmischen? Bei den Frühlingstagen 1990 wird es auf jeden Fall ein Thema sein. ●

TREFFEN BEI DER DRUPA 1990?

In etwa einem halben Jahr, vom 27.4.-10.5. ist die nächste DRUPA in Düsseldorf. In den letzten Jahren bestand bei DRUPA und IMPRINTA immer Interesse bei KollegInnen, sich auf dem Messegelände für gemeinsame Besuche bei Anbietern zu treffen, und am Abend bei einem guten Abendessen Informationen und Eindrücke auszutauschen. Außerdem bestand Bedarf an privaten Übernachtungsmöglichkeiten, da Hotels und Pensionen im weiten Umkreis von Düsseldorf selbst für viel Geld ausgebucht sind und an einem Tag die Messe incl. Anreise und Abreise kaum sinnvoll zu besuchen ist.
Dank der KollegInnen der TIAMAT-Druckerei in Düsseldorf können wir ein Treffen und Übernachtungsmöglichkeiten anbieten:
Folgende Zeit haben wir für eine DRUPA-Verabredung vorzuschlagen:
Sonnabend, 28. April bis Dienstag, 1. Mai.
Für diese Tage wollen wir einen Treffpunkt auf dem Messegelände sowie einen abendlichen Treffpunkt in einem günstig gelegenen Restaurant oder Kulturzentrum vereinbaren. Möglicherweise gibt es am 28.4. eine Fete.
Voraussetzung dafür ist eine **frühzeitige**, verbindliche Anmeldung. Nur dann können genügend Quartiere, Räume und Abendessen organisiert werden.
Bitte teilt der TIAMAT bis Ende Januar Euer Interesse mit! Ihr werdet dann erfahren, bis wann eine verbindliche Anmeldung erforderlich ist.
TIAMAT Druckerei: ☎ (0211) 37 94 00, Luisenstr. 69, 4000 Düsseldorf.
Herzlichen Dank für die Mühe!

FRÜHLINGSTAGE 1990 EBENFALLS IM MAI?

Die „Frühlingstage 1990" sollen über Himmelsfahrt vom 24.-27.Mai in Berlin stattfinden. Über die inhaltlichen Schwerpunkte werden wir vom 19.-21. Januar beim Treffen von transferentscheiden.
Zu den Frühlingstagen folgende Fragen:

1. Welche inhaltlichen Schwerpunkte wünscht Ihr Euch? Besteht bei Euch Interesse an internationaler Begegnung mit KollegInnen aus Frankreich, England, Polen, DDR?
2. Habt Ihr Vorstellung von einer Gestaltung (z.B. mehr Plenum, mehr kleine Arbeitsgruppen?
3. Wollt Ihr unabhängig von uns Beiträge einbringen, für die wir Räume einplanen und die Zeit mit Euch abstimmen sollten?

Es wäre schön, wenn Stellungnahmen dazu von Euch kommen.

FRAUENTREFFEN IN KARLSRUHE

Die Kolleginnen vom Druck-Forum in Karlsruhe hatten für das Wochenende vom 2.-4. Dezember zu einem Treffen der Frauen aus den selbstverwalteten grafischen Betrieben eingeladen. Daran nahmen ca. 25 Frauen aus 11 Betrieben teil. Das Treffen verlief sehr gut, so daß im Februar ein Folgetreffen bei der Graphischen Werkstatt in Kassel stattfinden soll.
Nähere Informationen dazu beim DRUCK-FORUM,
☎ (0721) 37 52 52 bzw. GRAFISCHE WERKSTATT,
☎ (0561) 1 64 31.

NACHRICHTEN AUS BETRIEBEN

Buchbinderei Umbruch
– Auflösung oder Chef?

Im Sommer berichteten wir im transfer-Rundbrief über die als Kollektiv gegründete Buchbinderei „Umbruch" in Wuppertal: Die Gründer wollen nicht mehr weitermachen, und hören zum Jahresende bzw. Mitte 1990 auf. Aus dem Kreis der MitarbeiterInnen kam und kommt keine Gruppe zusammen, die den Betrieb übernehmen will. Ursache scheint vor allem die Arbeit in einer Buchbinderei zu sein, für die sich niemand mit Kollektiv-Ambitionen erwärmen kann.

Denn die wirtschaftliche Lange des Betriebes wird mit zufriedenstellend bis gut angegeben. Den inzwischen angestellten Buchbindern können branchenübliche Gehälter gezahlt werden, die der Betrieb auch abwirft.

Als einzige Lösung neben dem einzelnen Verkauf der Maschinen zeichnet sich bisher nur die Übernahme des Betriebes durch einen Mitarbeiter ab, der seit einigen Monaten im Betrieb arbeitet. Dieser Kollege, gelernter Buchbinder, möchte den Betrieb als alleiniger Inhaber weiterführen, was beim Stand der Dinge noch die beste Lösung wäre und gegenüber der realen Situation im Moment keinen großen Unterschied ausmachen würde.
Der notwendige Umzug wird noch unter der alten Leitung in den nächsten Monaten stattfinden.
UMBRUCH Wuppertal, ☎ (0202) 73 12 12, Günter oder André verlangen.

Betriebsauflösung

Die Grafische Werkstatt in Stuttgart existiert seit ca. dreieinhalb Jahren. Sie ist als Ableger des Windhueter-Kollektivs in Schöndorf entstanden und bietet Grafische Gestaltung, Reproduktion und Fotosatz an.

Das aus drei Frauen bestehende Kollektiv konnte interne Differenzen nicht beilegen und entschied sich daher, den Betrieb zu verkaufen oder aufzulösen und die Geräte einzeln zu verkaufen. Nachdem sich vom September bis Ende Oktober keine InteressentInnen für eine Übernahme gefunden haben, schien der Verkauf in Einzelteilen unabwendbar. Doch dann fand sich Anfang Dezember doch noch ein Schriftsetzer, der sich durch die Übernahme des Betriebes selbständig macht. Ein Kollektiv ist es allerdings nicht mehr.
Schade!

SCHREINEREIEN UND EIN THEORIE-PRAXIS PROBLEM

Tropenholzboykott na klar! Aber dann?!

Das 13. Treffen der selbstverwalteten Schreinereien findet vom 23.-25 März in der Kommune Niederkaufungen statt. Es wird vor allem das Thema: „Alternativen zum Tropenholz" im Vordergrund stehen.

Andreas Küstermann, Redaktion Südwest ● Daß selbstverwaltete Schreinereien mit politisch/ökologischem Anspuch kein oder möglichst wenig Tropenholz verwenden, ist bekannt. Auch die Gründe für den Boykott sind in den Werkstätten und auch vielen KundInnen bekannt: Zerstörung des Regenwaldes und der darin existierenden Kulturen, Ausbeutung der Länder des Trikonts, Veränderungen des Weltklimas etc.. Selbst die Ersatzlisten (Kiefer statt Limba, Eiche statt Teak und Robinie statt Bongossi – sind weit verbreitet und werden von „Natur" und „Stern" abgedruckt.

Aber: Tropenholzboykott heißt, verstärkt einheimische Hölzer (Hölzer aus gemäßigten Breiten) verbrauchen. Was bedeutet das für die Wälder in Europa? Werden sie – ohnehin schon ziemlich angeschlagen – diese zusätzliche Belastung verkraften oder könnte es ein Schritt zur Bereicherung der Artenvielfalt sein? Wird vielleicht durch die verstärkte Nachfrage nach heimischen „Exoten" (es gibt auch hier große Artenvielfalt) deren Anbau gefördert und die Monokultivierung unserer Wälder durchbrochen?

Zu diesem Teil des Treffens sind kompetente Personen eingeladen.
Der zweite Teil soll sich der praktischen Umsetzung im Alltag widmen: Wo gibt es Platten und Türen ohne Tropenholz? Müssen Pappeltischlerplatten so wellig sein? Wo können wir Druck auf Lieferanten und Produzenten machen? Wie bewähren sich einheimische Hölzer als „Ersatz" (Rücktausch-)Hölzer anstelle von Tropenhölzern.

Davon quatschen, tratschen, gutes Essen, ein Rundgang durch die Kommune, Fortsetzen des HandwerkerInnen-Yogas vom letzen Mal und ein paar Überraschungen in Bild und Ton am Abend – so soll das Treffen aussehen.

Es findet statt im Tagungshaus der Kommune Niederkaufungen. In diesem, seit drei Jahren existierenden Projekt wohnen und arbeiten zur Zeit etwa fünfzig Menschen. Die Kommune liegt direkt bei Kassel, gleichgünstig also für die „Kistler" aus München, die Frauenschreinerei aus dem Ruhrpott oder für das alteingesessene Kollektiv aus Lübeck oder Kiel. Waren beim letzten Treffen vor allem Kollektive aus Süddeutschland vertreten, so sind diesmal alle Betriebe nördlich des Weißwurstäquators ganz herzlich eingeladen. Kommt also, vielleicht ist das nächste Treffen in Passau oder Deutelstätt – näher kommts nimmer!

Kontakt, Anmeldung und mehr Infos:
Kommune Niederkaufungen, Rolf
Wilhelmstr. 7
3504 Kaufungen

TAGUNGSHAUSVERBAND AUCH IN BADEN-WÜRTTEMBERG

Kooperation statt Konkurrenz

Im Frühjahr 1989 hat sich der Verband unabhängiger Bildungsinitiativen und Tagungshäuser in Baden-Württemberg e.V. (VuBuT) gegründet, um dem bisher losen und unverbindlichen Zusammenschluß der Häuser einen festen Rahmen zu geben.

Bisher zählt der Verband 10 Mitglieder (Werkhof Helmstadt, die Kratzbürste in Münstertal, das Köllbachhaus in Simmersfald, alb ergo in Trochtelfingen, das WIR-Projekt in Gauselfingen, die Läufertsmühle Neckargerach, der Albgarten in Schelklingen-Hausen, die Zwickmühle in Bretzfeld-Rappach, die Silberdistel in Freiburg und der Stolzenhof in Jagsthausen). Die Geschäftsstelle des Verbands rotiert im Kreis der Mitgliedsorganisationen, im Moment hat sie ihren Sitz in der Läufertsmühle in Neckargerach.

Mit der Gründung des Verbandes wollen die Projekte ihre Zusammenarbeit intensivieren und ihr Angebot aufeinander abstimmen, um eine Konkurrenzsituation zu vermeiden und anstelle des Wirtschaftsprinzips der Konkurrenz das der Kooperation zu setzen. Ein Arbeitsziel des Verbandes ist es, auf längere Sicht ein gemeinsames Programm herauszugeben. In der nächsten Zeit werden sich die Aktivitäten des VuBuT in Fortbildungsveranstaltungen zu bildungsspezifischen Themen konzentrieren. Da bei den Mitarbeitern der selbstorganisierten Tagungshäuser ein Weiterbildungsbedarf besteht, sind für 1990 mehrere Seminare vorgesehen, die sich mit den Themen Finanzierungsmöglichkeiten in der Bildungsarbeit, Werbung und Umgang mit Ämtern im Tagungshausbetrieb befassen. Obwohl die Seminare inhaltlich auf den Tagungshausbetrieb zugeschnitten sind, sind sie offen. Bei Interesse also an die unten genannte Kontaktadresse wenden.

INTERESSENSVERTRETUNG

Ein weiterer Bestandteil der Arbeit des VuBuT wird die Vertretung der Interessen der alternativen Bildung im politischen Landeszusammenhang sein. Gerade hier in Baden-Württemberg herrscht diesbezüglich eine Atmosphäre des Desinteresses. Gibt es in anderen Bundesländern gesetzlich geregelte Bildungsurlaube und institutionelle finanzielle Förderung für alternative Bildungsstätten, so findet sich in Baden-Württemberg nichts dergleichen. Es gilt also, das Land aus seinem bildungspolitischen Tiefschlaf zu reißen.

In Baden-Württemberg gibt es vier etablierte Jugendbildungsstätten (Burg Liebenzell, Jugenbildungsstätte Johannes Kepler in Weil der Stadt, Schloß Rotenberg und Studienhaus Wiesneck in Buchenbach bei Freiburg), die seit Jahren institutionell gefördert werden. Andere Häuser, die in der Zwischenzeit gegründet wurden, werden bei der Mittelvergabe nicht berücksichtigt und machen zum Teil die gleiche Arbeit, nur unter wesentlich schwierigeren Bedingungen.

Diese Ungleichbehandlung hat dazu geführt, daß manche Häuser inzwischen keine eigene Bildungsarbeit in Form von Seminaren mehr machen, da es für sie finanziell einfach nicht tragbar ist. Zwar findet Bildung, so wie der Begriff von den Mitgliedern des VuBuT verstanden wird, nicht nur in der konkreten Form von Bildungsseminaren statt, sondern ergibt sich auch aus der Präsentation des Hauses in seinen Organisationsabläufen, und bestimmte Inhalte, die vermittelt werden sollen, kommen so auch bei fremden Belegergruppen mit eigenem Programm an, allerdings ist die Vermittlung von Bildung in Seminaren doch ein wichtiger Bestandteil der angestrebten Arbeit der Häuser. Der Zusammenschluß der Häuser hat also auch zum Ziel, die Interessen der Organisation gegenüber dem Land besser zur Geltung zu bringen als das jedem einzelnen Träger möglich ist.

Der VuBuT strebt eine Zusammenarbeit mit dem Buntstift in Baden-Württemberg an, auch da dieser im Moment eine der wenigen Möglichkeiten bietet, Seminare zur politischen Bildung zu finanzieren und somit zu ermöglichen.

ZURÜCK IN DIE BEWEGUNG

Ein anderes Ziel, das der Zusammenschluß der Tagungshäuser verfolgt, ist die Wiederherstellung der mehr oder weniger verlorengegangenen Beziehung zur Selbstverwaltungsbewegung und deren politischem Umfeld. Erfolgte ursprünglich die Gründung vieler selbstorganisierter Tagungshäuser auf dem Hintergrund des Bedarfs an Räumlichkeiten eben dieser Scene, so sind es heute hauptsächlich kirchliche, staatliche oder kommerzielle Gruppen, die die Häuser belegen und somit deren wirtschaftliche Existenz sichern. Die Gründe dieser Wandlung in der Belegungsstruktur bleiben zu analysieren, um wieder eine Verbindung zu grün-alternativen Gruppen herzustellen.

Ein wichtiger Aspekt des VuBuT besteht in seiner Existenz als landesweites Forum einer anderen, selbstorganisierten, freien Bildungsarbeit. Das Anliegen, die Begriffe emanzipatorische, ganzheitliche Bildung sowie politische und private Ökologie mit Leben zu erfüllen ist allen Projekten im VuBuT eigen.

Weitere Informationen und ein Faltblatt, in der die einzelnen Häuser und der Verband dargestellt werden, sind bei der derzeitigen Geschäftsstelle des VuBuT AJs e.V.
Läufertsmühle
6934 Neckargerach
☎ (06263) 16 43
zu erhalten.

ÖKOBANK FORUM

Gelungener Auftakt

Als nach dem Sieg der Revolution Ernesto Che Guevara für kurze Zeit Direktor der kubanischen Staatsbank war, gab er einem US-amerikanischen Journalisten auf dessen Fragen nach der künftigen Finanzpolitik die verblüffende und gerade aus dem Munde des „obersten Währungshüters" eines Landes unerwartete Antwort: „Vom Geld verstehe ich nichts, ich weiß nur, daß es abgeschafft werden muß." Che war eben ein Revolutionär und kein Alternativer. Und da deutsche Alternative eher zu Ängstlichkeit und bescheidenen Lösungen neigen, sind sie natürlich – auch was das Geld anbelangt – weit entfernt von der nonchalanten Großzügigkeit eines lateinamerikanischen Guerilleros.

Aus diesem Grund haben wir seit anderthalb Jahren eine eigene Bank, welche unter anderem auch die theoretische Auseinandersetzung mit alternativen ökonomischen Modellen fördern möchte, indem wir eine Folge von Diskussionen zu diesem Themenbereich geplant haben.

Die erste Veranstaltung dieser Reihe hat am 13. Dezember im Frankfurter Mouson-Turm stattgefunden. Klaus Schmitt, Herausgeber des Buches „Silvio Gesell – „Marx der Anarchisten?", sollte die Finanztheorien des im Buchtitel genannten anarchistischen Denkers erläutern. Sinn dieses „lockeren, undogmatischen Gesprächskreises" sollte es nach den Worten von Ökobank-Aufsichtsratsmitglied Dieter Reincke sein, „den kulturellen Zusammenhang, aus dem die Ökobank entstanden ist, wiederherzustellen." Daß dieses anspruchsvolle Ziel zum Vorteil aller Beteiligten nicht ganz erreicht wurde, sondern am Abend zu einem höchst kurzweiligen, gegen Ende sogar teilweise turbulenten geselligen Ereignis wurde, ist in erster Linie dem Referenten zu verdanken, der von Anfang an bis zum Schluß dafür sorgte, daß das Gespräch niemals in die Sphäre staubtrockener wirtschaftstheoretischer Erörterungen abglitt. Durch seine konsequente Weigerung, auf konkrete Fragen sachlich zu antworten und stattdessen durch immer gereiztere Reaktionen für einen immer konfuseren Ablauf des Gesprächs zu sorgen, verstand er es, eine unerwartet unterhaltsame Atmosphäre zu erzeugen, auch wenn er sich dadurch den Unmut einiger Teilnehmer zuzog. – Aber der Reihe nach:

Die nach herkömmlichen Kriterien für eine seriöse Diskussion ungünstigen äußeren Voraussetzungen (nach längerem chaotischen Tischerücken plazierten sich die knapp zwanzig in Baumwollhemden und Schafwollpullovern gekleideten, an alternativer Ökonomie interessierten Diskutantinnen und Diskutanten am verkehrsreichen Knotenpunkt der Mouson-Kneipe – ein für die Bedienung kaum zu umgehendes oder sonstwie zu überwindendes Karree aus Tischen) stellten sich dem aufmerksamen Beobachter jedoch sehr bald als geradezu im idealen Einklang mit dem inhaltlichen Ablauf des Gesprächs stehend dar. Folgte es doch weder einer klaren Linie, noch war ein Orientierung bietender Gesprächsfaden erkennbar, allenfalls einer, der sich zu einem unlösbaren Knoten verheddert hatte. Und in dem erbitterten Kampf der Gesprächsteilnehmer, die diesen Knoten hilflos zu entwirren suchten, gegen den Referenten, der ihm immer weitere Verschlingungen hinzufügte, blieb der einzelne Finanz-Anarchist souveräner Sieger über die nach klaren ökonomischen Leitlinien suchenden Öko-Sparer, so daß die absolute Übereinstimmung von Form und Inhalt dieses Expertengesprächs gewahrt blieb.

Da nicht nur die inhaltliche, sondern auch die akustische Verständigung nahezu unmöglich war, konnte sich jeder Gesprächsteilnehmer seinem Gegenüber nur dann halbwegs vernehmbar machen, wenn er seinen Diskussionsbeitrag über die anarchistische Geldtheorie so laut in den Raum schrie, daß es wirken mußte, als wollten zornige Agitatoren die immer verängstigteren Wirtshausgäste dazu überreden, die Zeche zu prellen.

Aus ihren gewohnten Sinnzusammenhängen befreit und untermalt vom Zischen der Kaffeemaschine, erhielten die durcheinandergeschleuderten, dem Laien bisher allenfalls als unverständlicher Jargon nüchterner Bundesbankverlautbarungen bekannten Begriffe („umlaufendes Geldvolumen", „Umlaufrendite", „Bodenzins", „Inflation", „Deflation" usw.) auf diese Weise eine überraschend angenehm verfremdete Anmutung. Natürlich trug hierzu auch wieder der Referent das Seine dazu bei, indem er immer drängender den sinnlichen Reiz persönlicher Konfrontation suchte, weshalb der Gesprächszirkel nun aus der Gastwirtschaft hinaus in das unwirtliche Foyer verlagert wurde. Hier, in der nüchternen Atmospäre zwischen Garderobe, Klo und Treppenaufgang, sah sich der ständig lebhafter werdende Buchautor um so stärker genötigt, der Veranstaltung ihren unplatonischen Charakter zu erhalten. Er versuchte und erreichte dies, indem er jetzt zu robusten Beschimpfungen der wißbegierigen Fragesteller überging.

Das erhöhte zwar den Unterhaltungswert der Veranstaltung derart, daß die unbeteiligte Garderobenfrau mit schreckensgeweiteten Augen vergaß, den in die oberen Stockwerke strömenden Besuchern die Mäntel abzunehmen, andererseits schien die ungewöhnliche Veranstaltung einer offenbar mit ausreichender Entscheidungskompetenz ausgestatteten Bediensteten des Mouson-Turmes so nicht länger tragbar zu sein. Kurzerhand und ohne Widerspruch zu dulden, beendete sie abrupt die Diskussion, ohne daß die Teilnehmer Grundlegendes über die Lehre Silvio Gesells erfahren hatten. Wer sich also informieren will, sollte sich das Buch besorgen. ●

Nikolaus Jungwirth

aus: Ökorrespondenz 1/90)

REZENSION

Menschen machen Wirtschaft

Rolf Saacke, Redaktion Kommunen ● Mehr und mehr entsteht nicht nur in der westlichen Welt ein Bewußtsein von den Gefahren, die unserem Lebensraum durch das im Profit wurzelnden kapitalistischen System – sei es der westliche Privat- oder der östliche Staatskapitalismus – drohen. Der Motor dieses Systems ist die in jedem Menschen angesprochene Profitsucht verbunden mit dem Streben nach Macht. Es läßt sich das Ganze auch mit dem Begriff des patriarchalen Verhaltens apostrophieren.

Nun liegt es auf der Hand, daß aus dieser Erkenntnis heraus der Impuls zur Überwindung dieser Systeme aufkeimt, was seinerseits wiederum dazu führt, daß die fortschrittlichen Verfechter des kapitalistischen Systems zu reformieren beginnen, um den allzu offensichtlichen negativen Impulsen die Spitze zu brechen.

Ein Forum dieser **fortschrittlichen Kapitalisten** ist die AGP, die Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Partnerschaft in der Wirtschaft e.V., mit Sitz in Kassel, deren Mitgliederspektrum sich von Unternehmen wie Siemens oder Berthelsmann auf der einen bis hin zur Blätterwald e.G. oder der Krebsmühle GmbH (durch Karl Bergmann)auf der anderen Seite als eine Art Aushängeschild für Pluralismus erstreckt.

Unlängst ist nun – herausgegeben von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung in Verbindung mit dem Betriebswirtschaftlichen Verlag D. Th. Gabler GmbH, Wiesbaden, eine sehr interessante Schrift des Geschäftsführers der AGP, Michael Lezius, und eines seiner ehemaligen Mitarbeiter, Heinrich Beyer, erschienen, die den Titel trägt: **Menschen machen Wirtschaft – Betriebliche Partnerschaft als Erfolgsfaktor**. Hierin werden 13 Unternehmen vorgestellt, von denen ein jedes besondere und recht unterschiedliche Konzepte in der Unternehmensführung in Richtung auf innerbetriebliche Partnerschaft verfolgt.

Den Unternehmensdarstellungen vorangestellt ist ein Kapitel aus der Feder der beiden Autoren, in dem versucht wird, die Elemente einer partnerschaftlichen Unternehmensentwicklung und deren mögliche Auswirkungen herauszuarbeiten. Es ist ein überaus lesenswertes Kapitel mit einigem Tiefgang.

Den Abschluß bildet ein Aufsatz von Reinhard Mohn, Chef des wohl größten Medienkonzerns Europas, der – so im einführenden Kasten formuliert – durch Partnerschaft im Unternehmen – unsere Wirtschaft zu **neuen Ufern**führen möchte.

In den Unternehmensdarstellungen selbst – so ist im Vorwort zu lesen – wurde in erster Linie Originalmaterial der beschriebenen Unternehmen verwendet: Informationspapiere, Selbstdarstellungsdokumente und Werbematerial. Dieses Material wird ergänzt – so die Autoren – **durch ausführliche Interviews oder schriftliche Befragungen der handelnden Personen.** Es war nicht **der Anspruch der Autoren, schwerpunktsmäßig auf die Diskrepanz zwischen Unternehmensmodell und alltäglicher Realität, zwischen dem Anspruch der handelnden Personen und der Wirklichkeit aufmerksam zu machen.** Hier nun liegt das große Defizit der ansonsten sehr interessanten Publikation. Was nützen uns schließlich die Utopien in den Köpfen von reformfreudigen Unternehmern, wenn sie von der Gesellschaft im allgemeinen und den Mitarbeitern der betreffenen Unternehmen im Besonderen nicht in die Wirklichkeit transformiert werden. Schließlich kommt es auf die Früchte an. Stellt man diese nicht auch dar, so bleiben die beschriebenen Ideen von zweifelhaften Wert. An zwei Beispielen soll angedeutet werden, was gemeint ist.

5. Kapitel: Anthroposophie und unternehmerisches Handeln Wala-Heilmittel GmbH.

Im einleitenden Kasten postulieren die Autoren: **Das Außergewöhnliche des Unternehmensmodells der WALA ist die anthroposophische Grundhaltung, mit der das Unternehmen geführt wird und durch die das betriebliche Geschehen lebt.**Nun sei hier schlicht weg behauptet, daß die beiden Autoren von **anthroposophischer Grundhaltung** offensichlich sehr diffuse Vorstellungen haben. Was ist das denn überhaupt für eine merkwürdige Vorstellung? Steiner hat sich sehr umfassend mit den sozialen Gestaltungsnotwendigkeiten auseinandergesetzt und die Ergebnisse seiner Forschungen auch ausführlich dokumentiert. Grundlage dieser Gestaltungsaufgaben ist das von ihm entdeckte und formulierte **Soziale Hauptgesetz**, das besagt, daß jegliche Kopplung von Leistung und Einkommen eines Mitarbeiters in einem beliebigen unternehmerischen Zusammenhang **notwendig** Unheil bewirken muß, somit also die Trennung von Leistung und Einkommen im Sinne Steiners Grundforderung jeder zukunftsweisenden Gestaltung der Arbeitsprozesse sein muß.

Dieses Soziale Hauptgesetz wird nun zwar in den Darstellung der WALA durchaus als maßgeblich zitiert, nur wird drei Seiten später in der sog. Präambel des WALA-Stiftung das glatte Gegenteil postuliert, wenn es heißt: **Nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit von Leistung und Gegenleistung soll der Gewinn aus den wirtschaftlichen Aktivitäten im wesentlichen an die Mitarbeiter verteilt werden.**

Und so geschieht es denn auch – nach den Berichten des Geschäftsführers Kossmann – in der WALA. Es zeugt nun nicht gerade von besonderer Sorgfalt bei der Recherche der Autoren, wenn ihnen diese offenbaren Diskrepanzen völlig entgehen, wenn sie zumindest nicht aufgezeigt werden. Es ist nicht der Raum, um die sehr interessante Steinersche Auffassung notwendiger sozialer Gestaltungsaufgaben umfassend zu erläutern. Das soll im Rahmen dieser Wirtschaftsseite aber – unabhängig von den bei der WALA betriebenen Absurditäten – nachgeholt und vertieft werden.

Das zweite Beispiel für die Problematik unkritischer Zusammenstellung von **Selbstdarstellungsdokumenten, Werbeschriften etc.** sei die Krebsmühle GmbH etwas beleuchtet.

Gewiß ist die ASH, Arbeiterselbsthilfe Frankfurt-Oberursel eines der bekanntesten Projekte im selbstverwalteten Bereich **gewesen.** Ich sage „gewesen", denn was heute unter dem Namen Krebsmühle GmbH noch existiert, hat fast nur noch den Namen mit der Initiative der 70er Jahr gemeinsam. **Die Cafeteria mit Küchenbetrieb**, das **kulturelle Angebot** der ARENA, **Lehrlingswerkstatt, Fahrradladen, Büro der Ökobank, Zeitungen für selbstverwaltete Betriebe** sind längst nicht mehr **Kristallisationspunkte der Scene.** Sie gibt es nicht einmal mehr. Und von den tragenden Persönlichkeiten der ASH Krebsmühle, erwähnt oder nicht, gibt es fast nur noch Karl Bergmann. Die übrigen hat's mehr oder weniger in alle Winde verschlagen.

Man kann sich bei Studium der Ausführungen über die Krebsmühle fragen, ob die beiden Autoren je ihre Füße über die Schwelle zur Krebsmühle gesetzt haben, um mit den Mitarbeitern offenen Auges über ihr Unternehmensmodell zu sprechen. Das ist schade.

Als Fazit aus der – trotz dieser kritischen Beleuchtung – recht ergiebigen Schrift ergibt sich mir, daß die wichtigsten Zukunftsimpulse für eine das Leben erhaltende und pflegende soziale Gestaltung offensichtlich unglaublich schwere Existenzbedingungen antreffen und daher entweder scheitern oder sich zu kapitalistischen Formen zurückentwickeln. Die jüngsten Entwicklungen bei unseren östlichen Nachbarländern schreien geradezu nach anderen Lösungen, als diejenigen, die von westlicher Seite, natürlich auf kapitalistischer Basis, angeboten werden. Hier liegen große Chancen für die AGP, wirklich Ernst zu machen mit der Partnerschaft aber ohne den Profit als treibende Kraft. ●

DAS VERFLIXTE GELD – 4. FOLGE

Geld und Zins

Helmut Creutz, Redaktion Heidelberg ● Vor der „Erfindung" des Geldes wurden als Tauschmittel bestimmte langlebige Güter benutzt, die man notfalls selber verwenden oder verbrauchen konnte. Solche Zwischentauschgüter waren z.B. Salz, Teeziegel, Getreide, Kakaobohnen, aber auch Vieh. Das nach und nach an ihre Stelle tretende Metallgeld, vor allem das aus Gold und Silber, hatte gegenüber diesen Tauschgütern viele Vorteile. Es war handlicher, in jeder Größe herstellbar und leicht zu transportieren. Vor allem aber hatte es den Vorteil der fast „unendlichen" Dauerhaftigkeit: Es verdarb, alterte und rostete nicht, kam nicht aus der Mode und verursachte keine Lagerkosten. Damit aber war das Geld kein Äquivalent mehr zu den zu tauschenden Waren und Leistungen, sondern diesen überlegen. Diese Überlegenheit wiederum gab dem Geld eine besondere Stellung: Alle begehrten es und niemand gab es gerne ab, es sei denn, gegen einen Aufschlag, der diese Überlegenheit ausglich. Und da Geld auf Grund seiner Begehrtheit immer knapp war und darüber hinaus künstlich knapp gehalten wurde, spielte dieser Aufschlag, den man für das Verleihen forderte, eine entscheidende Rolle. Sie nahm in dem Maße zu wie der Gebrauch des Geldes.

Dieser Leihpreis für Geld – der Zins – war aber nur für jene von Vorteil, die über mehr Geld verfügten als sie brauchten, die also Geld übrig hatten. Für diejenigen, denen das Geld fehlte und die es sich deshalb leihen mußten, war Zins jedoch eine schwere Bürde, die sie während der ganzen Leihzeit tragen mußten. Als Folge wurden diejenigen, die bereits zuviel Geld hatten und es verleihen konnten, immer noch reicher und die Kreditnehmer noch ärmer. Es sei denn, sie konnten im Umfang der zu zahlenden Zinsen ihre Leistungen steigern.

Das entscheidende Zinsproblem

Der Tatbestand der zinsbedingten sozialen Spannungszunahmen wurde schon sehr früh erkannt. Leibeigenschaft, Sklaverei, Aufstände oder gesellschaftliche Zusammenbrüche waren häufig die Folge. Alle Hochreligionen haben darum immer wieder versucht, das Zinsproblem durch Gebote und Verbote aus der Welt zu schaffen, bis hin zur Androhung der schlimmsten Höllenstrafen. Noch im 18.Jahrhundert gab es im katholischen Raum eine Enzyklika, die das Zinsnehmen verdammte. Doch mit Verboten ist dem Zins nicht beizukommen. Im Gegenteil, werden sie befolgt, kommt es zu noch größeren Problemen: Man fordert zwar keinen Zins, um den angedrohten Strafen zu entgehen, verleiht aber auch das Geld nicht mehr. Damit aber wird dem Markt das Tauschmittel entzogen, die Geldknappheit nimmt zu und der Zins, als Knappheitspreis des Geldes, steigt in noch größere Höhen. Dieses Problem hat man heute auch in strenggläubigen Zonen des Islam, in dem das religiöse Zinsverbot wirksam wird.

Das Zinsproblem ist also vor allem in dem Dilemma zu sehen, daß **mit** Zinsen die sozialen Ungleichgewichte zunehmen, **ohne** Zinsen der Geldkreislauf zusammenbricht. Denn ohne Zinsen geben die Geldhalter im allgemeinen „ihr Geld" nicht frei.

Heutige Beurteilung des Zinses

Die Wirtschaftswissenschaft hat sich seit etwa 200 Jahren mit dem Zins arrangiert und die Problematik „tabuisiert", wie es der St. Gallener Nationalökonom Hans Christoph Binswanger einmal ausgedrückt hat. Und um mit dem Zins leben zu können, hat man etliche Theorien entwickelt, die ihn als unbedenklich bzw. unverzichtbar darstellen.

„Der Zins ist ein Lohn für den Konsumverzicht", ist die bekannteste dieser Begründungen. Das sie nichts mit der Wirklichkeit zu tun hat, stört anscheinend niemanden. Denn der normale Bürger spart nicht, um für Konsumverzicht belohnt zu werden, sondern weil er entweder im Moment Geld übrig hat oder weil er Geld für eine größere Anschaffung oder Ausgabe in späteren Zeiten zusammenspart. Und den großen Geldvermögensbesitzern, deren Zinserträge und Neuersparnisse täglich in die Tausende oder gar Hunderttausende gehen, kann man auch kaum unterstellen, daß sie auf irgendeinen Konsum verzichten. Wäre im übrigen der Zins tatsächlich ein Lohn für Konsumverzicht, dann müßte auch derjenige Zinsen erhalten, der sein übriges Geld zu Hause unter dem Kopfkissen spart. Der Tatbestand, daß man jedoch Zinsen nur dann erhält, wenn man sein übriges Geld verleiht, beweist die Bindung des Zinses an die Geldüberlassung. Der Zins ist als ein Preis für den Verleih von Geld, oder noch treffender, eine an die Leihzeit gekoppelte Prämie für die Aufgabe der Geldvorteile, vor allem für die Aufgabe des Liquiditätsvorteils, der mit dem Geld verbunden ist.

Neben dieser „Zuckerbrotfunktion", überschüssige Geldbestände wieder in den Wirtschaftskreislauf zurückzulocken, hat der Zins auch noch eine Funktion als Knappheitsindikator und Anlagen-Steuerungsinstrument. Diese beiden Aufgaben erfüllt er jedoch bei jeder beliebigen Höhe, auch bei einer kostenneutralen, die um die Nullgrenze pendelt.

Zinsproblematik in unseren Tagen

Daß die Dritte Welt täglich etwa 250 Mio. Dollar Zinsen an die reichen Instustrienationen zahlen muß, ist sicher vielen bekannt. Nicht aber, daß dieser Betrag hundertmal so groß ist wie Spenden für die Entwicklungsländer, die alle kirchlichen und sonstigen Hilfsorganisationen auf der Nordhalbkugel zusammenbetteln.

Aber nicht nur zwischen Nord und Süd nehmen die zinsstrombedingten Diskrepanzen zu, sondern auch innerhalb aller Länder, auch in den Industrienationen. Dabei glauben auch bei uns die meisten Menschen immer noch, daß man nur dann Zinsen zahlen muß, wenn man selber einen Kredit aufnimmt, z.B. für den Autokauf oder seine Küchenmöbel. Doch diese Konsumentenschulden, so rasch sie auch zunehmen, sind an der gesamten Schuldenzinsbelastung nur mit sechs Prozent beteiligt. Die übrigen 94 Prozent der Zinslast tragen wir – sieht man von den Eigenheimhypotheken ab – alle gemeinsam, ohne es zu wissen oder ihre Größenordnung zu kennen. Denn die übrigen Schuldner, nämlich Unternehmen und Staat, geben ihre Zinsbelastung an die Endverbraucher weiter, sofern sie sich dafür nicht erneut verschulden.

Zinsen (Kapitalkosten) sind für jeden Produzenten genauso Kosten wie die für Personal und Material. Und mit der überproportionalen Zunahme der investierten Kapitalien und vor allem der Verschuldungen, nehmen auch die Zinsanteile in allen Endpreisen, Steuern und Gebühren zu, langfristig dreimal so rasch wie die Arbeitseinkommen.

Der Zinsanteil in den einzelnen Preisen ist dabei völlig unterschiedlich. Er ist umso höher, je kapitalintensiver eine Produktion bzw. je geringer die Personal- und sonstigen Kosten sind. Öffentliche Kalkulationen weisen nach, daß z.B. der Zinsanteil bei den Müllabfuhrgebühren 12 Prozent beträgt, beim Trinkwasser 38, bei den Kanalgebühren 47 und bei der Kostenmiete im sogenannten sozialen Wohnungsbau rund 70 bis 80 Prozent. Im Mittel aller Preise läßt sich überschläglich ein Anteil von etwa 35 Prozent errechnen. ●

Fortsetzung in unserer März-Ausgabe.

NEUES ÖKODORF-PROJEKT:

Selbstversorgung als zentrales Ziel

Jörg Sommer, Redaktion Heidelberg ● Nach jahrelangen Vorbereitungen tritt jetzt ein neues Ökodorf-Projekt in die entscheidende Phase: Bisher hat ein kleiner Kreis engagierter Menschen versucht, aus den Erfolgen und Fehlschlägen früherer Gemeinschaftsprojekte zu lernen und ein Konzept der Zielsetzungen des neuen Projekts und der wichtigsten Schritte dorthin ausgearbeitet. Jetzt wenden sich diese Gruppen an die Öffentlichkeit, um weitere MitarbeiterInnen zu finden.

Selbstversorgung als zentrales Ziel in möglichst vielen Lebensbereichen – nicht nur der Lebensmittelversorgung – macht schon deutlich, daß es hier nicht nur um eine „baubiologische Siedlung" geht, in der sich der ökologische Anspruch auf die Architektur und Bautechnik beschränkt. Vielmehr sind die InitiatorInnen überzeugt, daß auf der Grundlage der Selbstversorgung eine Lebensgemeinschaft entsteht, die eine neue Kultur hervorbringt der liebevollen Verbundenheit mit der (inneren und äußeren) Natur anstelle des bisherigen Kampfes gegen sie – eine Kultur, in der Konkurrenz der Menschen untereinander überflüssig wird und ihr Ansehen nicht mehr durch Macht und Besitz bestimmt wird.

Selbstversorgung wird dabei keineswegs als Askese und Rückzug von der Welt gesehen, sondern als faszinierende Aufgabe, die Kreativität, Phantasie und Schaffensfreude herausfordert und reichhaltige Möglichkeiten der Selbstverwirklichung in der Arbeit bietet. In diesem Sinn versteht sich das Ökodorfprojekt als Modell einer neuen Gesellschaftsform, die dem Programm der Selbstausrottung der Menschheit in Gestalt der „freien Marktwirtschaft" und der „sozialistischen Planwirtschaft" entgegenwirkt.

Informationen bei
Informationsdienst Ökodorf e.V.
Postfach 103 007
6900 Heidelberg
Stichwort: „Selbstversorgung als Selbstbestimmung" angeben.

JOBS

Ingenieurbüro sucht für die Bereiche ökol. Althauserneuerung/Niedrigenergiehäuser Architekt/inmit Berufserfahrung (gerne Frau).
Wir bieten Selbständigkeit in kollektivem Zusammenhang.
Energie- und Umweltzentrum a. Deister
3257 Springe 3,
☎ (05044) 18 80

Selbstverw. Betrieb sucht für die Solarabteilung neue/n MitarbeiterIn für technische Beratung, Planung und Verkauf (keine Berufsanfänger).
Sanfte Energie GmbH
3257 Springe 3,
☎ (05044) 3 80

Beschäftigungsinitiative mit jungen Menschen im **naturnahen** Galabau sucht für Feb./März 1990 eine/n Dipl.Ing. für Landespflege (Planung und Bauleitung, 20-30 Std. ABM-Stelle).
Nähere Infos:
Umweltwerkstatt Münster-Hiltrup
☎ (02501) 1 37 39
oder Birgit:
☎ (0251) 27 16 76

Wuppertaler **Steuerbüro** sucht engagierten, zuverlässigen Menschen für sofort, mindestens aber zum 1.4.90! Mindestqualifikationen sollten Steuerfachgehilfin und BilanzbuchhalterIn und/oder fünfjährige verantwortliche Tätigkeit in einem einschlägigen Büro sein.
Das Arbeitsfeld ist die „Mandanten-Rundum-Betreuung". Jahresabschlüsse aller Rechtsformen (außer AGs) bei kleineren Unternehmen (bis zwei Millionen Umsatz) sollten annähernd souverän abgewickelt werden können.
Viel angenehmer ist uns allerdings ein Einstieg mit Beteiligung.
Chiffre: **Steuerbüro**

Versand-Kraft
Wir sind:
- ein aufstrebendes Unternehmen im Bereich alternativer Technik im oberhessischen Raum

Wir suchen:
- eine(n) Mitarbeiter(in) für unseren Bereich Versand

Wir erwarten:
- nach Möglichkeit eine spezifische Ausbildung, z.B. als Handelsfachpacker(in) und technisches Interesse
- Vollzeitarbeit
- selbständiges und selbstverantwortliches Arbeiten
- Einordnung in kollektive Entscheidungen
- Organisationsbereitschaft und teils körperlich schwere Arbeit
- handwerkliches Geschick (z.B. Verpackungskisten herstellen, Gabelstaplerbedienung)
- nach einer einjährigen Probezeit den Eintritt in die Firma als Gesellschafter

Wir bieten:
- eine interessante Tätigkeit von der Disposition der Aufträge über das Verpacken bis zum Verladen der Ware
- einen für alle Mitarbeiter gleichen Stundenlohn je nach Geschäftsentwicklung
- Teamarbeit und demokratische Einwirkungsmöglichkeit das ganze Unternehmen betreffend.

Bitte senden Sie uns Ihre Bewerbungsunterlagen mit Bild einschließlich Lebenslauf.
Chiffre: Versand

PRO REGIO

ZEITSCHRIFT FÜR PROVINZARBEIT UND EIGENSTANDIGE REGIONALENTWICKLUNG

PRO REGIO ist **die Zeitschrift** für den **ländlichen Raum**, denn keine andere Fachzeitschrift berichtet in einer solchen Breite und Vielfalt über alle Themenbereiche der ländlichen Regionen.

- Politik im und für den ländlichen Raum
- Kultur und Kulturarbeit auf dem Lande
- Agri-Kultur und Agrarpolitik
- Dorfentwicklung und Regionalplanung
- Projekte und Initiativgruppen in der Provinz

Jede Nummer enthält einen umfangreichen Literatur- und Materialienteil, in dem Bücher zum Schwerpunkt und Neuerscheinungen zum Thema „Land" vorgestellt werden.

PRO REGIO ist eine Abonnentenzeitschrift und kann für 20 DM im Jahr abonniert werden. Jährlich erscheinen 3-4 Ausgaben. Die Bestellung erfolgt durch Vorausüberweisung auf das Konto: Nr. 22 44 22 - 703, Postgiroamt Stuttgart (BLZ 600 100 70) des Vereins Eigenständige Regionalentwicklung Baden-Württemberg e.V. (Stichwort: PRO REGIO)

Bezugsadresse:
PRO REGIO, Franken-Dom-Str. 74,
6973 Boxberg-Wölchingen

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint monatlich.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1
☎ (06221) 1 34 02
CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fliessen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion.

In Heidelberg sitzt die Stammbelegschaft, während in den Regional- und Fachredaktionen ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke sind.

Vertriebs-, Abonnenten- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann regelmäßig die internen Redaktionsrundbriefe und Einladungen zu den viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
1000 Berlin 36, Helmut Bonn, Sebastianstr. 87, ☎ (030) 65 15 64; 2000 Hamburg , Detlef Weiher, Rendsburger Str. 3, ☎ (040) 319 35 93 (abends); Rhein/Main, 6370 Oberursel 5, Petra Inden, ASH-Krebsmühle, ☎ (06171) 7 60 88; 3500 Kassel, Regina Engel, Kantstr. 10, ☎ (0561) 2 28 38; 6900 Heidelberg 1, CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, ☎(06221) 1 34 02; 7053 Stetten, Andreas Küstermann, Mercedesstr. 8, ☎ (07151) 4 55 25 o. 4 15 76; 8500 Nürnberg, Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ (0911) 26 77 68; Österreich, 1020 Wien, Sabine Kofler, Heinestr. 35/25, ☎ (0043- 222) 26 72 84; Niederlande, 1019AT Amsterdam, Waldemar Schindowski, ID-Archiv, ISSG, Cruquisweg 31, ☎ (0031) 668 58 66

Fachredaktionen :
Autonome Frauenseite: 1000 Berlin 61, AK zur Förderung autonomer Frauenprojekte, Ricarda Buch, Hasenheide 54, ☎ (030) 693 53 51; Grafische Betriebe: 1000 Berlin 36, Constantin Bartning, Paul-Lincke-Ufer 44a, ☎ (030) 611 68 03; Kultur: 7400 Tübingen, Eckhard Holler, Herrenbergstr.15, ☎ (07071) 4 33 41; Genossenschaften: 7800 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23; Sozialpolitik: 8000 München 2, AG SPAK, Arno Huber, Heinz Schulze, Adlzreiterstr. 23, ☎ (089) 77 40 77; Kommunen: 6445 Alheim-Oberellenbach, Riedmühle e.V., Oberer Erlenbach 9, ☎ (05664) 70 28; Naturkost: 4500 Osnabrück, Herrmann Cropp, Postfach 1641, ☎ (05402) 73 73

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der Autor die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎(06221) 1 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2/86
Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg 1;
Gestaltung: Steffen Schauberger, Krefeld
Satz: Ganzseitenumbruch auf TEXTLINE-PDP 5.0 bei Textline GmbH;
Ausgabe: Monotype-Lasercomp
Druck: Caro-Druck, Mainzer Landstr. 147, 6000 Ffm 11

Endredaktion:
☎ (06221) 1 34 02

Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67

Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

SONSTIGES

Studienfahrt nach Großbritannien
Vom 3.-19.8.90
Zusammen mit dem Bus-Kollektiv **BUSSANOVA** aus Hannover bieten wir im Sommer 1990 eine Studienfahrt zu ökologischen Projekten in Süd- und Mittelengland und Wales an. In erster Linie wollen wir dabei selbstverwaltete bzw. kooperative Projekte und Einrichtungen – im Energie-, Umwelt- und Ökologie-Bereich besuchen. In Gesprächen und Besichtigungen wollen wir die Gruppen und Projekte kennenlernen, Kontakte herstellen und natürlich auch deutsche Erfahrungen auf die Insel vermitteln.
Wir denken, daß im Hinblick auf den Europäischen Binnenmarkt 1992 stärker als bisher an Vernetzung und Zusammenarbeit in Europa gearbeitet werden muß.
Erstes Ziel der Reise soll das Projekt „De kleine Aarde" in Holland sein. Ein weiterer Bescuh im Centre for Alternative Technologie in Wales sein. Das genaue und endgültige Programm kann ab Ostern 1990 angefordert werden.
Neben Besuchen, Besichtigungen und Gesprächen werden wir auch einige Urlaubs-Pausen einbauen, weil wir denken, daß 15 Tage NUR Programm ein bißchen zuviel wären. Der Bus, mit dem wir fahren, wird mit Campingausrüstung ausgestattet, so daß wir uns teilweise selbst verpflegen können und einige Nächte im Bus und mit Zelten übernachten werden. Wo es vor Ort preisgünstige Übernachtungsmöglichkeiten gibt, werden wir die natürlich in Anspruch nehmen.
Die Zahl der Mitreisenden ist auf maximal 28 Personen begrenzt, dazu kommen als „Reiseleitung" Sue Sheehan und Wolfgang Nötzold vom Energie-und Umweltzentrum. Da der Termin in den niedersächsischen Schulferien liegt, ist es auch möglich, Kinder mitzunehmen.
Die Kosten werden ca. DM 1.100,--/Person betragen, hinzu kommen noch die Verpflegungskosten. Da wir versuchen, Zuschüsse für die Fahrt zu bekommen, wird der Beitrag eventuell noch niedriger werden.
Für alle, die mitfahren wollen, gibt es am 16./17.6. ein Vorbereitungsseminar im Energie- und Umweltzentrum.
Informationen zum Programm, Anmeldeunterlagen usw. bitte ab April 90 direkt im Energie- und Umweltzentrum anfordern.
Unter dieser Anschrift kann auch das neue Seminarprogramm 1990 angefordert werden – gegen DM 1,50 in Briefmarken.
Anschrift:
Energie- und Umweltzentrum
3257 Springe-Eldagsen
☎ (05044) 3 80 und 18 80

alp-druck
GmbH
Neue Kasseler Straße 14
3550 Marburg

sucht für sofort
OFFSETDRUCKERiN
zum mittelfristigen
Einstieg ins Kollektiv
Wir bieten:
Eine ca. 35 Std.-Woche
reichlich Urlaub
und genügend Streß.

JOBSUCHE

Handwerkliche Arbeiten führen wir aus ohne Bezahlung (gegen freie Unterkunft und Verpflegung) in ökologisch, sozial oder politisch relavantem Projekt. Im Rahmen einer ganzheitlichen Gruppenerfahrung zur Vorbereitung eines Ökodorf-Projektes suchen wir zum Sommer oder Herbst 1990 eine handwerkliche Aufgabe, die 10-15 Erwachsene bei tägl. 6 Stunden Arbeitszeit in ca. 2-3 Wochen ausführen können.
Rahmenbedingungen und Zielvorgaben, sowie Material & Gerät durch den Auftraggeber, Arbeitsorganisation und Detailplanung durch uns. Kochen und sonstige Haushaltsarbeiten für unsere Gruppe übernehmen wir ebenfalls.
Angebote an:
Jörg Sommer
Ebertanlage 27
6900 Heidelberg

(Wo) Gibt es in der BRD Frauen, die auf und mit dem Land leben? Und noch Platz für eine haben? (Freu' mich auch über Tips)
Chiffre: Frauen/Land

KONTAKTE

Als Liebhaber ungeeignet? Zwecks Heraufsetzen meiner Desensibilisierungsphase (denn als Stotterer stottert mensch nur, weil er sensibel ist) Frau gesucht, wo Körperkontakt und Streicheleinheiten (nix Vögelei) Aufbautherapie sind. Bin 33 und nicht frauenfeindlich gesinnt, und, bitte Feministinnen, würgt mich nicht ab, es gibt gewiß genug scheißschweinige Kerle, die „Recht" auf Frauen ausüben und Frau nur als Objekt betrachten, das es zu benutzen gilt. Von diesen Gedanken distanziere ich mich mit diesem meinen Text auf's energischste.
Uwe Müller
Neißer Str. 12
4030 Ratingen

VERKÄUFE

Verk.Falzmasch. Einlaufbr. 63 cm, 4 PAR, 2 Kreuzbr., teilüberholt, Druckmasch. A4 RYOBY CD 2700, Kettenauslage, Zusammentragmasch. 16 St. A4
☎ (0911) 26 86 27

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 DM** (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **30 DM** (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck,Geldscheinen,nicht mit Briefmarken und nicht mit Bankeinzug. **Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein.** Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE
Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1

SCHNIPSEL

ÖKOLOGIE

Biogasfahrten der BUNDSCHUH-BIOGAS-Gruppe in Zusammenarbeit mit der Reisen-Volkshochschule Anders Leben im März 1990.
Die internationale BUNDSCHUH-BIOGAS-Gruppe führt in diesem Frühjahr drei Lehrfahrten Landwirtschaftliche Biogasanlagen im Selbstbau durch.
Termine:
10./11.3.90 in Bayern ab München, Preis DM 70,--. Programm/Anmeldung: Dipl. Ing. Ekkehard Schneider, Schillerstr. 34, ☎ (089) 59 53 93.
17./18.3.90 in Baden-Württemberg ab 7300 Esslingen, Preis DM 60,--. Programm/Anmeldung: Hans-Martin Wieandt, Im Häldle 27, 7000 Stuttgart 60. ☎ (0711) 33 84 79. Wiederholung dieser Fahrt am 24./25.3. bei entsprechender Nachfrage.
Vom 2.-4.3. führt die Reisende Volkshochschule Anders Leben eine 2 1/2 Tagereise nach Dänemarkt durch (Biogas, Windenergie, moderne Wohnformen. Alternative Schulen: Tvind und das Folkecenter in Thy. Voraussichtliche Kosten: um 200 DM. Teilverpflegung. Zustieg in Bremen und Hamburg möglich. Anmeldung: ☎ (04285) 14 48 oder per FAX (04285) 16 33.

Inseln
TRANVIA
Revue der Iberischen Halbinsel
Heft 15 (Dez. 89): Azoren, Balearen, Kanaren, Madeira u.a.: Kultur, Geschichte, Wirtschaft, Tourismus, Ökologie etc. — Arbeiteralltag in Andalusien; Gewerkschaften in Euskadi; zahlreiche Rezensionen u.v.a.
84 Seiten (A 4); für 7,- + 1,- Porto
Tranvía, Postf. 30 36 26, 1 Bln 30

Mehr als 1000 Worte über unsere Leistungsfähigkeit zeigt Euch CONTRASTE*
TEXTLINE
Satz und Software Entwicklung
Krebsmühle
6370 Oberursel 5
Tel.: (06171) 73496
* CONTRASTE wird gesetzt und umbrochen mit PDP Textline 5

ALTERNATIVE
MONATSZEITUNG
MOZ
FÜR POLITIK, WIRTSCHAFT UND KULTUR
Radikal gegen die Extremisten der Mitte
Abo zu DM 50,- durch Einzahlung auf Konto Nr. 58297 BLZ 508 648 08, Volksbank Seeheim eG oder Probeexemplar bei
Grün-Alternativ Verlag
Neulerchenfelder Straße 12, A-1160 Wien, Österreich, Telefon 0222/48 35 71

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

Bildungsurlaube
Anders leben – Anders arbeiten. Das Beispiel der Kommune Niederkaufungen soll die TeilnehmerInnen anregen, herauszufinden, welche Vorstellung sie von ihrer Zukunft haben. Kennzeichnend für die Kommune Niederkaufungen sind:
- zusammen leben und arbeiten
- gemeinsame Ökonomie d.h. jede/r gibt alles in die gemeinsame Kasse und nimmt nach seinen/ihren Bedürfnissen heraus
- Entscheidungsfindungen nach dem Konsensprinzip, d.h. Entscheidungen, die alle betreffen, müssen von allen getragen werden
- gemeinsame Verantwortung füreinander, was die gemeinsame Verantwortung für Kinder miteinschließt
- Alltagsleben/Alltagsorganisation mit 50 Menschen.

Wir wollen uns fragen, ob diese Lebensform geeignet ist, auf (Fehl)Entwicklungen unserer Gesellschaft Einfluß zu nehmen und ob sie Anregungen für die Lebens-und Arbeitsweise der TeilnehmerInnen bietet.
Termin: 26.-30.3.90
Teilnahmebetrag: 190,-- DM
Anmeldung und Information:
Tagungshaus Niederkaufungen
Wilhelmstr. 7
3504 Niederkaufungen

Wochenendseminar
Leben in der Kommune An diesem Wochenende soll es um die Vorstellungen vom zusammen Leben und Arbeiten der Kommune Niederkaufungen gehen. Im Mittelpunkt stehen die Erfahrungen der Kommune u.a. mit
- Gemeinsamer Ökonomie d.h. jede/r gibt alles in die gemeinsame Kasse und nimmt nach ihren/seinen Bedürfnissen heraus
- Entscheidungsfindung nach dem Konsensprinzip, d.h. Entscheidungen, die alle betreffen, müssen von allen getragen werden.
- gemeinsame Verantwortung füreinander, was die gemeinsame Verantwortung für Kinder miteinschließt
- Alltagsleben/Alltagsorganisation mit 50 Menschen

Es wird Gelegenheit sein zu diskutieren, ob diese Lebensform geeignet ist, auf (Fehl)Entwicklungen unserer Gesellschaft Einfluß zu nehmen.
Termin: 18.-20.5.90
Teilnahmebetrag: 90,-- DM
Anmeldung und Information:
Tagungshaus Niederkaufungen
Kirchweg 1
3504 Niederkaufungen
☎ (05605) 30 15
AG Hessische Ausbildungsbetriebe
Nächstes Treffen:
5.3.1990 in Kassel
Mögliche Schwerpunkte:
Zukunftsperspektiven, Betriebsgründungen, EG-Sozialfonds in Hessen
Anmeldung & Informationen:
BuntStift e.V.
Martin Mertens
Helmholtzstr. 4
3500 Kassel
☎ (0561) 89 57 64

ISO

Kollektives Managment Was tun Das kennt jeder: Mit großem Engagement setzt man sich zusammen, beginnt ein Projekt, gründet einen Betrieb. Aber schon nach kurzer Zeit wird es schwierig: Arbeiten werden doppelt erledigt – Besprechungen dauern endlos – einige werden zu Machern.
Dabei ist eine gut funktionierende Teamarbeit der hierarchischen Arbeitsorganisation weit überlegen. An diesem Wochenendseminar könnt Ihr Eure Teamfähigkeit verbessern. Ausgehend von konkreten Arbeitsaufträgen werdet Ihr Methoden zur effektiven Teamarbeit erarbeiten. Ihr werdet lernen, Eure Fähigkeiten und die der Anderen, optimal für gemeinsame Ziele einzusetzen. Alle Aufgaben sind in einem gleichberechtigten Team zu lösen.
Termine: 9.-11.3.90 & 4.-6.5.90
Information & Anmeldung:
ISO c/o M. Paulini
Bachstr. 22
6100 Darmstadt
☎ (06151) 37 73 33

Cash-Coop Hessen
Intensivkurs über Jugendförderungsprogramme der EG
Das Seminar soll nicht nur einen Überblick über die ca. ein Dutzend Jugendförderungsprogramme der EG bieten, sondern detailiertes Hintergrundwissen und konkrete Hilfestellung zur erfolgreichen Beantragung vermitteln. Als Referent steht der ehemalige Präsident des Europäischen Jugendforums, K.P. Jürgens mit viel Insiderwissen zur Verfügung.
Termin: 26.-28.2.90
Ort: BDP-Bildungsstätte Neu-Anspach
Info und Anmeldung:
ISO c/o D. Damm
Am Burgacker 31 a
6200 Wiesbaden
Teilnahmebetrag incl. Übern. u. Verpfl.: 60 DM

NEUES HANDELN

Alternatives Marketing ?!
Intensiv-Seminar vom 8. bis 10. März 1990.
Themen:
- Aufklärung oder Schönfärberei? Analyse gängiger Marketing-Methoden
- Möglichkeiten und Grenzen: Marketing in der Praxis
- Let's work together! Gemeinsame Erarbeitung spezieller Marketingkonzepte

Dreitägiges Seminar von Do 8. März bis Sa 10. März (24 Std.) in Köln unter Leitung von Max Dorando und Irmgard Blönningen. Dem Seminar geht ein zweistündiger Einführungsabend voraus. Die Ergebnisse werden an zwei Abenden nach 3 und 6 Wochen ausgewertet und vertieft. TeilnemerInnen-Gebühr (alle Veranstaltungen und Lernmaterialien): 390 DM.
Information & Anmeldung:
Neues Handeln GmbH
Theodor-Heuss-Ring 52
5000 Köln 1

VEREIN SOZIALÖKOLOGIE

Veranstalungsreihe zum Thema «Genossenschaften in Europa heute»

Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften – zu den ökonomisch-ökologischen Problemen und Perspektiven der Landwirtschaft in der DDR
Termin: Di., 20. Februar, 20 Uhr
«Italienische Alternativen» – ein Reisebericht über alte und neue Genossenschaften in Italien
Termin: Fr., 23. März, 20 Uhr
Veranstalter: Verein Sozialökologie/ Bremer Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft (in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung)
Ort: Alle Veranstaltungen finden in den Räumen der Landeszentrale für politische Bildung, Osterdeich 6, 2800 Bremen, statt.

FRAUEN

Stadterneuerung – eine Chance für Frauen! Städte brauchen eine soziale und ökologische Erneuerung. Frauen haben angefangen, die Chancen, die darin liegen, für sich zu nutzen. In selbstorganisierten Projekten versuchen sie, ihre Vorstellungen vom Wohnen und Arbeiten zu verwirklichen: neue Wohnungsgrundrisse in einer ehemaligen Fabriketage, Nachbesserung einer Hochhaussiedlung nach den Wünschen der darin lebenden Frauen, Verwirklichung eines Frauenstadtteilzentrums, eines Nachbarschaftsprojekts usw.
Was können Fachfrauen und Bewohnerinnen in diesen Projekten für sich bewirken? Wie stehen Verwaltungen, Institutionen und Eigentümer dazu? Diese und andere Fragen werden im Seminar Antwort erhalten, die anhand von Beispielen aus sieben Städten der BRD in den letzten Jahren von FOPA erforscht wurden.
Das Seminar wendet sich an interessierte Frauen – „nicht nur vom Fach" – und an Politikerinnen, Frauenbeauftragte u.ä.
Vom 23. bis 25. Februar 1990
Anmeldung & Information:
Frauenbildungshaus
Osteresch
Zum Osteresch 1
4447 Hopsten-Schale

TAGUNGSHÄUSER

Selbstverwaltetes Tagungshaus für Kurse, Seminare, Freizeiten hat noch Plätze frei! Unsere „Lernwerkstatt" hat 29 Betten (2-, 3-, 4-Bett-Zimmer), 2 Gruppenräume, 2 Küchen für Selbst- oder Vollverpflegung (vegetarische Vollwertkost). Außerdem: Unser neuer Saal ist fertig (80 qm!!!) Haus in kleinem Eifeldorf Nähe Daun, sehr gemütlich, herrliche Landschaft. 2 Std. von Köln, Aachen, Bonn, Saarbrücken, Ffm. Eigenes Seminarprogramm über die Grundlagen ökologischer Politik (Rudolf Bahro).
Info und Anmeldung:
Lernwerkstatt e.V.
Brunnenstr. 1
5531 Niederstadtfeld
☎ (06596) 5 51 oder 1031

Seminarzentrum Lindenhof
altes fränkisches Gehöft, restauriert, alternativ, ohne Wohngifte, mit Biogarten, Liegewiese für Gruppen und Familien in der fränkischen Schweiz.
Rainer Block
Zochenreuthstr. 19
8551 Aufseß
☎ (09204) 4 18

GESUNDHEIT

Gemeinschaftsprojekt
Gesundheitstag '90 Kassel
mit Initiativentag
Durchführung: Gesundheitsladen Kassel/Kiss Kassel
und
Ökogesa '90 Kassel
Messe für Umwelt & Gesundheit
Veranstalter: ConPlan Kongreß- & Messeplanung Kassel
vom: 22.-24. Juni 1990
Ort: Ing.-Schule GhK
Veranstaltungs- und Standanmeldungen sowie Werbeangebote für die Messezeitung über:
Verein Gesundheit und Ökologie e.V.
Mönchebergstr. 33
3500 Kassel
☎ (0561) 87 15 68

SONSTIGES

Computerkurse:
I. Das Betriebssystem MSDOS (12./13.5.90)
Wie funktioniert der PC? Für Leute, die am PC arbeiten und wissen möchten, wie er funktioniert. Die gängisten Befehle (Kopieren etc.) werden an vielen praktischen Beispielen erlernt.

II. Textverarbeitung WORD 5.0 für AnfängerInnen
(17./18.2.90 + 9./10.6.90)
Der Kurs zeigt, wie Texte bearbeitet und gestaltet werden. Keine Grundkenntnisse erforderlich!

III. Schnupperkurs (17./18.3.90)
Was ist ein Computer? Grenzen und Möglichkeiten eines PC. Ein Kurs zum Ausprobieren und Kennenlernen.

IV. Textverarbeitung (WORD 5.0) für Fortgeschrittene!(7./8.4.90 + 7./8.7.90)
Es werden Gebiete wie Serienbriefe, Tabellen, Druckformatvorlagen etc. behandelt.

Teilnahmegebühr: DM 250,--
Anmeldung:
Faprik gGmbH
Im Großen Ahl 35
6050 Offenbach
☎ (069) 86 99 35

NETZWERK HAMBURG
Dieser Workshop hat die **Konzeption, Finanzierung und Durchführung von Veranstaltungen** zum Inhalt.
Matthias Schwark berichtet und informiert über Erfahrungen der Werkstatt 3 bei soziokulturellen Veranstaltungen. Zu folgenden Stichworten gibt es Informationen:
1. Konzeption – Planungsarbeiten, Zeiträume, Öffentlichkeits-Arbeit/PR, ReferentInnen, Medieneinasatz.
2. Finanzierung – Verträge, Steuern, GEMA-Gebühren, Mieten, Honorare
3. Durchführung – Raumauswahl, Atmosphäre, Veranstaltungsreihen
Termin:
Sa. 10.2.90, 10-19 Uhr
Ort:
Seminarraum der Werkstatt 3
Gaußstr. 25
Anmeldung:
Netzwerk Hamburg
Gaußstr. 17
2000 Hamburg 50
☎ (040) 39 51 51

KOBI

Öffentlichkeitsarbeit in Projekten und Initiativen
eine Bildungsurlaubswoche beim Kommunikativen Bildungswerk (KoBi) in Dortmund.
Öffentlichkeitsarbeit ist oft nur lästige Pflichtübung, unsystematisch und schlecht koordiniert, der mühsame Rest vom Tagesgeschäft. So sollte es nicht sein!
Wir veranstalten daher ein Seminar zum systematischen Umgehen mit Öffentlichkeitsarbeit. Folgende Inhalte sind geplant:
- Presse- und Medienarbeit – von der Pressekonferenz über das Interview bis zur Pressekonferenz
- Vom Umgang mit Zeitungen, Hörfunk und Fernsehen
- Produktion eigener Materialien – Flugblätter, Plakate, Veranstaltungsprogramme, Broschüren
- Planung von Aktionen und Veranstaltungen

Termin: 19. bis 23. März 1990 in Dortmund (ohne Unterkunft)
ausführlicher Prospekt beim KoBi,
Adlerstr. 83
4600 Dortmund
☎ (0231) 14 31 23

NETZWERK

Bundesarbeitsgemeinschaft der Netzwerke
Das nächste **Bundestreffen**, gleichzeitig **Mitgliederversammlung** der Bundesarbeitsgemeinschaft der Netzwerke findet statt vom
Fr. 23.Febr. bis So. 25.Febr. in der Moorburg (Hamburg)
Anmeldungen bitte ab sofort an:
Netzwerk Selbsthilfe Hamburg e.V.
Medienhaus im Werkhof
Gaußstr. 17
2000 Hamburg 50
☎ (040) 39 51 51 oder
39 40 95

LANDWIRTSCHAFT

EVG'S in den Neunziger Jahren – zwischen Sozialromatischer Idylle und Marketinginstrument
In der Landwirtschaftspolitik zeichnet sich – trotz des Wirkens der EVG'S – keine grundlegende Veränderung ab. Die Zahl der bäuerlichen Betriebe wird weiter drastisch zurückgehen, der Zwang zur intensiven Landbewirtschaftung und zur Massenproduktion wird nicht aufgehoben. Viele einzelne EVG'S haben sich große Ziele auf die Fahnen geschrieben:
Partnerschaft zwischen Bauern und Verbrauchern – Für eine umweltgerechte, sozialverträgliche bäuerliche Landwirtschaft – Für gerechten Lohn und die Existenzsicherung der Bauern usw.
Wie können solche Ansprüche eingelöst werden? Welche Wege sind bis dahin zu beschreiten? Welche Probleme sind dabei zu lösen? Können oder sollen sich die EVG'S zu einer gesamtgesellschaftlichen Alternative entwickeln?
Die Jahrestagung richtet sich an Bauern und Verbraucher, die an Projekten gemeinschaftlicher Zusammenarbeit beteiligt oder interessiert sind. Sie soll konkrete Perspektiven für die Arbeit vor Ort eröffnen und eine Reflexion und Diskussion über die eingeschlagenen Wege ermöglichen. Natürlich wird auch die Kommunikation nicht zu kurz kommen!
Termin: 15. bis 18. Februar 1990
Ort: Katholische Landvolkshochschule St. Ulrich, 7801 Bollschweil/Nähe Freiburg
Information & Anmeldung:
Evang. Jugendbildungsstätte Asel
z. Hd. Hannelore Köhler
2944 Wittmund-Asel
☎ (04462) 52 89

ANARCHIE

Im **Forum für Libertäre Informationen** hat sich eine Arbeitsgruppe gebildet, die sich das Thema **Selbstverwaltung aus anarchistischer Sicht** vornimmt. Sie arbeitet auch in Hinsicht auf die eventuell stattfindende **Europäische (warum nicht gleich weltweit?) Projektemesse 1991** in Berlin. Ob und wie das FLI dort teilnimmt, steht noch nicht fest. Es geht uns vorrangig um die Aufarbeitung der verschiedenen Selbstverwaltungsversuche in der linken Bewegung und deren Transformation in einen gesellschaftlichen Rahmen.
Kontaktanschrift für diese AG ist:
Lür Wettenfeld
Verdenerstr. 34
2819 Morsum
☎ (04204) 51 21

GEGEN Armut und Ausgrenzung
Sozialpolitischer Kongreß
Themen:
• Sozialstaat am Ende • Aufstand der Betreuten • Arbeit ist das ganze Leben • Recht auf Arbeit statt Recht auf Einkommen • Neubau von Hütten, Friede den Palästen • Lieber reich und gesund als arm und krank • Kindheit heute • Armut ist weiblich • Freiheit und Glück für alle • Kulturprogramm •
2. - 4. März 1990
Dortmund
Dietrich-Keuning-Haus
Infos: DIE GRÜNEN
Bundesgeschäftsstelle
Colmantstr. 36, 5300 Bonn 1
Tel.: 0228/726130
DIE GRÜNEN

SONSTIGES

Der A (narchistische)-Laden in Berlin Moabit ist ein anarchistisches Zentrum mit zwei großen Gruppenräumen und Nebenräumen und besteht seit März 1988. Er ist das einzige anarchistische Kommunikationszentrum mit **eigenen** Räumen in Berlin-West. Er soll die Möglichkeit für anarchistische und verwandte Gruppen garantieren, sich ungestört und kontinuierlich treffen zu können und Arbeitsmaterialien zu lagern. Im Stadtteil verstehen wir uns als Infoladen und nehmen an der Kiezpolitik teil, soweit wir das personell schaffen. Für den A -Laden müssen wir monatlich 800 bis 1.000 DM aufbringen. Das fällt uns zunehmend schwer, denn wir haben keine Lobby und die Leute, die sich verantwortlich fühlen sind wenige. Wir dachten uns die Finanzierung dieser wichtigen Einrichtung, über die jetzt auch die GenossInnen im Osten unterstützt werden, so, daß viele Leute monatlich einen kleinen Beitrag (5-10 DM) auf unser Konto überweisen (es darf auch etwas mehr sein!!!). Wenn das nicht jetzt endlich nachgeholt wird, wir der A -Laden das nächste halbe Jahr nicht überstehen und aufgelöst werden müssen. Wir brauchen Eure Hilfe und Solidarität.
Unser Konto:
Freunde der direkten Aktion
Postgiroamt Berlin-West
Nr. 489767-107
(BLZ 100 100 10.

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 60,— DM bzw. 560 ÖS (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

Adresse:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

— **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

— **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

— **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1, einsenden.
Für Österreich an: Sabine Kofler, Heinestr. 35/25, 1025 Wien.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 60,-DM (560 ÖS) abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE - Vertrieb,Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1 (Sabine Kofler, Heinestr. 35/25, 1025 Wien).